54. Jahrgang

Abend-Ausgabe

Einzel-Nummer 10 Pfennig

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 479

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.

Freitag, 9. Oktober 1925

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Unterredung Stresemann-Briand.

Vor dem entscheidenden Stadium.

Zwischen den Schlachten. — Die östlichen Garantiefragen vor dem Forum der Juristen. — Die drei Positionen des Artikels 16. — Ein Gentlemen's Agreement?

(Telegramm unseres Sonderkorrespondenten.)

E. D. Locarno, 9. Oktober.

Nach der gestrigen erregten Auseinandersetzung in der Konferenz der Außenminister ist heute eine gewisse Ruhepause eingetreten. Freilich nur äußerlich. Hinter den Kulissen gehen die Besprechungen fort. Schon am frühen Vormittag suchte der belgische Außenminister Vandervelde den Staatssekretär v. Schubert im Esplanade-Hotel auf, um mit ihm zu konferieren. **Dr. Stresemann begab sich in das Palace-Hotel, um sich dort mit Briand zu treffen. Zur Stunde, da diese Zeilen geschrieben werden, dauern die Besprechungen noch an. Auch Chamberlain dürfte sich ebenso wie der Reichskanzler Dr. Luther daran beteiligen.** Graf Skrzynski, der polnische Außenminister, hat die Presse für heute nachmittag zu einer Aussprache gebeten, kurz, mit fieberhaftem Eifer schreitet die Konferenz **auf das eigentlich entscheidende Stadium los.** Die einen sind optimistisch und glauben nach wie vor an ein baldiges, und zwar positives Ende der Konferenz. Die anderen befürchten, daß es noch zu einer großen Krisis kommen wird, die möglicherweise morgen in der nächsten Vollsitzung der Außenminister ausbrechen könnte. Ich glaube nicht, daß man zu einem übertriebenen Pessimismus Veranlassung hat, und möchte zum Beweise dafür einige Daten aneinanderreihen. Der Westpakt an sich, wie ich bereits berichtet habe, ist gesichert. Er könnte jeden Augenblick paraphiert werden, wenn nicht seine Verabschiedung von der gleichzeitigen Erledigung anderer Probleme abhängig gemacht worden wäre. Dazu gehören, von der Gegenseite gefordert, der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und die östlichen Schiedsverträge. Dazu gehört ferner als deutsche Forderung die Räumung der Kölner Zone. Die **Frage der französischen Garantie** gegenüber den östlichen Schiedsverträgen ist **bereits auf dem besten Wege einer Aplanierung der Gegensätze.** Zwar hat Herr Briand mit einer witzigen Bemerkung zu den französischen Journalisten die gestrige Meldung des „Berliner Tageblatts" über das bevorstehende Kompromiß dementiert. Tatsache aber ist, daß der Ausgleich bereits weit fortgeschritten ist. **Frankreich wird außerhalb der östlichen Schiedsverträge eine Erklärung abgegeben,** die den bisherigen militärischen Verpflichtungen der Franzosen gegenüber den Polen in formeller Weise gerecht wird. Von der Erledigung dieser Frage befürchtet man kaum noch irgendwelche Schwierigkeiten. Zwar arbeiten die Polen stark für ihre Interessen, aber es ist unverkennbar, daß sie hier in Locarno trotz des frühlingshaften Wetters eine recht herbstliche Atmosphäre angetroffen haben. Bleibt als weiterer Streitpunkt der **Kampf um den Artikel 16.** Ueber den Verlauf der gestrigen Konferenz mit ihrer erregten Debatte über dieses Thema ist bereits eingehend berichtet worden. Sachlich ist dazu noch folgendes zu sagen: Die Frage des Artikels 16 gliedert sich in drei Teile: 1. Die Beteiligung Deutschlands an der militärischen Sanktion bei einem europäischen Konflikt; 2. die Anerkennung des Durchmarschrechts für Heere anderer Nationen; 3. die Anteilnahme an wirtschaftlichen Sanktionen. Die Diskussion hat bisher schon soviel ergeben, daß die ersten beiden Positionen gewissermaßen sturmreif geworden sind. Der eigentliche Kampfkonzentriert sich jetzt nur noch auf den dritten Punkt. Trotzdem muß hervorgehoben werden, daß über den ganzen Fragenkomplex noch keineswegs das letzte Wort gesprochen ist. Es kann also immer noch weitere Ueberraschungen geben. Selbstverständlich handelt es sich bei dem Artikel 16 um eine Angelegenheit des Völkerbundes, und die Vereinbarungen, die hier getroffen werden, können nur den Anspruch auf Vorabmachungen erheben. Darauf läuft dann auch die ganze Auseinandersetzung hinaus: die fünf hier beteiligten Mächte, die bis auf Deutschland alle Ratsmitglieder sind, können best immte Vereinbarungen treffen, die sie später im Völkerbundsrat und in der Völkerbundsversammlung durchzusetzen sich gegenseitig verpflichten, und **so soll — meinen die Kompromißsucher — das anfänglich von Chamberlain, in seiner gestrigen Aussprache mit Dr. Stresemann angeregte Gentlemen's Agreement erweitert werden.**

So stehen im Augenblick die Dinge. Möglich, daß die privaten Aussprachen des heutigen Tages die Angelegenheit weiter fördern werden. **Möglich aber auch, daß die Konferenz morgen vor die Frage eines Entweder-Oder gestellt wird.**

Die Auffassung in Berlin.

In Berliner amtlichen Kreisen steht man dem Optimismus, der vor allem in der Pariser und Prager Presse sich heute äußert, mit abwartender Ruhe gegenüber. Bisher hat die Konferenz die Dinge erledigt, bei denen sich eine baldige Einigung annehmen ließ. Ueber die eigentlichen großen Fragen, die von Frankreich verlangte Garantie der Ostverträge und das Durchmarschrecht des Artikels 16 der Völkerbundssatzung, schwebt die Lösung noch vollständig in der Luft. Insofern erscheint der Optimismus in Paris und Prag zum mindesten verfrüht. Er erscheint aber außerdem auch als ein taktisches Manöver, denn wenn nach diesen Prophezeiungen einer baldigen Einigung diese Einigung nicht bald oder überhaupt nicht zustande kommt, so ist es leicht, die Schuld Deutschland zuzuschieben.

Optimismus in Paris.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

L. Paris, 9. Oktober.

Die Berichte der französischen Zeitungen aus Locarno sind optimistisch. Der Eifer, mit dem Blätter wie „Echo de Paris", „Eclair", „L'Avenir" gegen eine Verständigung Deutschlands mit Frankreich in Locarno protestieren, stärkt nur den Eindruck, daß etwas Gutes erreicht werden kann. Das Millerand-Blatt „L'Avenir", das mit den Unterhaltungen der Staatsmänner sehr unzufrieden ist, variiert das Wort: Deutschland muß nur erst in den Sattel gesetzt werden, reiten wird es schon können, durch den Zusatz: „Das ist leider wahr, aber brauchen wir Deutschland den Steigbügel zu halten?" Diese Bemerkung ist natürlich tendenziös, aber mit den durch die bestehenden innerpolitischen Verhältnisse in Frankreich und Deutschland gebotenen Vorbehalten läßt sich aber jetzt anstandslos sagen, daß auch in Paris auf einen befriedigenden Abschluß der Konferenz gehofft wird. Die Korrespondenten der französischen Blätter haben gestern eine ganze Anzahl von Delegationen nach ihren Eindrücken gefragt. Was ihnen gesagt wurde, sei kurz zusammengestellt. Chamberlain erklärte nach der Sitzung, in der das Duell Stresemann—Briand ausgefochten wurde: „Ich habe eine der stärksten und interessantesten Debatten gehört, die ich in meiner politischen Laufbahn erlebt habe." („Petit Parisien".) Berthelot sagte am Abend: „Die Konferenz ist auf gutem Wege." („Petit Parisien".) Benesch (nach einer Unterredung mit Chamberlain am Donnerstag): „Sie dürfen erklären, daß ich jetzt an einen Erfolg glaube." („Petit Parisien".) Aehnlich berichtet Sauerwein im „Matin": „Ich habe mit Briand, Stresemann, Skrzynski und Benesch gesprochen und nicht ein Wort gehört, das mich vermuten läßt, die für die Schiedsgerichtsverträge gefundene neue Formel könnte auf Widerspruch stoßen."

Das sind Aeußerungen, die Vertrauen erwecken, aber die Erfahrung lehrt Vorsicht, wenn bei diplomatischen Verhandlungen hauptsächlich von „Formeln" und „juristischen Definitionen" gesprochen wird. Nach französischer Darstellung waren „drei Fragen schwierig": die Definition der Streitfälle, die einem Schiedsgericht vorgetragen werden sollen, die französische Garantie für die Ostverträge und die Voraussetzungen für Deutschlands Beitritt zum Völkerbund. Für die erste Frage scheint eine Lösung gefunden zu sein; die Juristen haben eine Formel gefunden, die es erlaubt, auch die politischen Fragen vor ein Schiedsgericht zu stellen, ohne dadurch den Weg zu einer Revision der im Vertrag enthaltenen Grenzbestimmungen zu öffnen. Die zweite Frage (französische Garantie) hat besonders Mühe gemacht. Im „Matin" wird über die versuchte Lösung gesagt: „Diese erste Schwierigkeit wird jetzt nicht mehr zu einem Mißerfolg Anlaß geben. Die verhandelnden Staatsmänner haben eingesehen, daß die Hindernisse eigentlich für eine begrenzte Zeit bestehen. Wenn Deutschland mit allen Rechten und Pflichten zum Völkerbund gehört, dann ist es selbst in die Assekuranzgesellschaft für den Frieden aufgenommen. Die Formel für den Vertrag ist beinahe gefunden. Frankreich, seine Alliierten und Deutschland sind dazu geneigt, diese Formel anzunehmen. Ich kann ihren Wortlaut nicht verraten, aber nach meinen Unterhaltungen glaube ich nicht, daß ein Widerspruch erhoben wird." Aus diesen Andeutungen läßt sich schließen daß die geheimnisvolle Formel mit dem Beitritt Deutschlands zum Völkerbund zusammenhängen wird. Hier sind wir also wieder bei dem ominösen Artikel 16. Ueber diese dritte und schwerste Frage haben gestern Stresemann und Briand das diplomatische Duell ausgefochten, von dem die Blätter reden. Es wird gesagt, „daß Stresemann die bekannte deutsche These in sehr guten Worten verteidigt hat, daß aber Briand die Einwände Stresemanns Punkt für Punkt widerlegte". Alle Verbündeten stimmten Briand zu, aber alle waren auch darüber einig, daß ohne den Beitritt Deutschlands zum Bund die Verhandlungen nicht zum Abschluß gelangen könnten. Der Beitritt Deutschlands soll also erleichtert werden. Der „Matin" erklärt, daß zwei Möglichkeiten erwogen werden: **eine Sitzung des Völkerbundsrates in Locarno oder die provisorische Paraphierung des Paktes mit der Voraussetzung, daß Deutschland die nötigen Verhandlungen mit dem Rat des Völkerbundes sofort beginnt.**

Die Zeitungen bringen lange Auszüge aus einem Artikel, den der Oberst House in der New Yorker „Times" über den Garantiepakt veröffentlicht hat. House bemüht sich zu zeigen, daß die Sicherheit Frankreichs garantiert werden müsse, und daß Deutschland an der Beruhigung Frankreichs das größte Interesse habe, denn ohne diese Beruhigung gäbe es keinen europäischen Frieden. Wenn die Verhandlungen über den Garantiepakt jetzt scheitern, dann „ließe sich das Schlimmste erwarten", denn Frankreich wäre weniger gesichert als vor dem Kriege, wo noch das Bündnis mit einem starken Rußland bestand. Jetzt habe Frankreich zwar sein Heer, aber seine Finanzlage würde es nicht erlauben, die ungeheuren Kosten für die Erhaltung der Armee noch lange zu tragen.

London, 9. Oktober. (W. T. B.)

Zur Konferenz in Locarno meldet das Reuterische Bureau, der Eindruck von der gestrigen Sitzung sei vorzüglich gewesen. Chamberlain habe sie als die interessanteste bezeichnet, an der er bisher teilgenommen habe. Von französischer Seite werde erklärt, man habe sich über den Westpakt nahezu geeinigt und es seien nur noch formale Einzelheiten zu erledigen. Trotzdem dürfte es, wie der Berichterstatter des Reuterschen Bureaus meint, sicher sein, daß die Konferenz noch mindestens zwei Wochen dauern werde. **(Siehe auch Seite 2.)**

Hugo Preuß †

Von

Dr. Ernst Feder.

Reichsminister a. D. Hugo Preuß, der Schöpfer der Reichsverfassung, ist heute nacht um 3 Uhr in seiner Wohnung in der Königsallee infolge eines Schlaganfalls im Alter von 65 Jahren plötzlich verschieden.

Gestern noch hat Hugo Preuß im Städteausschuß des Landtags mit der ganzen Frische, Lebendigkeit und satirischen Kraft seines Temperaments mitgearbeitet, zu Scherzen, zu heiterer Rede und Gegenrede aufgelegt. Als man beschloß, die Beratungen am heutigen Morgen um 9 Uhr fortzusetzen, meinte Preuß, der kein Frühaufsteher war: „Warten Sie morgen nicht auf mich." Es waren seine letzten Worte im Landtag. Den gestrigen Abend verlebte er noch in bester Gesundheit und Laune im Kreis seiner Familie und begab sich dann wie gewöhnlich zur Ruhe. Mitten in der Nacht hat ihn ein Herzschlag dahingerafft, völlig unerwartet ihm selbst, den Seinen und der deutschen Nation, der er diente und der er gehört. Mitten aus der parlamentarischen, mitten aus der literarischen Arbeit wurde er gerissen. Er schrieb in diesen Tagen noch an einer Artikelreihe über die preußische Verwaltungsreform, und von einer großen Auseinandersetzung über den Zusammenhang zwischen Parlamentarismus und auswärtiger Politik haben wir vor zwei Tagen den ersten Teil veröffentlicht.

Mit tiefstem Schmerz muß die Kunde von diesem jähen Ende nicht nur seine Nächsten und seine Parteifreunde, sondern ohne Unterschied der politischen Stellung alle die erfüllen, die Verständnis für den Wert einer großen und starken Persönlichkeit besitzen. Was Hugo Preuß für den Wiederaufbau des Staates geleistet hat, als das Versagen der herrschenden Oberschicht den Zusammenbruch herbeigeführt hatte, gehört der Geschichte an. Fast sieben Jahre sind es her, am 14. November 1918, da schrieb Preuß im „Berliner Tageblatt" den berühmt gewordenen Artikel „Volksstaat oder verkehrter Obrigkeitsstaat?" In einer Zeit, da das Bürgertum, namentlich in den rechtsstehenden Kreisen, sehr kleinlaut geworden war, erhob er mit der größten Bestimmtheit Einspruch gegen die Alleinherrschaft der Sozialdemokratie und erklärte: „Es gilt Hand in Hand zu gehen mit den neuen Mächten, aber nicht als Handlanger, sondern als gleichberechtigter Genosse."

An demselben Tage erhielt er eine Einladung des Volksbeauftragten Ebert, der ihm im Auftrage der Mehrheitssozialisten wie der Unabhängigen den Posten eines Staatssekretärs des Innern anbot. Preuß besprach sich mit seinen Freunden. Dann sagte er zu. Aber unter einer Bedingung: die verfassunggebende Nationalversammlung müsse so schnell wie möglich einberufen und damit dem neuen Staate die demokratische Grundlage gegeben werden. Ebert und Haase stimmten zu. Nach genauer Berechnung bezeichnete Preuß den 19. Januar 1919 als den frühesten Wahltermin. Gern erzählte Preuß von jener entscheidenden Sitzung der Volksbeauftragten, die der endgültigen Festsetzung des Termins galt. Die Ansicht der Unabhängigen ging durch. Erst am 16. Februar, nicht am 19. Januar, sollte gewählt werden. Freilich mit dem von Ebert angeregten Zusatz: „vorbehaltlich der Zustimmung des Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte." Preuß stand auf und wollte demissionieren, zu keinem Kompromiß in dieser Frage geneigt. Da legte ihm Ebert die Hand auf die Schulter: „Verlassen Sie sich darauf, es bleibt bei dem 19. Januar." Der kluge Kenner der Massen wußte, daß der Kongreß, in dem die Mehrheitssozialisten die Majorität hatten, dem früheren Wahltermin zustimmen würde.

Mit dem ersten Reichspräsidenten verband ihn eine auf gegenseitiger Achtung und unbedingtem Vertrauen ruhende Freundschaft, die eine der Voraussetzungen für das Gelingen des Weimarer Werkes gewesen ist. Am 24. Februar legte Preuß den Entwurf einer republikanischen Reichsverfassung der Nationalversammlung vor, und wenn das Parlament, allen Stürmen drinnen und draußen zum Trotz, schon nach fünf Monaten die dritte Lesung beendete, so war das in erster Linie das Verdienst des einen Mannes, der, drängend, beharrend und nachgebend, mit Klugheit, taktischem Geschick und überlegener Beherrschung des Stoffes alle Widerstände und Widersacher bezwang. Gewiß hatte die endgültige Fassung des deutschen Grundgesetzes nicht in allen Einzelheiten seinen Beifall. Aber in allem Wesentlichen behielt es doch die Züge, die er als der eigentliche Schöpfer der Verfassung seinem Werk aufgeprägt hat. Mit tiefem Schmerz empfand er die Unvollkommenheit, die darin lag, daß der Zusammenschluß mit Oesterreich nicht gelang. Mit seinem Freunde Ludo Hartmann, der ihm vor einem Jahre in den Tod vorangegangen ist, hat er wohl marchmal erwogen, ob nicht durch einen kühnen Husarenstreich der Zusammenschluß zu vollziehen, die Entente vor eine vollendete Tatsache zu stellen sei. Die äußeren Hemmungen blieben zu stark.

Als sich die Mehrheit des Kabinetts für die Annahme des Versailler Vertrages entschied, traten die Demokraten aus der Regierung aus. Die Weimarer Koalition war gesprengt. Mit den übrigen demokratischen Ministern verließ auch Hugo Preuß sein Amt. Er hielt Parteidisziplin, obwohl Ebert mit Tränen in den Augen ihn beschwor, ihn nicht im Stich zu lassen. Das Verfassungswerk hat Preuß als Reichskommissar zu Ende geführt. In ein Amt ist er seitdem nicht mehr zurückgekehrt. Es liegt auf der Hand, daß die Verabschiedung des Verfassungsgesetzes den Beginn, nicht den Abschluß der neuen Staatskonstitution bildete, daß die Ausführung in vielen

Einzelheiten, die Verknüpfung mit vielen anderen Gebieten des Rechts- und Verwaltungswesens zu vollziehen und von Hugo Preuß in Weimar vorbereitet war. Hieran mitzuwirken war sein stärkster Wunsch. Er blieb unerfüllt. Es ist ein schweres Verschulden der Republik, daß sie es nicht verstanden hat, sich die große Begabung und Arbeitskraft des hochverdienten Mannes weiter nutzbar zu machen, der wie wenige andere berufen war, ausgleichend und zusammenschließend zwischen den republikanischen Parteien zu wirken. Dieselbe Schuld trifft die Demokratische Partei, zu deren Begründern er gehört. In die Nationalversammlung wurde er nicht gewählt. Selbst in die preußische Landesversammlung gelangte er nur unter lebhaftem Widerspruch einiger Parteifreunde, die seine Ansichten über die Neugestaltung Preußens nicht begriffen und ihn noch kurz vor dem Wahltag zum Verzicht auf die Kandidatur aufforderten. In den Reichstag hat seine Partei den eigenwilligen und gewiß nicht immer bequemen Mann nie entsandt, auch nicht in den letzten, für den die Kämpfe um die Reichsverfassung angekündigt wurden. Nicht einmal auf der Reichsliste war für ihn ein Platz. Die Vertreter der „Verbände" verdrängten die starke Persönlichkeit. So gern er im preußischen Parlament mitarbeitete, so sehr er sich im Kreise der demokratischen Landtagsfraktion wohl fühlte: daß er von der praktischen Arbeit im Reich ausgeschlossen blieb, war ein Schmerz, den er nicht verwinden hat. Aus dem Vorstand der Demokratischen Partei schied er am Ende des vorigen Jahres aus.

Das war der Schatten, der auf das sonst so glückliche, arbeitsreiche, arbeitsfrohe Leben des Mannes gefallen ist. Hugo Preuß war geborener Berliner. Niemals verleugnete er die Sprechweise seiner Vaterstadt. Sobald er zu reden begann, in der großen politischen Ansprache, in der zitatenfrohen Tischrede, im zwanglosen Gespräch, horchte alles auf. Es gab immer Lehrreiches, oft Amüsantes zu hören. Das in der Stille des Studierzimmers gefeilte, wie das in der Volksversammlung improvisierte Wort stand ihm im gleichen Maße zu Gebot, und was er sagte, war in derselben Weise für jeden verständlich und für den bestunterrichteten Zuhörer interessant. Gewiß bedurfte der behäbige, mittelgroße Mann, der immer die dicke Zigarre im Mund hatte, manchmal des Anstoßes, und gestern noch erzählte er im Landtag das Scherzwort seiner Frau: „Du bist so faul, daß du gar nicht zu arbeiten aufhörst, wenn du einmal anfangen hast." Behagliche äußere Verhältnisse schufen ihm die Möglichkeit für ein ganz der Politik, der Wissenschaft, dem öffentlichen Wohl gewidmetes Leben. Seit fünfunddreißig Jahren verband ihn eine Ehe ungetrübter Harmonie mit seiner Frau, die eine Tochter des berühmten Chemikers Karl Liebermann und eine Nichte des Malers Max Liebermann ist. Vier Söhne waren der Stolz der Eltern, der Verlust des einen ihr größter Schmerz. Mit frohem Behagen erzählte Preuß noch auf dem letzten Abend im Demokratischen Klub, als man nach dem Vortrag des Grafen Bernstorff plaudernd zusammensaß, von seinem Jüngsten, Dr. Hans Helmuth Preuß, der jetzt in Genf in das Präsidium der Fédération Universitaire Internationale gewählt worden ist und den er scherzend den „Politiker der Familie" nannte.

Von dem, was seine Angehörigen, seine Freunde verlieren, ziemt sich nicht zu reden. Viel verliert mit seinem Tode die Wissenschaft des Staatsrechts, die er um zahlreiche Werke selbständiger Forschung und Prägung bereichert hat. Unvollendet bleibt der große Kommentar zur Reichsverfassung, an dem er arbeitete. Die Demokratische Partei verliert in ihm eine ihrer stärksten Persönlichkeiten. Aber nicht einer Familie, nicht einer Wissenschaft, nicht einer Partei, sondern dem ganzen Volke gehört der unersetzliche Mann. Einen seiner Besten verliert in diesem Demokraten stärksten nationalen und sozialen Empfindens der junge Volksstaat, dem die gerade Linie seiner Lebensarbeit galt, und mit dessen Schaffung und Behauptung sein Name untrennbar verbunden bleibt.

*

Der **preußische Handelsminister, Dr. Schreiber,** hat aus Anlaß des Ablebens von Preuß der Witwe folgendes **Beileidstelegramm** gesandt: „Schmerzlich betroffen von dem unerwarteten Ableben Ihres verehrten Herrn Gemahls spreche ich Ihnen mein herzlichstes Beileid aus. Mit Hugo Preuß ist ein Mann dahingegangen, der dem Vaterland in schwerster Zeit Dienste leistete, deren Größe und Bedeutung für unser Volk erst spätere Generationen voll erkennen werden. Die Erinnerung an diesen ausgezeichneten Patrioten, mit dem mich jahrelang gemeinsame Arbeit in der preußischen Volksvertretung verbunden hat, wird in mir immer lebendig sein."

Auch der **preußische Ministerpräsident** hat der Witwe Preuß' sein Beileid ausgesprochen.

*

An Stelle des verstorbenen Reichsministers a. D. Dr. Preuß, der auf Grund der Landesliste dem preußischen Landtage angehörte, tritt der Polizeisekretär Rave in den Landtag ein.

Das „kritischste Stadium" der Konferenz.

Englische Stimmen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

△ **London,** 9. Oktober.

Zu der Konferenz in Locarno bemerkt die „Westminster Gazette" in ihrem Leitartikel, daß die **Verhandlungen jetzt in ihr kritischstes Stadium eingetreten seien.** Hierbei hält das liberale Blatt die Ostfragen gar nicht einmal für besonders dornig. Sie würden viel leichter zu lösen sein, „wenn nicht unverbesserliche preußische Nationalisten und Herr Tschitscherin ihre Hände im Spiele hätten, deren Verstandsehe ein paradoxes und beunruhigendes Element in Europa bilde". Dagegen sieht das liberale Blatt noch keine Möglichkeit, wie man die deutschen Einwendungen gegen Artikel 16 erledigen könne. Deutschland könne nicht das Recht haben, im Völkerbundsrat zu sitzen, ohne auch dessen Verantwortung zu übernehmen. Die Räumung Kölns biete im Vergleich zu dieser schwierigen Lage bezüglich des Völkerbundes verhältnismäßig geringe Schwierigkeiten. Das Blatt glaubt deshalb, daß es den Außenministern in Locarno möglich sein müsse, die letzten Widerstände gegen den Abschluß des Paktes zu überwinden. Zu dieser Hoffnung sei man vor allem deshalb berechtigt, weil zweifellos volles Vertrauen und viel guter Wille unter den Delegierten bestünde. Zum ersten Male habe auch Frankreich seinen wirklichen Willen erwiesen, zu einer Verständigung zu gelangen. Wenn man sich die Reden Painlevés und Chamberlains vergegenwärtigt, so müsse man dem Ergebnis der Konferenz vertrauensvoll entgegenblicken. Soweit hiesige Blätter sich mit der Veröffentlichung des sogenannten Paktentwurfes befassen, betonen sie weit schärfer als gestern, daß der Paktentwurf in seinen wirklich wichtigen Teilen völlig unrichtig und irreführend wiedergegeben wurde. In hiesigen diplomatischen Kreisen, so berichtet „Preß Association", werde man sich durch falsche Darstellungen nicht irreleiten lassen.

Graf Strzynski will wieder abreisen.

„Um keine Schwierigkeiten zu verursachen."

London, 9. Oktober. (W. T. B.)

Der polnische Außenminister, Graf Strzynski, sagte in einem Interview mit dem Reuter-Vertreter in Locarno u. a.: „Ich sehe nicht ein, warum ich länger als ein paar Tage in Locarno bleiben soll. Polens Stellung ist ganz klar. Ich bin nicht hier, um Schwierigkeiten zu verursachen, und **zwei Tage werden für meine Arbeit ausreichen.** Der Pakt ist genügend, und wenn jemand wünscht, Schwierigkeiten zu machen, dann wird man mit Hilfe des Artikels 16 damit fertig werden. Es ist sicher, daß der Pakt und der Völkerbund niemals irgend jemandem helfen werden, der den Wunsch hat, einen Krieg anzufangen. Das ist alles, was ich selbst oder sonst jemand wünscht."

Paris, 9. Oktober. (W. T. B.)

Einem der Berichterstatter des „Matin" erklärte Strzynski, er werde am Montag bei der Besprechung des Artikel 6 des Sicherheitspaktsentwurfs sagen: Das Recht Frankreichs, in gewissen außerordentlichen Fällen in die entmilitarisierte Rheinlandzone einzudringen, sei vorhanden. Man stoße also offene Türen ein, denn dieses Recht werde auch Deutschland besitzen, wenn es in den Völkerbund eintrete. Nicht nur habe Frankreich das Recht, in gewissen Fällen bewaffnet in die Rheinlandzone einzudringen, sondern es habe sogar die Pflicht.

Diese Pflicht werde aus Artikel 16 der Völkerbundssatzung hergeleitet und schon morgen werde sich Deutschland ihm gegenüber in einer absolut gleichen Lage befinden. Der Berichterstatter des „Matin" erklärt, er könne versichern, daß auch Benesch einen ähnlichen Standpunkt vertreten werde.

Chamberlains gedämpfte Hoffnungsfreudigkeit.

Zweistündige Dauer der Besprechung Briand—Stresemann.

(Telegramm unseres Sonderkorrespondenten.)

‡ **Locarno,** 9. Oktober.

Um ½12 Uhr erschien der deutsche Außenminister Dr. Stresemann im Palasthotel, um sich zu Briand zu begeben. Der französische Pressechef empfing ihn und geleitete ihn zu Briand. **Die Unterredung Stresemann—Briand dauerte genau zwei Stunden.**

Der heutige Tag ist, wie schon gemeldet wurde, gänzlich den privaten Unterredungen der Staatsmänner und der stillen Arbeit der Juristen gewidmet. Chamberlain empfing heute vormittag die englischen Pressevertreter. Wie ich höre, betonte er, er sei hoffungsvoll, kennzeichnete diese Stimmung aber mit einem Beiwort, das zeigt, daß er sich vor Uebertreibungen der Hoffnungsfreudigkeit hüten will. Er widmete der Atmosphäre der Konferenz wiederum ein Loblied und sagte, noch nie sei auf einer Konferenz ein solch hohes Niveau gegenseitiger vertrauensvoller Freundschaftlichkeit erreicht worden. Wichtig ist seine nachdrückliche Betonung, **daß dem abzuschließenden Sicherheitspakt keinerlei Geheimabkommen angegliedert werden sollen.** Alles, was vereinbart wird, werde in seinen Ergebnissen völlig offen dastehen. Sodann rechtfertigte er die von den Delegationen gleich zu Beginn grundsätzlich beschlossene Methode der Geheimhaltung und sagte, es sei am besten, geheim zu verhandeln und dann die Ergebnisse der Welt bekanntzugeben. Die Geheimhaltung der Verhandlungen sei besonders in bezug auf die etwaigen Zugeständnisse, die man einander mache, notwendig.

Würden derartige Zugeständnisse voreilig bekannt, so bedeute dies ihre sofortige volle Entwertung.

In Konferenzkreisen wird die von gewisser Seite ausgehende Anregung erörtert, den **Völkerbundsrat zu einer Sondersitzung** hierher zu berufen, um in der Frage des Artikels 16 eine Interpretation zu liefern, die die Verständigung erleichtert. Es sei daran nerinnert, daß ein derartiges Vorgehen des Rates bereits einmal erfolgt ist, als der Eintritt der Schweiz in den Völkerbund bevorstand.

Die Auffassung, daß man bereits Mitte nächster Woche mit den Arbeiten der Konferenz fertig sein würde, kann heute wohl als überwunden gelten. Man nimmt an, daß die **Konferenz kaum vor Ende nächster Woche ihr Ende erreicht.**

Ein italienischer Vermittlungsvorschlag.

(Meldung der Funkstation Rudolf Mosse-Haus.)

Locarno, 9. Oktober.

Der amtliche schweizerische Funkdienst meldet: Das bedeutsamste Ereignis der gestrigen Vollsitzung der Konferenz war die vom Führer der italienischen Delegation, Scialoja, eingebrachte Anregung, den Artikel 16 des Völkerbundpaktes so zu interpretieren, daß Deutschlands Eintritt in den Völkerbund erleichtert wird.

Briand über den Verhandlungsverlauf.

(Telegramm unseres Sonderkorrespondenten.)

E. D. Locarno, 9. Oktober.

Briand erklärte, nachdem Dr. Stresemann ihn heute verlassen hatte, einigen französischen Journalisten, er sei glücklich, feststellen zu können, daß die **Verhandlungen bei den Unterhändlern in besten Händen seien.** Die Lage sei in Europa so, daß **alle Zugeständnisse machen müssen,** wenn man zu einem Erfolg kommen wolle. Keine Nation könne es wagen, die Kriegsfahnen zu entrollen, da sie befürchten muß, daß in den Falten dieser Fahne die Bazillen eines Bürgerkrieges enthalten seien.

Die Kinderkaserne.

Von [Nachdruck verboten.]

Erich Kästner.

In jener Nacht, in der Rolf Klarus, ein dreizehnjähriger Gymnasiast, den Oberprimaner Windisch erwürgte, starb drüben in der Altstadt Frau Hedwig Klarus, die Mutter des Knaben.

Das Zusammentreffen der beiden Todesfälle, deren einer den anderen zu rächen schien, veranlaßte manchen zu der Bemerkung: es gebe doch so etwas wie eine verborgene Gerechtigkeit. Und besonders rechnerische Naturen mühten sich lebhaft darum, den Zeitpunkt der zwei Ereignisse aufs Genaueste zu ermitteln und zu vergleichen. Dabei ergab sich freilich, daß das Schicksal — falls dergleichen im Spiele war — ein wenig voreilig eingegriffen hatte: Frau Klarus war gegen neun Uhr des Abends gestorben; und erst kurz nach Mitternacht hatten die Schüler, die im Schlafsaal A des Schulgebäudes untergebracht waren, jenen mißtönenden Aufschrei gehört, der sie zitternd aus den Betten zu stürzen und Windisch herzuspringen zwang, auf dessen Lager der kleine Klarus im langen Nachthemd hockte und unbeteiligt in die weitgeöffneten Augen des Primaners blickte.

Die Schwierigkeit, eine Art höherer Ordnung in diese Unglücksfolge zu verlegen, wirkte sich in der nachdrücklichen Strenge aus, mit der fast alle den kleinen Mordgesellen beurteilten. Daran vermochte auch des Arztes Befund nichts zu ändern: daß Windisch vermutlich an einem durch den Schreck verursachten Herzschlag gestorben sei, daß also ein bloßer Mordversuch mit allerdings tödlichem Ausgang vorliege. Man erwiderte allgemein auf solcherlei Einwände: mit einem regelrechten Morde habe der Vorgang die Absicht des Täters und den Tod des Ueberfallenen gemeinsam. In dieser Sache zugunsten des Knaben mit Spitzfindigkeiten zu argumentieren, sei nicht fein.

Soviel stellte sich bald heraus: Rolf Klarus hatte sich schon vor dem Abendessen aus der Schule entfernt, war nicht im Arbeitszimmer und nicht zur Abendandacht erschienen und bestätigte schließlich, als man ihn aufsuchte, durch ein kleines Kopfnicken, daß er während dieser Zeit zu Hause gewesen sei. Der Tertianer Gruhl erzählte, er habe die beiden zusammen den Schlafsaal betreten sehen, und es müsse spät gewesen sein; die Bettnachbarn hätten jedenfalls fest geschlafen.

Da Windisch gerade Wocheninspektion gehabt hatte, und da die Schüler erklärten, er habe den Knaben nicht nur sehr oft, sondern scheinbar auch sehr gern bestraft, war die äußere Situation der Begegnung mit einiger Sicherheit zu erraten: Er hatte auf seinen dienstlichen Rundgängen den von dem unerlaubten Ausflug zurückkehrenden Klarus ertappt, zur Rede gestellt und mit der Ankündigung einer der üblichen Strafen gängstigt. Aber alles andere blieb unaufgehellt. Mußte Klarus dem Primaner nicht davon gesprochen haben, daß er vom Totenbett der Mutter komme? Und wenn das nicht zutreffen sollte: hatte Windisch den Schmerz des Knaben nicht bemerken müssen?

Windisch war tot. Und Rolf Klarus schwieg. Auch als er bald schwer krank wurde und im Fieber lag, schwieg er. Und später, als die Aerzte meinten, eigentlich sei er wieder gesund, und ihn trotzdem in eine Anstalt bringen ließen, — später schwieg er noch immer. Doch da vermochte man auch auf seine Mitteilungen zu verzichten. Denn in der Zwischenzeit hatte man sein Pult geöffnet, seine Bücher, Löschblätter und Notizblöcke peinlich durchforscht und auf etlichen Zeiteln und in einem Oktavheft, das eine Art primitiven Tagebuchs zu sein schien, manches gelesen, was den Fall aufzuklären geeignet war.

Die Verhandlungen endeten damit, daß Rolf Klarus, wie schon gesagt, bis auf weiteres in einer Heilanstalt untergebracht wurde. Ein glaubwürdiges Gerücht meldet, daß er dort starb; ein weniger wahrscheinliches, daß er noch immer dort lebe. Welche der Behauptungen richtig ist, bleibt im Grunde gleichgültig. Denn in jener Nacht starben drei Menschen, auch wenn der dritte zu atmen fortfuhr.

Es ist nicht bloß einfacher, es ist auch schlichter, statt einer sorgfältigen seelischen Interpretation des Falles etliche der vorgefundenen Aufzeichnungen folgen zu lassen, die der kleine Klarus in den letzten Wochen vor der Tat niederschrieb. Was ihn damals erschütterte und trieb, zeigen jene fleckigen Zettelchen am lautersten, auf denen er mit seinen Schmerzen und mit seinem Feinde versteckte Zwiesprache hielt.

*

„Ich werde den Aufschwung niemals lernen. Aber bis Mittwoch muß ich ihn können, hat der Turnlehrer befohlen. Und in den Freistunden soll ich ihn immer üben. Da haben alle gelacht. Die Kniewelle ist noch viel schwerer. Bertold kann auch die Kniewelle. Mit dem linken Knie, mit dem rechten Knie, zwischen den Händen und seitlich davon. Dann hat Bertold dem W. von dem Aufschwung erzählt. W. hat gelacht, er wollte nachsehen, ob ich übte.

Am Mittwoch mußte ich nachsitzen. Von W. aus. Er ließ mich altes Zeitungspapier in kleine Rechtecke zerschneiden. Er ist dabeigestanden und hat gelacht. Mutti n wird auf mich gewartet haben. Und ich wollte ihr mein Aufsatzbuch mit der Eins zeigen.

*

Er hat mich schon wieder nachsitzen lassen. Ich wische im Klavierzimmer 9 den Staub nicht gut genug weg. Er sucht natürlich den Schmutz, wo ich nicht hinlangen kann. Ich soll auf einen Stuhl steigen. Ich sagte, ich bin kein Dienstmädchen. Das will er dem Rektor melden. Doch er sagt das nur, damit ich ihm wieder mein Taschengeld gebe. Er nennt das: Borgen.

Muttchen habe ich einen Brief geschrieben, ich machte einen Ausflug. Damit sie nicht merkt, wie oft ich nachsitzen muß. Sie wird denken, ich besuche sie nicht gern. Dabei ist nur W. daran schuld.

*

Am Sonnabend nachmittag war ich endlich wieder einmal zu Hause. Aber Muttchen ist krank und liegt deshalb zu Bett. Vielleicht weil sie denkt, ich mache Ausflüge. Ich wollte erzählen, daß W. daran schuld ist. Doch jetzt darf ich es ihr erst recht nicht sagen. Man soll Kranke nicht aufregen.

Im Französisch bin ich in dem Gedicht von Béranger stecken geblieben. Kandidat Hoffmann hat geschimpft, und ich habe eine Strafarbeit gekriegt.

Ob sie sehr krank ist und an mich denkt? W. hat gesagt, er bäte sich aus, daß man in seinem Zimmer fröhlich wäre. Mucker wie ich wären schlechte Menschen. Und ich sollte auf der Stelle lachen. Dabei hat er eins, zwei, drei gezählt. Aber es ging nicht. Das ist offene Meuterei, hat er gebrüllt.

Den Aufschwung kann ich noch immer nicht.

*

Sonnabend hat er mich wieder nachsitzen lassen. Aber abends noch dem Essen bin ich nach Hause gerannt. Straßenbahn konnte ich nicht fahren. Weil er mein Taschengeld hat. Es strengt sehr an. Muttchen machte erst gar nicht auf beim Klingeln. Ich habe vor Angst gegen die Tür geschlagen. Da ist sie auf einen Stuhl gestützt herausgekommen und hat gefragt, wer da ist. Ich, hab' ich ganz laut gerufen.

Sie hatte Angst, aber ich sagte, der Hauslehrer hätte mich zwei Stunden beurlaubt. In der Kaserne hat niemand gemerkt, daß ich weg war.

Jeden Mittag verliert man mich zur Gartenarbeit. Ich muß mit einem langen Spieß das Papier aufstechen und einen Wagen ziehen. W. hat mit dem Gartenwart gesprochen, damit ich jeden Mittag drankomme. Warum er mich so haßt?

*

Montag abend bin ich wieder fortgelaufen. Auf dem Rückweg konnte ich nicht mehr vor Herzklopfen. Muttchen kam gleich beim Klingeln heraus. Aber sie ist, glaube ich, sehr krank. Und von unseren Verwandten läßt sich niemand blicken. Da ist sie so allein.

W. hat mich vorm Tor abgefangen, als ich wiederkam, und gesagt, ich brauche nicht so zu rennen, zum Nachsitzen käme ich zurecht. Ich sagte, meine Mutter ist krank. Er hat gelacht. Das kenne er schon. Und dabei hat mir Muttchen eine ganz zitterige Karte geschickt, sie freue sich so, daß ich Mittwoch wiederkäme.

Ich muß morgen abend fortrennen, und wenn er mich ruhig wieder erwischt. Ich kann ihr doch nicht wieder sagen, ich würde mit Lambert einen Ausflug in die Heide machen. Wo sie doch die Karte geschrieben hat.

Dr. Brauns und die Gewerkschaften.

Die angekündigte Denkschrift.

In der neuesten Nummer der „Gewerkschaftszeitung" wird jetzt die im „Berliner Tageblatt" bei der Besprechung des Konflikts zwischen dem Reichsarbeitsministerium und den Gewerkschaften angekündigte grundsätzliche Erklärung des Ministers Dr. Brauns über seine Schlichtungspolitik veröffentlicht. Sie ist so ausführlich gehalten, daß sie fast den Umfang einer Denkschrift hat. Dr. Brauns geht davon aus, daß in der letzten Zeit Zweifel über die Stellung des Reichsarbeitsministeriums auf verschiedenen Gebieten der Sozialpolitik entstanden seien. Um diese Zweifel zu beseitigen, wolle er sich über die Tätigkeit und die Absicht seines Ministeriums eingehend aussprechen. Er und sein Ressort hätten in der Lohnpolitik immer den Standpunkt vertreten, daß es an sich Aufgabe der Arbeitnehmer- und Arbeitgebervereinigungen sei, sich über die Löhne und sonstigen Arbeitsbedingungen zu verständigen. Nur da, wo diese Verständigung nicht gelingt, oder eine Partei zu schwach erscheine, halte es das Ministerium für seine Aufgabe im Interesse der Allgemeinheit einzugreifen. Aber auch in diesem Falle beschränke es sich darauf, einen Schlichter zu stellen. Dr. Brauns erklärt, er habe stets das größte Gewicht darauf gelegt, daß die Unabhängigkeit dieser Schlichter und der von ihnen zusammengesetzten Schlichtungskammer in vollem Umfange gewahrt wurde. Auch bei etwa notwendigen Verbindlichkeitserklärungen sei das Ministerium stets bestrebt gewesen, unparteiisch und im Sinne einer sozial befriedigenden Lösung zu wirken. Sein Ressort habe sich auch niemals allgemein gegen Lohnerhöhungen ausgesprochen, es habe vielmehr jede wirtschaftlich tragbare Verbesserung der Arbeitsbedingungen begrüßt. Dr. Brauns führt dann eine Reihe von Schiedssprüchen an, bei denen allen Lohnerhöhungen erzielt worden seien.

Der Minister kommt dann auf die Schlichterbesprechungen, im Hinblick auf die bekanntlich der Vorwurf erhoben worden war, daß sie in letzter Zeit einseitig im Sinne der Arbeitgeber vor sich gegangen seien. Wie schon in der neulichen Besprechung mit den Gewerkschaftsführern, so setzt Dr. Brauns auch in seiner Denkschrift auseinander, wie solche Besprechungen verlaufen, und daß bei ihnen stets besonderer Wert darauf gelegt worden sei, die Selbständigkeit der Schlichter in ihrer sachlichen Stellungnahme scharf in den Vordergrund zu stellen.

Wie wir seinerzeit gleichfalls mitteilten, war weiter im Anschluß an die viel erörterte „Aktennotiz" des Syndikus der Arbeitgeberverbände, Dr. Meißinger, die ja den Anstoß zu dem Konflikt zwischen Ministerium und Arbeitnehmer gegeben hat, von der Gewerkschaftsleitung ein Fragebogen mit 22 Punkten aufgesetzt worden. Die „Gewerkschaftszeitung" veröffentlicht jetzt im Anschluß an die Erklärung des Ministers die Antwort des Ministerialdirektors Dr. Sitzler auf diese Fragen. Dr. Sitzler verwahrt sich in entschiedener Form gegen den Verdacht, daß er dem Dr. Meißinger gegenüber Aeußerungen getan habe, durch die er sein Ministerium gegen die Arbeitnehmer festgelegt haben würde.

Beide Veröffentlichungen werden zusammen mit der jüngsten mehrstündigen Aussprache zwischen Minister und Gewerkschaftsführern zweifellos dazu beitragen, daß die Konfliktsstimmung beseitigt wird. Die Voraussetzung für eine ersprießliche Tätigkeit des Reichsarbeitsministers als oberster Schlichter ist das Vertrauen der beiden seinem Spruch gegebenenfalls unterworfenen Parteien. Man wird Dr. Brauns zugestehen müssen, daß er für seine Person jetzt in der Tat bemüht gewesen ist, dieses Vertrauen zu schaffen. Und da auch von Arbeitgeberseite zum Ausdruck gebracht worden ist, daß die jüngsten Angriffe gegen das Arbeitsministerium im Grunde über das Ziel hinausschössen, so wird man in der Tat hoffen dürfen, daß mit den jetzigen Erklärungen Dr. Brauns der Friede wieder hergestellt ist.

In vier Wochen sind die Prüfungen. In der lateinischen Klassenarbeit habe ich die Vier. Koch hat gefragt, was mit mir los ist. Wenn ich doch zu Hause bleiben könnte und für Muttchen einkaufen und vorlesen und kochen. Beefsteak kann ich. Spiegeleier auch. Aber es geht nicht. Es ist alles verboten.

*

Dienstag wieder zu Hause. Ich habe gesagt, ich müßte nächstens viel für die Prüfungen arbeiten. Muttchen sieht ganz weiß und mager aus. Sie sagt mir nicht, was ihr fehlt.

W. hat mich wieder erwischt. Ich sollte ihn nicht so mit der kranken Mutter ärgern. Frei bekäme man nur bei Begräbnissen. Der Schuft!

Wenn meinem guten Muttchen etwas passiert, dann ist nur er schuld. Ich bin selber wie krank. Und dabei sind die Prüfungen. Ich renne heute abend wieder fort. 1. Karte von Italien zeichnen. Mit den Städten über 200 000 Einwohnern. Die Gebirge braun schraffieren. 2. Punische Kriege repetieren. 3. É-Konjugation. 4. La cigale et la fourmi lernen. 5. Knieweile links neben den Händen.

*

Er fing mich ab, als ich gerade fort wollte, und ließ mich nicht weg. Er würde jetzt jeden Abend mit mir in den Garten gehen und aufpassen, daß ich bliebe, und beantragen, daß mir für einen ganzen Monat der Ausgang entzogen würde. Ich wüßte nicht, was Pflichtgefühl sei. Ob ich ihm was borgen könnte. Aber ich hatte wirklich nichts. Bei allem, was er sagt, sieht er mir ins Gesicht, als warte er, daß ich weine.

Er will Muttchen einen Brief schreiben. Das darf er nicht tun. Lieber soll er mich schlagen oder anderes. Aber das nicht. Sie soll ihn mit ihrer Unterschrift wieder zurückschicken. Ich habe nicht einschlafen können.

Ich muß nach Hause. Morgen abend lauf' ich wieder fort. Ich habe solche Angst um sie. Wenn er mich einsperrt, springe ich einfach aus dem Fenster."

An jenem Abend, an dem der kleine Klarus lieber aus dem Fenster springen wollte als in der Schule bleiben, stahl er sich trotz des Primaners fort, rannte wie so oft durch die dunklen Straßen der Vorstadt, über einsame Plätze und Brücken; an jenem Abend sah er seine Mutter sterben; an jenem Abend riß man ihn von dem Bett Windischs, als es für beide bereits zu spät war.

---

* **Die Volksbühne** bereitet folgende Erstaufführungen vor: „Herzog Theodor von Gothland" von Grabbe, „Das trunkene Schiff" von Paul Zech, „Der befreite Don Quichotte" von Lunatscharski. Ferner werden Verhandlungen mit Alfons Paquet, Rolf Lauckner und Marcel Achard über Uraufführungen ihrer jüngsten Werke geführt.

Die Praktiken des Adelskonsortiums

Der „Bankfachmann" v. Eydorf.

Persönliche Vorteile für Lüders.

In der heutigen Sitzung äußerte sich zunächst der frühere Direktor der Bankfirma Löwenherz & Co., Zeuge Bruck, an Hand eines Bücherauszuges zu den Angaben, die der frühere Prokurist der Bankfirma Schappach, Schicke, in früheren Sitzungen gemacht hatte. Schicke hatte zunächst angegeben, er habe nicht nur von Lüders große Kredite ohne Deckung bekommen, sondern beispielsweise auch von der Firma Löwenherz 500 000 Mark. Nach Gegenüberstellung mit dem Zeugen Bruck schränkt Schicke seine Aussagen dann dahin ein, die 500 000 Mark seien durch Depots gedeckt gewesen, aber er habe vorher andere Kredite in Höhe von etwa 100 000 Mark ungedeckt erhalten. — Heute weist der Zeuge Bruck aus den Büchern nach, daß in der in Frage kommenden Zeit der Höchstbetrag der an die Firma Schappach gegebenen Gelder 15 000 Mark betragen habe, so daß ein ungedeckter Kredit von 100 000 Mark gar nicht in Frage kommen könne.

Dann wird der Zeuge Kreipe von der Bankfirma Kreipe, Albrecht & Co. nochmals vernommen. Er hat einen Kontoauszug über das Konto des Direktors Lüders mitgebracht, und der Vorsitzende stellt daraus fest, daß **das Debet-Saldo von Lüders bei Kreipe,** Albrecht & Co. nicht, wie der Zeuge Kreipe bei seiner ersten Vernehmung angab, nur einige 400 Mark, sondern 5051 Mark beträgt.

Zeuge Kreipe erklärt dazu, er sei selbst ganz konsterniert gewesen, als er bei der Berechnung diese hohe Summe herausbekam. Er habe vorher das Konto nur flüchtig überlesen und sich gesagt, bei den 400 Mark Saldo, auf die er das Konto schätzte, komme es auf die Zinsen nicht an.

Der Vorsitzende stellt nochmals fest, daß die **Bankfirma Kreipe den Direktor Lüders bevorzugt behandelt** habe, indem sie ihm weder Zinsen noch Provisionen, noch sonstige bankmäßige Ausgaben berechnete.

Kreipe gibt das zu und sagt, er könne sich heute selbst nicht erklären, wie er zu diesem Verfahren damals kommen konnte.

Justizrat Ladewig als Verteidiger des Angeklagten Lüders fragt, ob diese Angelegenheit denn mit unter die Anklage falle.

Staatsanwaltschaftsrat Zimmermann: Lüders hat satzungswidrig Gelder der Pfandbriefanstalt abgegeben, auch an Kreipe, Albrecht u. Co., und er hat dafür persönliche Vorteile erhalten, indem ihm die Zinsen und Bankspesen nicht berechnet wurden, so daß sein Debetsaldo statt 5051 Mark nur 500 Mark betrug.

Angekl. Lüders: Mir ist erst jetzt bei der Gerichtsverhandlung bekannt geworden, daß Kreipe mir die Zinsen nicht berechnet hat. Wenn er mir damit einen persönlichen Vorteil zuwenden wollte, so war mir jedenfalls von diesem Vorteil bisher nichts bekannt.

Vors.: Herr Zeuge Kreipe, ich frage Sie nun auf Ehre und Gewissen: haben Sie das getan, um den Angeklagten Lüders zu bestechen? Sie dürfen die Aussage verweigern.

Kreipe: Es liegt ja nahe nach den Erklärungen, daß eine Bestechung darin liegt; aber es ist so schwer für mich, das zu sagen, weil eben ein Freundschaftsverhältnis besteht.

Vors.: Sie wollten sich eben den guten Freund, den Sie in der Landesbrandbriefanstalt hatten, nicht verscherzen und wollten deshalb kulant handeln.

Kreipe: Ja, so ist es.

Als der Vorsitzende sich anschickt, den Zeugen Kreipe zu vereidigen, erklärt dieser, **er müsse jetzt seine allgemeine Erklärung bei der ersten Vernehmung, daß Lüders keine Vorteile von ihm erhalten habe, zurückziehen.** Jetzt müsse er erklären: Lüders hat Vorteile gehabt, das ist tatsächlich festgestellt worden. Ich habe mich zuerst bei meiner Vernehmung nur geirrt.

Staatsanwaltschaftsrat Zimmermann: Lüders ist der passiven Bestechung verdächtig, und der Zeuge Kreipe der aktiven Bestechung. Deshalb widerspreche ich der Vereidigung.

Das Gericht zieht sich zur Beratung darüber zurück, ob der Zeuge Kreipe vereidigt werden soll.

Nach längerer Gerichtsberatung verkündet der Vorsitzende, das Gericht habe beschlossen, den **Zeugen Kreipe zu vereidigen.** Wenn überhaupt eine Bestechung vorliegen sollte, worüber das Gericht jetzt kein Urteil fällt, so würde sie jedenfalls nicht den Gegenstand der Untersuchung bilden. Es liege also kein Grund zur Nichtvereidigung vor.

Nach der Vereidigung des Zeugen Kreipe wird als nächster Zeuge Bankier Müller, der Inhaber der Bankfirma W. H. Kretschmar, vernommen, bei der der Angeklagte v. Eydorf seine Banklehrzeit absolviert hat. Der Zeuge gibt an, er habe im Oktober 1919 den früheren Offizier **v. Eydorf als Banklehrling** eingestellt. Eydorf habe sich als ein Mann von seltener Intelligenz bewährt, der eine starke kaufmännische Ader hatte und sich überraschend schnell in das Bankgeschäft einarbeitete. Dann seien aber verschiedene **Fälle vorgekommen, die die Firma nötigten, Herrn v. Eydorf zum Verlassen seiner Stellung zu zwingen.** Im ersten Falle hatte die Bankfirma von einem Kunden als Deckung für einen größeren Kredit ein großes Lager von Lederzeug, Sätteln und Geschirren übernommen. Die Uebernahme besorgte Herr v. Eydorf im Auftrage der Firma. Als dann Differenzen mit der Firma ausbrachen, stellte sich heraus, daß der Kunde, dem Uebernahmevertrag zuwider, die Waren bereits verkauft hatte. Der Originalvertrag mit der Unterschrift des Kunden war merkwürdigerweise aus den Akten der Bank verschwunden und offenbar entwendet worden. Herr v. Eydorf gab vor einem Notar eine eidesstattliche Versicherung ab, in der er bestätigte, daß er für die Bank das Lager übernommen und mit dem Kunden die Vereinbarung abgeschlossen habe, daß dieser zum Verkauf nicht berechtigt sei. Die Bankfirma Kretschmar stellte gegen den Kunden Strafantrag wegen Betruges und Unterschlagung. Zur Ueberraschung der Bank kam dann aber vom Staatsanwalt die Mitteilung, das Verfahren könne nicht eröffnet werden, weil Herr **v. Eydorf seine eidesstattliche Versicherung in ihren wesentlichen Punkten zurückgezogen habe.** Tatsächlich habe sich dann herausgestellt, daß Eydorf in Beziehungen zu dem Kunden stand. Der Zeuge betont aber, er wolle nicht etwa den Verdacht aussprechen, daß Eydorf in diesem Falle auch mit der Entwendung der Urkunde aus den Akten etwas zu tun hatte. Der in Frage kommende Notar habe aber bestimmt versichert, daß Eydorf bei der Zurücknahme seiner eidesstattlichen Versicherung unmöglich im guten Glauben gehandelt haben könne.

Nach der Pause wird der ehemalige **Direktor Dr. Fleischmann von der Kommerz- und Privatbank** als Zeuge vernommen werden, der sich dem Gericht zur Verfügung gestellt hat.

Die Anträge im Barmat-Ausschuß.

Keine Einigung im Unterausschuß trotz 15stündiger Beratung.

Also heute erst war das eigentliche Jubiläum der 50. öffentlichen Sitzung des preußischen Untersuchungsausschusses für die Barmat-Kutisker- und Staatsbankangelegenheit. Allerdings hat in Wirklichkeit der Untersuchungsausschuß einige Sitzungen mehr abgehalten, aber für die öffentlichen Sitzungen kam tatsächlich erst heute das Jubiläum in Betracht. Es wurde auch vom Ausschuß gebührend begangen. Der Vorsitzende, Abgeordneter Dr. Leidig, wies auf dies „freudige Ereignis" hin, und der Ausschuß beflißigte sich einer so großen Nervosität und gereizten Stimmung, daß man ihm seine Arbeit in fünfzig öffentlichen Sitzungen entsprechend anmerkte.

Der Vorsitzende eröffnete die Jubiläumssitzung mit dem Vorschlag auf sofortige Vertagung. Der **Unterausschuß,** der die Anträge formulieren soll, ist nämlich mit seiner Arbeit noch nicht fertig geworden, obwohl er am gestrigen Donnerstag bereits **15 Stunden getagt** hat. Der Vorsitzende drohte damit, daß der Untersuchungsausschuß eine Sonntagssitzung abhalten müsse, wenn heute die Plaidoyers nicht mehr beginnen könnten. Darüber schon entspann sich eine längere Debatte. Der Vorsitzende mußte den Ausschuß ersuchen, seiner Jubiläumsstimmung nicht zu laut Ausdruck zu geben.

Die Stimmung wurde dann noch gereizter, als der sozialdemokratische Abgeordnete Kuttner die Frage der Beschlußfassung im Unterhaus aufwarf und gegen die Abstimmung in diesem vorbereitenden Ausschuß Einspruch erhob. Es entspann sich darüber eine lange Debatte, in der es wiederholt zu **scharfen Zusammenstößen** zwischen den Sozialdemokraten und den Kommunisten kam. Es mußten wiederholt dem kommunistischen Abgeordneten Bartels Ordnungsrufe erteilt werden. Es kam auch weiterhin zu leidhaften Auseinandersetzungen zwischen dem Abgeordneten Dr. Leidig und dem Abgeordneten Kuttner; da Kuttner die Abstimmungsmethode des Vorsitzenden Dr. Leidig im Unterausschuß angegriffen hatte. Infolgedessen übernahm auch im Laufe der Verhandlungen der Abgeordnete Deerberg (Deutschnational) an Stelle Dr. Leidigs den Vorsitz.

Mit vollem Recht betonte schließlich der demokratische Abgeordnete Ruschke, daß man nun schon 1½ Stunden hier debattiere, wodurch man die Zeit für die weiteren Beratungen des Unterausschusses wegnehme. Wie recht damit der Abgeordnete Ruschke hatte, zeigte sich schließlich in der Zustimmung des Vollausschusses zu dem Antrag des sozialdemokratischen Abgeordneten und zweiten Berichterstatters Dr. Badt, eine Abstimmung über die Arbeitsmethode des Unterausschusses nicht vorzunehmen und die Entscheidung über die Arbeiten dieses Ausschusses dieser Körperschaft selbst zu überlassen. Die Mehrheit des Ausschusses schloß sich dann noch einem kommunistischen Antrag an, am Sonntag keine Sitzung abzuhalten. Die Verhandlungen wurden dann auf heute nachmittag 5 Uhr vertagt. Es wird aber in Abgeordnetenkreisen bezweifelt, ob bis dahin der Unterausschuß seine Arbeiten beendet haben wird.

---

* **Dr. Kriege und die Kriegsschuldfrage.** Wie uns von zuständiger Seite mitgeteilt wird, entspricht es nicht den Tatsachen, daß der frühere Leiter der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes und jetzige volksparteiliche Landtagsabgeordnete Dr. Kriege in der „Kriegsschuldfrage der letzten Tage eine so aktive Rolle gespielt habe, daß wahrscheinlich der Entwurf des einen oder des anderen Konzepts von ihm stamme". Es wird nun vielmehr versichert, daß Dr. Kriege von der ganzen Aktion erst nachträglich aus der Presse erfahren hat, so daß ganz abgesehen von anderen Gründen, eine Mitarbeit nicht in Frage kommen konnte. Ferner wird erklärt, daß Dr. Kriege auch weiter die ihm zugeschriebenen Beziehungen zum Hause Doorn unterhalte. Er sei seinerzeit zwar in Holland tätig gewesen, als die Frage der Auslieferung des früheren Kaisers zur Debatte stand, jedoch seitdem niemals wieder in Doorn gewesen.

Das Heine-Denkmal in Altona.

Die Mittel zur Aufstellung bewilligt.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Hamburg, 9. Oktober.

Die Altonaer Stadtkollegien haben nach sehr zugespitzter Debatte die Mittel zur Aufstellung des Heine-Denkmals in Altona bewilligt. Gegenüber den Angriffen der Rechten, die neben ihren politischen Argumenten die literarische Unzuständigkeit Altonas für dieses Denkmal geltend machte, wurde erklärt, daß gerade Altona stets eine Zufluchtsstätte für Verbrängte und Verfolgte gewesen sei. Die „Rettung" des Heine-Denkmals nach Altona ist danach also gesichert.

Ausschreitungen französischer Sergeanten.

Nächtliche Skandalszenen in Saarlouis.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Saarbrücken, 9. Oktober.

Ueber ein unglaublich rohes Benehmen französischer Soldaten in der Garnisonsstadt Saarlouis wird heute von den Zeitungen folgendes berichtet: Am letzten Dienstag, abends nach zehn Uhr, zogen 19 französische Sergeanten laut gröhlend durch die Straßen der Stadt. Passanten, die ihnen begegneten, wurden unter groben Beschimpfungen **mit Faustschlägen traktiert** und vom Bürgersteig heruntergestoßen. Mit gezücktem Degen zogen die Soldaten in eine Wirtschaft, wo sie es besonders toll trieben, so daß die Gäste es für ratsam hielten, schleunigst zu verschwinden. Wieder auf der Straße angelangt, setzten sich alle Sergeanten auf die Bordschwelle und verrichteten ihre Notdurft. Darauf drangen sie nach der Wirtschaft zum Saalbau vor, wo man den offensichtlich Betrunkenen keine Getränke mehr verabreichen wollte. In einem darauf am Büfett entstehenden Handgemenge wurde der Wirtssohn tätlich angegriffen. Der zufällig anwesende Bürgermeister ermahnte die Rowdies, die alle Gäste beleidigten, dringend zur Ruhe. Er erhielt aber als Antwort nichts als unflätige Schimpfworte. Es ist nur der größten Besonnenheit der Gäste zu verdanken, daß es nicht zu einem Blutvergießen gekommen ist. Offenbar war das Verhalten der Soldaten auf eine solche Provokation angelegt. Die französische Gendarmerie schritt auf dringenden telephonischen Anruf der städtischen Polizei nicht gegen die Ruhestörer ein, die um Mitternacht etwa nach dem Kasernenviertel zu verschwanden. Auf Anzeige bei dem Ortskommandanten hat dieser schließlich die Bestrafung zugesagt, falls die Sergeanten noch zu ermitteln sein werden.

---

* Gestern abend trafen, wie unser ∞-Korrespondent berichtet, Reichsbankpräsident **Dr. Schacht** und Staatssekretär Waldmann in Hamburg ein und haben heute morgen zur Einschiffung nach den Vereinigten Staaten ihre Reise nach Kuxhaven fortgesetzt.

* Wie aus Saarbrücken gemeldet wird, ist gegen das vom Landgericht in dem bekannten **Flaggenprozeß Röchling** kürzlich gefällte freisprechende Urteil Revision beim Oberlandesgericht eingelegt worden.

* Der Leiter der Abteilung I des Polizeipräsidiums Berlin, **Regierungsdirektor Dr. Lehmann,** ist zum Regierungspräsidenten in Kassel ernannt worden.

* **„Die Arbeit",** Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde, Berlin, enthält in ihrem soeben erschienenen Septemberheft wieder eine Reihe interessanter Aufsätze. Dr. Fritz Baade schreibt über Verbilligung der landwirtschaftlichen Produkte. Dr. Paul Olberg über die russische Agrarrevolution. S. Aufsätzer über Wirtschaftsfonds der Gewerkschaften.

Baldwin über die Sicherheitsfrage.

Begrenzung der englischen Bindungen auf den Westpakt.

Verhinderung der Einführung von komplizierenden „Faktoren" in den Pakt. — Die Forderung des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

△ **London,** 9. Oktober.

Bei der gestrigen in Brighton eröffneten Jahreskonferenz der konservativen Partei kam es zu Auftritten, wie man sie bisher in derartigen konservativen Versammlungen noch nicht erlebt hatte. Der Abgeordnete Chappel fand den Mut, der Regierung zu sagen, daß sie das Land schwer enttäuscht habe, da sie in zehnmonatiger Arbeitstätigkeit so gut wie nichts zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit getan habe, und daß sie sich, wenn sie in dieser Untätigkeit verharre, nicht wundern könne, wenn sie eines Tages gestürzt würde. Die Erregung über diese Ausführungen wurde so groß, daß Chappel schließlich am Weitersprechen verhindert wurde. Immerhin zeigt die Haltung einer Reihe von Kongreßteilnehmern, daß Chappel nicht nur für sich sprach, und daß die Unzufriedenheit mit der Regierung auch auf konservative Kreise übergegriffen hat. Im weiteren Verlauf der Versammlung machte sich eine starke Tendenz zur Verschärfung der Schutzzollpolitik, vor allem aber der Wunsch, nach praktischeren Maßnahmen zur Bekämpfung des Kommunismus geltend.

Am Abend ergriff der Premierminister das Wort zu seiner langerwarteten Rede. Nach einigen innerpolitischen Bemerkungen kam Baldwin auf die auswärtige Politik zu sprechen. Die Regelung des Reparationsproblems, führte der Premierminister aus, habe ermöglicht, die Sicherheitsfrage in Angriff zu nehmen, vor deren Lösung keine Hoffnung auf Abrüstung bestehe. Es gebe verschiedene Ansichten über die Möglichkeit, den Frieden zu sichern. Die eine bestehe in der alten Methode der Bündnisse, während eine andere im Genfer Protokoll verkörpert sei. Eine neue Auffassung aber sei durch das deutsche Memorandum vom 9. Februar vorgebracht worden. Die englische Regierung habe keine Zeit verloren, diese Auffassung aufzugreifen. Es sei der Gedanke, daß eine Gruppe von Mächten, die an einem besonderen Gebiet interessiert sind, eine Vereinbarung abschließe, nicht etwa um sich gegen eine andere Machtgruppe zu verteidigen, sondern, um mittels eines Systems gegenseitigen Schutzes Frieden untereinander zu halten. Dieser Gedanke sei einfach und gerade. Die Schwierigkeit liege darin, ihn so zu halten und die **Einführung von komplizierenden Faktoren zu verhindern.** Grundgedanken festgehalten. Baldwin fuhr fort: „Den gegenseitigen Garantiepakt machen wir alles in allem nur **von der einen Bedingung abhängig, daß Deutschland in den Völkerbund eintreten muß. Der Vertrag selbst muß zweiseitig, gegenseitig und rein defensiv sein.** Er muß im Geiste der Völkerbundssatzungen verfaßt sein, in enger Harmonie mit dem Völkerbund und unter dessen Führung ausgeführt werden. Alle neuen Verpflichtungen der englischen Regierung müssen friedlicher Natur sein und **auf die bestehende territoriale Lage in dem Gebiet begrenzt sein, das für die Sicherheit so lebenswichtig ist, d. h. auf die Grenze zwischen Deutschland und seinem westlichen Nachbarn.** Wir vertrauen darauf, daß das Ergebnis hiervon ein System sein wird, das England und der Wiederherstellung Europas zugute kommen wird. Daß die Verhandlungen sich in die Länge gezogen haben, ist kein großes Unglück. Denn dies hat allen beteiligten Ländern ermöglicht, diese Frage durch und durch zu prüfen."

Baldwin ging auch sodann auf die Konferenz von Locarno über, wobei er bemerkte, daß jeder der dort anwesenden Staatsmänner sein möglichstes tue, um einen Erfolg herbeizuführen. Austen Chamberlain, sagte der Premierminister, verdiene Anerkennung für seine unermüdliche Arbeit und habe sein und seiner Kollegen Vertrauen, daß die englischen Interessen sicher in den Händen des Außenministers aufbewahrt seien. Er habe einmal, fuhr Baldwin fort, in einer früheren Rede den Vergleich gebraucht, der Pakt würde einen großen Morast Europas ausfüllen. **Wenn man diesen Morast ausgefüllt habe, so hege er die feste Hoffnung, daß die gleichen Grundsätze, die für den Westen maßgebend gewesen seien, auch für die dauernde Befriedung Osteuropas angewandt** werden könnten. (In ihrem Leitartikel legen „Times" besonders auf diese interessante Erklärung Nachdruck.)

Im weiteren Verlauf seiner Rede behandelte Baldwin die Mosul-Frage, wobei er davon ausging, daß die Stadt und die Provinz Mosul durch die englischen Truppen von der türkischen Herrschaft befreit worden seien, und daß das gesetzliche Recht Iraks auf den Besitz Mosuls ebenso groß sei, wie auf irgendeinen anderen Teil seines Gebietes. Zwischen England und dem Irak bestünden nicht nur Mandatsbeziehungen, sondern auch ein Bündnis, das Iraks Entwicklung und Selbstverwaltung anerkenne. Dieses Bündnis sollte ursprünglich eine zwanzigjährige Geltungsdauer haben, die jedoch später auf vier Jahre beschränkt wurde. In der Einleitung des Vertrages wurde jedoch bestimmt, daß vor Ablauf des Vertrages Verhandlungen zum Zweck seiner Verlängerung aufzunehmen seien. Als der Kolonialminister im Frühjahr Irak besucht habe, hätten ihm sowohl die Einwohner Iraks wie auch die Engländer versichert, daß der Abschluß eines neuen Vertrages, der dem Irak die englische Unterstützung auch weiterhin sichere, für die Zukunft des Landes nötig sei. Als dann der Bericht des Völkerbundsausschusses die direkte Frage aufgeworfen habe, ob England sich an die Einhaltung des Vertrages mit dem Irak halte, konnte England nur die eine Antwort erteilen, daß es sich an die Einhaltung des Vertrages haltenund mitdem Irakzusammenarbeiten werde, solange dies möglich sei. Dies sei eine Ehrenschuld Englands dem neuen Staate gegenüber, den es ins Leben gerufen habe. Ebenso besitze England zwar weniger formelle, aber nicht weniger reale Verpflichtungen gegenüber der christlichen Bevölkerung Nordiraks, die unter ihrer jetzigen Regierung mehr Freiheit und Wohlergehen besäßen als seit Jahrhunderten. Das Vorgehen des Kolonialministers Amery in dieser Angelegenheit habe die vollste Billigung der Regierung gefunden. Im übrigen bat Baldwin die Versammlung, jetzt den Schiedsspruch des Völkerbundes abzuwarten, dem die Mosul-Frage übertragen worden sei.

Zu der Lage in China bemerkte der Premierminister, daß seiner Ansicht nach die Wolken sich noch nicht lichteten. Er hoffe aber, daß die Zollkonferenz eine neue Aera der zusammenarbeit zwischen China und den Mächten eröffne, und daß sie den ersten Schritt zu einer umfassenden Revision der Verträge bilden werde, die gegenwärtig die Stellung der fremden Mächte in China regelten. Schließlich gab Baldwin seinen Zuhörern noch die Versicherung, daß die Regierung alle ihre Machtmittel gebrauchen werde, um die bolschewistische Propaganda in der Armee zu unterdrücken, und daß sie mit voller Schwere des Gesetzes gegen alle umstürzlerischen Versuche in Wort und Tat vorgehen werde. Das Land könne sich darauf verlassen, daß die Regierung es vor Umsturzbewegungen beschützen werde.

Der Abschied des Generals Weyler.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

⧦ **Marseille,** 8. Oktober.

Aus Madrid wird gemeldet, daß General Weyler ganz plötzlich und mit kurzem Abschied seines Amtes als Chef des Generalstabes enthoben worden ist. Diese Entlassung ist nicht auf das hohe Alter des Generals zurückzuführen, sondern muß einfach als ein **Akt der Ungnade** angesehen werden. Bei der Ankunft der Königin in Madrid hat General Weyler auf dem Bahnsteig laut seine Mißbilligung über den marokkanischen Feldzug ausgesprochen, und diese Worte waren von dem Vizepräsidenten des Direktoriums, Magaz, gehört worden. Auch soll General Weyler einige dem Direktorium nicht genehme Militärs in seine Wohnung gelassen haben, was den Spionen des Direktoriums nicht entgangen ist.

Fez, 8. Oktober.

Der Vormarsch der spanischen und französischen Truppen an der Ostfront wird durch starke Regengüsse behindert. **Abd-el-Krim** zieht seine Truppen von der Ostfront zurück, **um im Westen einen Massenangriff** zu unternehmen. Ein offizielles Telegramm aus Madrid meldet, daß die spanischen Truppen einen Geleitzug der Rifleute an der Grenze der Tangerzone zerstört haben.

Kritische Lage Grabskis.

Vertagung der Sanierungsdebatte im Hinblick auf Locarno. Das „unausgesprochene" Mißtrauensvotum gegen das Kabinett

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Warschau, 9. Oktober.

Der gestrige Seniorenkonvent des Sejm beschloß, die Sejmberatungen über Grabskis Sanierungsgesetze bis nach der Locarnoer Konferenz, und zwar bis zum 20. Oktober, zu vertagen. Die Sejmkommissionen können weiter über das Material beraten. Die Sejmklubs erklärten, es sei zu wenig Zeit bis zum Freitag, um Grabskis Programm genau zu studieren. Sejmmarschall Rataj trat selbst dafür ein. Der frühere Vizepremier Thugutt meinte, wenn man jetzt über die Sanierung beraten würde, müßte man sich bedeutend mehr mit der politischen Lage befassen als mit Wirtschaftsfragen. Es sei eher notwendig, alles zu vermeiden, was die Lage des Außenministers auf internationalem Terrain erschweren würde. Wenn er heute zur Sprache käme, müßte er sich ohne Hemmung so aussprechen, wie er über das Sanierungsprogramm denkt, und das würde entschiedene Ablehnung des Programms bedeuten. Das könnte unabsehbare Folgen gegenüber der Locarnoer Konferenz haben. Der Vorschlag des Sejmmarschall wurde hernach von der Mehrheit des Seniorenkonvents unterstützt. Die Verlegung der Diskussion über Grabskis Exposé hat innerhalb der Sejmparteien große Bewegung hervorgerufen. Die meisten Sejmparteien wollen es also doch nicht zulassen, daß Grabski sich durch die Locarnoer Konferenz rettet. Die Mehrheit lehnt seine Sanierungsvorschläge ab, will ihm keine neuen Ermächtigungen geben, will ihn und sein Kabinett beseitigen. Der Beschluß des Sejmseniorenkonvents kam der Regierung sehr überraschend. Die Regierung sieht darin ein unausgesprochenes Mißtrauensvotum gegen sich. Sie wird heute vormittag entscheidende Beschlüsse fassen. Der Sejm betrachtet die Sanierungsprojekte Grabskis vom politischen Standpunkt aus. Man hat darum in parlamentarischen Kreisen Grabskis gestrige längere Audienz beim Staatspräsidenten viel besprochen und hat bei dieser Gelegenheit wieder einmal bereits die Namen derjenigen genannt, die als Nachfolger Grabskis in Frage kommen können. Bedeutende Leute sind es nicht.

Die Internationale der Hilfsbereitschaft.

Die Eingabe der Rote-Kreuz-Gesellschaften angeregt.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

⧦ **Genf,** 9. Oktober.

Die, wie gemeldet, in Genf zusammengetretene Konferenz des internationalen Roten Kreuzes beschloß, im nächsten Jahre eine internationale Konferenz einzuberufen, auf der der Versuch einer Einigung zwischen dem historischen Genfer Roten Kreuz und der Liga der Rote-Kreuz-Gesellschaften in Paris gemacht werden soll.

Verantwortliche Redakteure: für innere Politik: Erich Dombrowsky; für auswärtige Politik: Josef Schwab; für Lokales, Provinzielles, Sport, den unpolitischen Informationsdienst und Nachrichtenteil: Fritz Kirchhoff; für das Feuilleton: Fred Hildenbrandt; für Wissenschaft: Dr. Gotthold Mamlock; für den Roman: Fritz Engel; für die Handelszeitung: Dr. Adolf Roeder; für den übrigen Teil des Blattes: Albert Pilz; für die Inserate: Heinrich Baron; sämtlich in Berlin.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin. **Hierzu 2 Beiblätter.**

Sein Protest.

III. In einer vergessenen und kaum begangenen Seitenstraße in Steglitz, man kommt nur durch sie, wenn man auf abgekürztem Wege den Omnibus erreichen will, steht an jedem frühen Tage eine kleine Autodroschke. Aeltestes Modell, ungeschickt und hoch und frühwinklig gebaut, mit einem schüchternen Kühlerchen so groß wie ein Schulranzen, mit zerkratzten Scheiben und ergrauten Rädern. Auf dem winzigen Führersitz klebt der Chauffeur, eisgrau, korpulent und mit kleinen Aeuglein. Morgen um Morgen steht das Wägelchen da, niemals hat man es in Bewegung gesehen, niemals steigt jemand ein, niemals hört man den Motor laufen, immer steht das Schildchen „Frei" trübselig aufgepflanzt.

Das ist sicher einer, denkt man, dem behagt die Straße nicht mehr, der hat kein Wohlgefallen mehr an den Menschen, der ist mit der ganzen Zeit nicht einverstanden und vor allem nicht mit der neuen Verkehrsordnung und gewiß nicht mit dem neuen Tarif, da steht er nun und nimmt entsetzlich übel.

Wenn dieser einsame alte Chauffeur einen schimmernden, prachtvollen Wagen unter sich hätte, dann wäre sein Protest nicht sehr mutig, dann würden ihn die Passanten überreden und beschwatzen, dann würden sie sich reißen um seinen Taxameter, aber er hat ja nur dieses schäbige historische Gestell unter sich, an dem die Schulmädchen schon mit abgrundtiefer Verachtung vorbeilaufen, und um die die Fahrlustigen einen grinsenden Bogen machen.

Ihm macht das nichts aus, er macht nicht mehr mit und seinetwegen kann fahren und nicht fahren, wer will. Manchmal bleibt man versonnen stehen. Warte ein Weilchen, denkt man, gleich steigt er ab, holt zwischen den Hinterrädern den Hafersack heraus, öffnet die Haube über dem Motor und gibt melancholisch der Maschine zu fressen.

Jeden Morgen bleibt man ein bißchen stehen.

Vielleicht tut er es doch noch.

* **E. R. Weiß** wird am 12. Oktober 50 Jahre alt. Man schätzt ihn als geschmackvollen, sein empfindenden Maler — viele von seinen Bildnissen und Stilleben hingen in den Ausstellungen und manche sind schon Besitz der öffentlichen Galerien — und man schätzt seine langjährige verdienstliche Tätigkeit an der Unterrichtsanstalt des staatlichen Kunstgewerbemuseums in Berlin. Das Museum des Künstlers ist jetzt auch im Ausstellungssaal der Museumsbibliothek an der Prinz-Albrecht-Straße eine Ausstellung seiner erfindungsreichen und stilvollen Buchkunst eröffnet worden. E. R. Weiß, der Badenser, steht ja in der ersten Reihe der modernen Buchkünstler. Von seinen früheren Arbeiten sind die Entwürfe zu den Glasfenstern der Johanneskirche in Hagen besonders zu nennen.

A. F. C. Runar Schildt †. In Runar Schildt, der mit nur siebenunddreißig Jahren seinem Leben freiwillig ein Ende gemacht hat, verliert Finnland eins seiner persönlichsten schriftstellerischen Talente, das schwedische Theater eine der hoffnungsvollsten Begabungen. Das Bildnis seiner selbst und seiner Mitstrebenden erinnert durchaus an den Typ, den man vor nunmehr einem Menschenalter als Dekadenten bezeichnete. Ueberreife des inneren Erlebnisses, Resignation und Passivität bis zur Zielslosigkeit, dabei aber Sinn und Vermögen für die sicherste und geschliffenste Form. Die nationalen Bestrebungen Finnlands der letzten Jahrzehnte konnten nicht ohne Einfluß auf die heranwachsende schwedische Generation bleiben: die russische Unterdrückungspolitik vor und die Selbstbefreiung der finnischen Mehrheit nach dem Kriege entzogen dem schwedischen Kulturelement immer mehr an Boden. In seinen Erzählungen, mit denen Schildt begann, ist es die leere Welt des genießerischen Nichtstuers, die er durch Ironie und zartestes Pinselführung lecker zu machen versteht. (Das „Berliner Tageblatt" hat seinerzeit das markanteste Stück seines Erstlingswerkes „Der fliegreiche Eros" veröffentlichen können.) Dann ging er mit Glück zu leichten, aber fest umrissenen Realismen aus der Welt der Bauern und der Küstenbewohner über, bis der rote Aufruhr und der Bürgerkrieg seinen Blick für die Härte und Unerbittlichkeit größerer Zusammenhänge weitete. Aus einer dieser Erzählungen gewann er mit sicherem Instinkt den Vierakter „Die große Rolle", die mit großem Erfolg in Stockholm, Gotenburg und Kopenhagen gegeben wurde. Wer die musterhafte Aufführung des Stockholmer Dramatischen Theaters mit Tore Svennberg und Maria Schildknecht in den Hauptrollen, vor zwei Jahren gesehen hat, kann den anerkennenden Freimut reichsschwedischer Nachrufe nur unterschreiben, daß seit Strindbergs Tod kaum ein wirksameres Bühnenwerk in schwedischer Sprache zu sehen war als dieses Finnländers.

j. s. In der Staatsoper wurde der „Fidelio" in teilweise neuer Besetzung gegeben. Die eine der beiden Hauptrollen, der Florestan, wurde zwar infolge Absage Robert Hutts auch diesmal von Fritz Soot (und wieder ganz ausgezeichnet) gesungen, die Leonore aber hatte ihre Vertreterin in Gertrud Bindernagel. Gesang und Darstellung waren schlicht und vornehm, doch ohne Leidenschaft; es fehlten die tiefer ergreifenden Momente. Gesanglich beherrscht sie die Partie vortrefflich, nur würde eine größere Festigkeit und Energie des Ausdrucks ihrer schönen und weichen Stimme plastischere Wirkung geben. Don Pizarro, Joseph E. Schwarz, war repräsentativ, aber trocken und unergiebig im Ton. Charlotte Boerner und Leonhard Kistemann setzten sich mit ihren hübschen Stimmen und munterem Spiel erfolgreich für das Paar Marzelline und Jaquino ein. Otto Helgers (Rocco) und Friedrich Schorr (Minister) sangen an bewährtem Platze, und unter Erich Kleibers suggestiver Leitung verlief die Vorstellung wiederum sehr eindrucksvoll. Die große Leonorenouvertüre erhielt besonders starken Beifall.

* **Volksbühnenjugend!** Zur gemeinsamen Teilnahme an der Kundgebung „Für die Freiheit der Kunst" am Sonntag vormittag im Theater am Nollendorfplatz treffen sich die Arbeitsgemeinschaften der Volksbühne, die Jugend und alle Interessenten um ½10 Uhr am Bülowplatz.

* **Thomas Mann** liest am 16. Oktober auf Einladung der Volksbühne aus seinen Werken vor. Der Abend findet in der Hochschule für Musik statt.

* **Aus der Kunstwelt.** Der Berliner Maler Peter Rasmussen hat einer Berufung als Lehrer an die Kunstgewerbeschule Frankfurt am Main Folge geleistet. Rasmussen, der bei Orlik studierte, hat bereits mehrfach und mit bestem Erfolge bei Amsler und Ruthardt in Berlin ausgestellt. — Guido Renis Entwurf zu seinem Hauptwerk, der weltberühmten Aurora im Palazzo Borghese in Rom, einer Federzeichnung, ist von der Albertina in Wien erworben worden. — Die Gesellschaft graphischer Künstler und die Vereinigung für Buchkunst in Kopenhagen veranstalten im Laufe des Winters in Prag eine Ausstellung dänischer Graphik und Buchkunst. Die Ausstellung soll dann eine Rundreise durch Europa machen. — Die Witwe Wilhelm Lehmbrucks hat mit der Heimatstadt des im Kriege verstorbenen Bildhauers die Vereinbarung getroffen, daß sämtliche während der Duisburger Jahrtausendfeier im Museum aufgestellten Werke des Künstlers dem Museum festwesie überlassen bleiben. — Die Gemäldegalerie Karl Nicolai eröffnet eine umfangreiche Kollektivausstellung von Werken des Malers Schuppner (Hamm), die figürliche Kompositionen, Landschaften, Porträts und Blumen zeigt. — Geheimrat Prof. Dr. Adolf Goldschmidt, der Ordinarius für Kunstgeschichte an der Berliner Universität, ist zu einer Vortrags- und Studienreise nach den Vereinigten Staaten eingeladen worden und wird sich demnächst nach Amerika begeben. — Prof. Dr. Max Geisberg, der Direktor des westfälischen Museums in Münster, vollendet am Montag, 9. Oktober sein 50. Lebensjahr. Der Gelehrte, der früher Mitarbeiter von Lehrs am Dresdener Museum war, ist bekannt als Kenner der Frühzeit des deutschen Kupferstiches. — Aus Anlaß der Tagung des Museenverbandes und der Eröffnung des Museums der Stadt Ulm ist im Museum eine Ausstellung von Werken der oberschwäbischen Malerei um 1400 veranstaltet worden, die Schöpfungen aus den Museen von Freiburg, Konstanz, Lindau, München, Ueberlingen, sowie zahlreiche Werke aus schwäbischem Privatbesitz vereinigt; unter anderem sind auch die Altarbilder aus dem Schlosse Wolfegg ausgestellt. Die Ausstellung wird bis zum 15. Oktober geöffnet sein.

* **Berliner Kunstausstellungen.** Der Kunstsalon Hirzel-Spanier stellt im Oktober eine Anzahl Gemälde der verstorbenen Dora Hitz, Tiergraphik von Wilhelm Kuhnert und Aquarelle von Franz Türcke aus. — Die Juryfreie Kunstschau im Landesausstellungsgebäude am Lehrter Bahnhof ist täglich von 10 bis 4 Uhr, an hellen Tagen bis 5 Uhr nachmittags geöffnet. — Die Buchhandlung des Graphischen Kabinetts, Kurfürstendamm 232, bringt in der zweiten Hälfte des Oktober Aquarelle von Heinrich Heuser und Hans W. Glaser zur Ansicht. Die Ausstellung wird am Sonntag, 11. Oktober, um 12 Uhr vormittags, eröffnet.

Der Raub im Tempelhofer Bezirksamt.

Bisher 145 000 Mark wiedererlangt. — Das Geld im Hühnerstall und in der Kochmaschine. — „Getrennt marschieren und vereint stehlen."

Den eifrigen Bemühungen der Berliner Kriminalpolizei ist es, wie bereits im Morgenblatt berichtet, gelungen, den Kasseneinbruch in der Bezirkskasse Tempelhof völlig aufzuklären, die Täter zu verhaften und einen Teil des gestohlenen Geldes wieder herbeizuschaffen. Insgesamt konnten dem Berliner Magistrat bisher 145 000 Mark von dem gestohlenen Gelde zurückgegeben werden. Der Rest des geraubten Geldes wird gegenwärtig von den Beamten der Kriminalpolizei noch gesucht.

Die Art des Einbruches ließ gleich darauf schließen, daß hier gewerbsmäßige Geldschrankknacker an der Arbeit waren, die aber von einem Beamten des Bezirksamtes Tempelhof genaue Kenntnis von der Aufbewahrung der 310 000 Mark erlangt haben mußten. Nach dieser Richtung hin setzten auch sofort die polizeilichen Ermittlungen ein. Zuerst wurde man, wie mitgeteilt, auf den Geldschrankeinbrecher Paul Pawlock aus der Urbanstraße aufmerksam. Er konnte festgenommen werden, bestreitet aber nach wie vor, sich an dem Einbruch direkt beteiligt zu haben, sondern will nur von der Straße aus die Arbeiten seiner Helfer beobachtet haben. Die Ermittelungen der Polizei führten dann weiter zu der Verhaftung des 31 Jahre alten Bureauassistenten Max Blankenburg vom Bezirksamt Tempelhof, dessen Name mehrmals in den Kreisen der Einbrecher genannt wurde. Auch dieser Beamte bestritt anfangs jede Schuld, mußte aber zugeben, daß er seiner Braut nach dem Einbruch kostbare Anschaffungen gemacht und in dem Hühnerstall seiner Schwiegereltern in Mahlsdorf den Betrag von 30 000 Mark versteckt hatte. Dieses Geld wollte er angeblich auf der Rennbahn gewonnen haben. Als man ihm die Unrichtigkeit seiner Angaben nachweisen konnte, legte er ein umfassendes Geständnis ab und gab zu, der Urheber des ganzen Einbruches gewesen zu sein.

Nach diesem Geständnis war es natürlich leicht, in kürzester Zeit alle Beteiligten zu verhaften. Einer der Verhafteten, der Händler Fechner, gab bei seiner Vernehmung an, daß er seinen Anteil am Teltowkanal vergraben habe und die genaue Stelle selbst nicht mehr bezeichnen könnte. Bei einer Durchsuchung seiner Wohnung in der Fidicinstraße bemerkten die Beamten an der Kochmaschine in der Küche eine frischgemauerte Stelle. Als man den Herd aufbrach, entdeckte man eine Kassette, die 50 000 Mark von dem entwendeten Gelde enthielt. Auch bei den anderen Verhafteten konnten Geldbeträge beschlagnahmt werden, so daß bisher etwa die Hälfte des gestohlenen Betrages wieder zurückerlangt wurde. Nur bei Pawlak konnte man bisher nichts über den Verbleib seines wahrscheinlichen Anteils (er soll nach den Angaben seiner Komplicen den größten Teil erhalten haben) feststellen.

Sämtliche sechs Verhafteten sind mit Ausnahme von Pawlak geständig. Sie alle hatten zum Einbruch in die Bezirkskasse genaue Vorkehrungen getroffen, die den einzelnen Mitgliedern am Abend zuvor bekanntgegeben wurden. Auf verschiedenen Wegen begaben sie sich zur Nachtzeit in die Nähe der Bezirkskasse und beobachteten aus einiger Entfernung die Tätigkeit des Wächters. Als dieser nach seinem Kontrollgange das Schulgrundstück, wo die Kassenräume untergebracht sind, verließ, gingen die Einbrecher mit größter Sorgfalt an die Arbeit. Nachdem sie das Grundstück mit der Beute verließen, schlugen sie wieder alle verschiedene Richtungen ein und benutzten dann Kraftdroschken, um nach mehreren Berliner Fernbahnhöfen zu gelangen. Erst von hier aus begaben sie sich dann unbeobachtet nach ihren Wohnungen und dann zu Fechner, wo die Beute geteilt wurde. Bei dieser allgemeinen Teilung war auch der Anstifter Blankenburg erschienen, der zehn Prozent des geraubten Geldes als Abfindungssumme erhielt.

Schiedsspruch für die städtischen Arbeiter.

Die Entscheidung des Tarifgerichtes.

Das Tarifgericht für die städtischen Arbeiter tagte gestern nachmittag unter Vorsitz des Münzdirektors Picard. Es handelte sich um die Forderung der städtischen Kämmereiarbeiter, den bisherigen Stundenlohn um 10 Pfennig zu erhöhen. In den direkten Verhandlungen zwischen dem Magistrat und den Organisationsvertretern der Arbeiter konnte keine Einigung erzielt werden. Außer der Forderung der Lohnerhöhung beantragten die Arbeitnehmer die Herabsetzung der Altersgrenze der Vollarbeiter von 24 auf 21 Jahre. Das Tarifgericht erkannte dahin, daß die Löhne aller Arbeiterkategorien um drei Pfennige heraufzusetzen sind. In der Frage der Altersgrenze konnte eine Einigung noch nicht erzielt werden. Wahrscheinlich wird der Schiedsspruch in der nächsten Woche in der Stadtverordnetenversammlung diskutiert werden.

Die Zunahme der Berliner Verkehrsunfälle. Im zweiten Vierteljahr 1925 hat sich, wie vor kurzem berichtet, die Zahl der Unfälle im öffentlichen Verkehr Berlins gegenüber dem ersten Vierteljahr bedeutend vermehrt, und zwar um 859 = 44 Prozent. Noch stärker hat sich die Zahl der verletzten Personen vermehrt: um 557 = 68,6 Prozent. Gegenüber dem Vorjahr ist das Anwachsen der Berliner Verkehrsunfälle noch bedeutend stärker; es kommt einer Verdoppelung gleich. Besonders stark sind an der Vermehrung der Zusammenstöße usw. die Kraftomnibusse beteiligt, deren Anteil gegenüber dem vorigen Vierteljahr um über 55 Prozent gestiegen ist.

Wegen Fischfangs in verbotenen Gewässern aufgebracht. Wiederum ist, wie unser Hamburger ✱-Korrespondent telegraphiert, ein deutsches Fischereifahrzeug, „Konsul Punt", von einem isländischen Fischereinspektionsschiff beim Fang in verbotenen Gewässern aufgebracht worden. Das Schiff wurde zu 10 000 Kronen Geldstrafe, Beschlagnahme des Fanges und der Fanggeräte und Tragung sämtlicher Kosten verurteilt.

Explosion auf einem portugiesischen Dampfer. Aus Lissabon wird gemeldet: Durch Explosion auf einem portugiesischen Dampfer, der sich auf dem Wege nach Cezinbra befand, wurden 5 Matrosen getötet und 7 schwer verletzt.

Kleine Notizen. Oberbürgermeister Böß und Kämmerer Dr. Karding haben sich nach Flensburg begeben, um an den Beratungen des deutschen und preußischen Städtetages teilzunehmen. — In einem Hotel am Stettiner Bahnhof brachten sich der 18jährige Wilhelm Fregin aus der Greifenhagener Straße 24 und der 17jährige Bruno Radtke aus Stettin durch Kopfschüsse schwere Verletzungen bei. Fregin starb bald nach der Einlieferung ins Krankenhaus, während der Zustand Radtkes sehr bedenklich ist.

Das Jubiläum des Einzelhandels.

25 Jahre Verband Berliner Spezialgeschäfte.

Neue Methoden der Kundenwerbung. — Fortbildungsschulen zur Personalausbildung.

Der Verband Berliner Spezialgeschäfte hat sich durch originelle Schaufensterwettbewerbe und andere neuartige Veranstaltungen in besonderem Maße populär gemacht, und so interessiert das Jubiläum seines 25jährigen Bestehens, das er am 17. Oktober begeht, auch die große Oeffentlichkeit. Mit ihr ist der Verband durch mannigfache Fäden verbunden, denn in dem Vierteljahrhundert seit seiner Gründung hat er sich nicht darauf beschränkt, als einseitige Interessengemeinschaft aufzutreten; es war ihm vielmehr stets darum zu tun, durch neue Ideen und Einrichtungen nach vielen Seiten hin praktisch reformierend und anregend zu wirken. Daß dies — trotz vieler Schwierigkeiten — gelang, war eine Folge der Gewandtheit und großzügigen Einstellung seiner führenden Persönlichkeiten. Der Grundgedanke bei der Verbandsgründung war die Abwehr des Einzelhandels gegen das Aufkommen der Warenhäuser, wobei es nicht um deren Bekämpfung ging, sondern um einen „positiv-aktiven" Kampf. Im Laufe der Zeit trat dann zwischen beiden Gruppen ein gewisser Ausgleich ein und die Annäherung führte schließlich zu einer Gemeinschaft der beiden Spitzenverbände.

Mit dem kleinen Kreis von 62 Mitgliedern (jetzt 250) gelang es dem jungen Verband Berliner Spezialgeschäfte rasch sich Geltung zu verschaffen. Von den Gründern blieb Kommerzienrat Fritz Gugenheim bis zum Beginn des Jahres 1911 an der Spitze des Verbandes, als er dann aus Gesundheitsgründen sich entlasten zu müssen glaubte, wurde er zum Ehrenpräsidenten des Verbandes ernannt. Sein Nachfolger als erster Vorsitzender wurde Emil Mußgnug, nach dessen Tode im Jahre 1911 übernahm Heinrich Grünfeld das Amt, das er mit starkem Impuls und kluger Umsicht verwaltet. Neben ihm steht als zweiter Vorsitzender Architekt Ernst Friedmann, dritter Vorsitzender ist Oskar Lohse, E. S. Fürstenberg fungiert als Schriftführer, Dr. Leon Zeitlin ist geschäftsführendes Vorstandsmitglied, ebenso wie Herr Heinrich Grünfeld gehört er bereits seit 15 Jahren dem Verbande an. — Eine anläßlich des Jubiläums vom Verbande herausgegebene „Denkschrift", verfaßt von Dr. Zeitlin, stellt in prägnanter Form das in diesen 25 Jahren Erstrebte und Geleistete zusammen. Die ersten Arbeiten des Verbandes erstreckten sich auf Gebiete, auf denen die besondere Stärke des Warenhauses lag. Durch zugkräftige, aber sachliche Reklame, durch geschmackvolle Ausstattung der Geschäftsräume und Schaufenster und durch zuvorkommende Bedienung gelang es, neue Käuferschichten zu gewinnen. Vorträge, Ausbildungskurse und Schaufensterwettbewerbe dienten der Erziehung zum guten Geschmack, der eine dauernde Pflegestätte in der 1911 gegründeten Höheren Fachschule für Dekorationskunst fand. Eine der wichtigsten Leistungen des Verbandes ist sein starkes Interesse an der Ausbildung des Personals. Diese Bestrebungen gingen grundsätzlich davon aus, daß besonders bei den Spezialgeschäften der wirtschaftliche Erfolg wesentlich mitbedingt ist von einer vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Geschäftsinhaber und Personal. Vieles von dem, was uns heute selbstverständlich erscheint, wurde um die Jahrhundertwende dankbar begrüßt. Jedenfalls hat der Verband Pionierarbeit geleistet auf dem Gebiet der kaufmännischen Personalausbildung und durch sein soziales Verständnis für die Lebensbedürfnisse der Angestellten.

Von ihm stammt die Anregung zur Errichtung von Fortbildungsschulen für angehende Verkäuferinnen. Das Interesse der Angestellten am Unternehmen wurde durch Gewährung von Prämien angespornt, und zur Erholung für das weibliche Personal wurde von einigen bekannten Firmen das Ferienheim Melle bei Zossen gestiftet.

Nach außen hin vertrat der Verband mit großer Rührigkeit die vielseitigen Interessen des Einzelhandels durch Entsendung ideenreicher Männer in maßgebende Korporationen, durch seine Stellungnahme zu steuer- und handelspolitischen Fragen und anderen wichtigen Komplexen. An der Entwicklung Berlins zur Weltstadt hat er einen erheblichen Anteil, so wurden beispielsweise seine Ratschläge bei verkehrspolitischen Fragen vielfach befolgt. In der mit vom Verband Berliner Spezialgeschäfte gegründeten Zentralstelle für die Interessen des Fremdenverkehrs fanden sämtliche auf den inneren und äußeren Ausbau Berlins gerichteten Bestrebungen ihren Sammelpunkt.

Die Kriegs- und Nachkriegsjahre stellten den Verband vor eine Reihe schwieriger Aufgaben, die in diesem Rahmen nicht einzeln erörtert werden können. Mit dem Beginn des Jahres 1924 setzte dann die Zeit des Wiederaufbaues ein. Der Einzelhandel sah sich in einem immer heftiger werdenden Abwehrkampf gegen andere Wirtschaftsgruppen. Bestimmte Interessentenkreise versuchten, den Einzelhandel als Hauptschuldigen einer ungünstigen Preisgestaltung hinzustellen. Zur Zurückweisung solcher Angriffe ist vor allem die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels berufen, die aus der 1918 begründeten Arbeitsgemeinschaft hervorgegangen ist.

Zu den bemerkenswerten Leistungen des Verbandes in der Nachkriegszeit gehört die Schaffung einer Organisation zur Bekämpfung der Ladendiebstähle, ferner seine soziale Hilfsarbeit, die Studentenhilfe und die Versorgung der ärmeren Bevölkerung mit Kleidung. Das auf Anregung des Verbandes herausgegebene Bekleidungsgeld hat sich außerordentlich bewährt. In ein und einem halben Jahre sind über die Geschäftsstelle des Verbandes etwa 160 000 Mark zur Anschaffung von Bekleidung für Bedürftige verwendet worden. Seit einigen Jahren steht der Verband in vertrauensvoller Zusammenarbeit mit der Zentrale der Berliner Hausfrauenvereine, und haben sich daraus bereits einige große und erfolgreiche Veranstaltungen („Warenkunde im Schaufenster" und andere) ergeben.

Im Uebrigen hat der Verband verschiedentlich ein starkes Interesse nicht nur an gemeinnützigen, sondern auch an künstlerisch-kulturellen Fragen gezeigt. Dieses Interesse beweist er jetzt wieder, indem er während der Jubiläumswoche Bildhauern die Möglichkeit zur Ausstellung ihrer Werke bietet: Den Künstlern wird eine Reihe der bestgelegenen Schaufenster von Mitgliedern des Verbandes Berliner Spezialgeschäfte zur Verfügung gestellt.

Explosionsunglück in St. Louis.

Ein Ammoniaktank in die Luft geflogen. — 5 Personen getötet, 30 verletzt.

(Meldung der Funkstation Rudolf Mosse-Haus.)

St. Louis (Missouri), 9. Oktober.

Ein folgenschweres Unglück ereignete sich gestern hier. In den Gebäuden der hiesigen Gasgesellschaft, die im Zentrum der Stadt gelegen sind, **explodierte ein Tank, der mit Ammoniak gefüllt war.** Die Folgen der Explosion waren entsetzlich. **5 Personen, die sich in der Nähe des Tanks aufhielten, waren sofort tot, 30 andere Personen wurden zum Teil sehr schwer verletzt.** Es ist noch nicht gelungen, die Ursachen des furchtbaren Unglücks festzustellen.

Folgen des Nebels.

Wieder fünf Streckenarbeiter überfahren und getötet.

Leipzig, 8. Oktober (W. T. B.)

Heute früh wurden infolge des dichten Nebels kurz vor dem Bahnhof Oetzsch bei Leipzig **fünf Streckenarbeiter durch einen Personenzug überfahren und getötet.** Ein weiterer Arbeiter wurde schwer verletzt.

Kraft und Anmut.

Eine sensationelle Heirat in Paris.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

L. Paris, 9. Oktober.

Rigoulot, der am Dienstag abend zum stärksten Mann der Welt ausgerufen wurde, hat sich gestern vermählt. Seine Gattin ist eine hübsche Kinoschauspielerin, die unter dem Namen Magda Roche spielt. „Das ist die Vereinigung von Kraft und Anmut", sagte der Bürgermeister gestern bei der Trauung. Wohl noch nie hat Paris eine derartige Zuschauermenge bei einem Hochzeitszug gesehen. Vor dem Standesamt und der Kirche hatten sich viele Sportbegeisterte eingefunden, so daß der Verkehr unterbrochen und umgeleitet werden mußte. Brausende Hochrufe ertönten, als Rigoulot mit seiner Braut erschien. Selbstverständlich waren auch die Photographen zahlreich vertreten, und heute früh erschienen in allen Blättern die Bilder des neuen Paares.

Dr. Eckener über die „Zeppelin-Eckener-Spende". Der Reichsausschuß für die Zeppelin-Eckener-Spende hatte die Vertreter der Presse gestern abend in die Räume des Aerokluds eingeladen, um ihnen Gelegenheit zu geben, von Dr. Eckener persönlich einige Mitteilungen über die Zeppelin-Eckener-Spende entgegenzunehmen. Dr. Eckener betonte, daß der Reichsausschuß von dem bisherigen Ergebnis der Sammlungen angenehm überrascht sei. Man habe von vornherein nur auf kleine Beträge gerechnet und die neuerdings eingeleiteten Maßnahmen auch daraufhin eingestellt. Dr. Eckener verbreitete sich dann nochmals über die eigentlichen Zwecke der Spende und betonte, daß das geplante Luftschiff internationalen wissenschaftlichen Zwecken dienen soll. Die Sammlungen sollen nationalen Charakter haben und von der Allgemeinheit des Volkes aufgebracht werden.

Der Mord in der Grolmanstraße vor Gericht.

Die Strafanträge im Autobusunfall-Prozeß.

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts III begann heute ein Mordprozeß, der in das dunkelste Berlin führt. Angeklagt ist die Prostituierte Charlotte Trenkwald wegen Mordes und der 51jährige Richard Wardanowski wegen Beihilfe zum Mord. In der Nacht zum 9. September 1924 war das Haus Grolmanstraße 19 Schauplatz einer blutigen Szene. Ein Schutzpolizeibeamter, den die Trenkwald auf der Straße um Hilfe gebeten hatte, weil sie angeblich von einem jungen Mann geschlagen worden war, fand in dem Hofe dieses Hauses einen tödlich verletzten jungen Mann liegen, der wenige Minuten darauf starb. Er wurde als der Bauschlosser Max Müller aus Charlottenburg festgestellt. Die Anklage wirft nun der Trenkwald vor, diesen jungen Mann ermordet zu haben. Wardanowski wird beschuldigt, ihr Helfer bei der Bluttat gewesen zu sein.

Die Angeklagte Trenkwald, die seit 13 Monaten in Untersuchungshaft sitzt, behauptet, daß der Ermordete sie auf der Straße angesprochen habe. Sie hätte sogleich Geld verlangt, aber keins erhalten. Auch später, als der Mann die Trenkwald verließ, habe er ihr kein Geld geben wollen. Als sie ihn im Hausflur wiederholt darum bat, habe er sie geschlagen. Darauf sei sie aus dem Hause geflohen und habe die Tür zugeschlossen, damit der junge Mann nicht entweichen sollte. Als sie mit dem Polizeibeamten zurückkehrte, sei der Mann nicht mehr im Hausflur gewesen und erst später habe man ihn sterbend auf dem Hofe gefunden. Sie nimmt an, daß er versucht habe aus dem Fensterfenster zu springen und dabei in den Hof gestürzt sei. Die Hauptbelastungszeugin, die 21jährige Köchin Peschke, die in der Voruntersuchung die Angeklagten schwer belastete, fällt in der heutigen Hauptverhandlung völlig um. Sie behauptet, daß sie ihre belastenden Aussagen vor dem Untersuchungsrichter unter Zwang gemacht habe. Damals hatte sie ausgesagt, sie hätte beobachtet, wie Wardanowski in der Küche blutige Handtücher versteckt und Blutspuren beseitigt habe. Heute weiß sie von alledem nichts mehr, und will mit der ganzen Sache nichts zu tun haben.

*

Nachdem das Schöffengericht Schöneberg zunächst noch in theoretische Erörterungen über das Autobusunglück am Schöneberger Ufer eingetreten war, begann in den späten Vormittagsstunden der Staatsanwalt sein Plaidoyer. Er beantragte gegen beide Angeklagte eine Gefängnisstrafe von je sechs Monaten. Im Interesse des Publikums und der Verkehrssicherheit sei es notwendig, eine derartige Leichtfertigkeit streng zu bestrafen. Auch müsse man bedenken, daß 38 Personen zum Teil sehr schwer verletzt worden seien. Es könne deshalb nur eine Gefängnisstrafe für beide Angeklagte in Frage kommen.

Ueberfall auf einen Nachtwächter. In der Wassertorstraße wurde in der vergangenen Nacht ein Wächter von zwei Männern angegriffen. In der Notwehr gab der Wächter zwei Schreckschüsse ab. Da die Angreifer weiter auf den Wächter einschlugen, gab dieser einen scharfen Schuß ab und traf dabei den Schriftsetzer Zelser in die Brust. Der Verletzte wurde von Beamten der Schutzpolizei nach dem Krankenhaus gebracht.

Wetteraussicht für morgen in Berlin und Umgegend. Zunehmende Bewölkung ohne erhebliche Niederschläge, etwas milder Nacht und wenig veränderte Tagestemperaturen.

Praktische Steuerfragen.

Von Dr. Max Lion, Rechtsanwalt und Notar.

Die Nachteile der Grundstücks-G.m.b.H.

Schon häufig ist an dieser Stelle darauf aufmerksam gemacht worden, wie trügerisch oft die Ansicht ist, durch eine Grundstücks-G. m. b. H. liessen sich erhebliche Steuervorteile erzielen. Dass die Grunderwerbssteuer auch für die Uebertragung einzelner Anteile an einer solchen G. m. b. H. fällig wird, also auch wenn nicht alle Anteile an nur einen Erwerber übergehen, steht in der Rechtsprechung des Reichsfinanzhofs fest. Auch die Zuwachssteuer wird bekanntlich von den Gemeinden verlangt; wegen der Gültigkeit dieser Bestimmung schwebt die Entscheidung beim Oberverwaltungsgericht; sie wird nach ergangenem Urteil hier bekanntgegeben werden. Für die Körperschaftssteuer ergaben sich aus der Zweiten Steuernotverordnung durch die Vorschriften über die Mindestzahlungen von Gesellschaften mit beschränkter Haftung Nachteile, die erst mit Mühe und Verzögerung beseitigt werden konnten. Auch in Zukunft bleibt bei der Körperschaftssteuer die Doppelbesteuerung und damit die Möglichkeit einer Steuersteigerung bestehen. Für die Vermögenssteuer ist sie von jeher vorhanden gewesen und wird jetzt unter der Goldmarkrechnung fühlbarer werden. Vor allem wird infolge der hier kürzlich besprochenen neuen Vorschriften über die Besteuerung von Veräusserungsgewinnen künftig Einkommensteuer zu zahlen sein, wenn mehr als ein Viertel der gesamten Anteile veräussert werden, während die Veräusserung eines Grundstücks einkommensteuerfrei ist, wenn man es mindestens zwei Jahre besitzt.

Nun aber melden sich weitere, sehr erhebliche Nachteile auf anderen Gebieten an, die früher nicht vorherzusehen waren. Da ist zunächst die grosse Verschlechterung des Erwerbers bei der Aufwertung. Wer vor dem 1. Juli 1925 ein Grundstück in gutem Glauben darauf erworben hat, dass die früheren Papiermarkhypotheken gelöscht waren, oder dass darüber Löschungsbewilligungen erteilt waren, ist gegen die Aufwertung kraft Rückwirkung geschützt, haftet also auch dann nicht mit dem Grundstück, wenn die Rückzahlung der Hypotheken in der Zeit vom 15. Juni 1922 bis zum 14. Februar 1924 erfolgt ist. Anders ist die Lage für denjenigen, der anstatt des Grundstücks nur die Anteile einer Grundstücks-G. m. b. H. erworben hat. Auf seinen guten Glauben, auf die Zeit seines Erwerbes usw. kommt es gar nicht an, sondern nur auf den Erwerb des Grundstückes durch die G. m. b. H. Der G. m. b. H. selbst wird für ihren Eigentumserwerb natürlich der Schutz des guten Glaubens zuteil. Hat sie aber das Eigentum schon vor dem 15. Juni 1922 besessen, so muss derjenige, der nach diesem Tage die Anteile erworben hat, der vollen Aufwertung der Hypotheken kraft Rückwirkung zusehen. Selbst die persönliche Haftbarkeit trifft wirtschaftlich ihn, soweit die G. m. b. H. persönlicher Schuldner geworden ist (z. B. wenn sie die Hypotheken bei ihrem Grundstückserwerb übernommen hatte). Denn die G. m. b. H. ist ja Grundstückseigentümer geblieben und hat mit dem Verkauf der Anteile nichts zu tun.

Und weiter: Auch so manche G. m. b. H. hat ihr Grundstück „schwarz" kaufen müssen, indem der Veräusserer eine besondere Zahlung neben dem beurkundeten Preise verlangte. Jetzt verlangt auch von einer solchen Erwerberin vielfach der frühere Grundstückseigentümer sein Grundstück zurück wenn die grundbuchliche Umschreibung erst nach dem 16. Februar 1923 erfolgt war. Wer inzwischen die G. m. b. H.-Anteile erworben hat, kann einer solchen Klage nicht den guten Glauben beim Erwerb entgegensetzen; hätte er statt dessen das Grundstück gekauft, so wäre er gegen die Rückforderung geschützt.

Alle diese Folgen sprechen erneut und eindringlich dafür, dass der Erwerber eines Grundstücks dieses selbst sich übereignen und nicht statt dessen sich die Anteile der G. m. b. H. übertragen lässt, wenn er vor Schaden bewahrt sein will.

*

Zur Rückforderungsklage des Inflationsverschleuderers.

Vor einigen Wochen wurden hier die Folgen dargelegt, die sich aus der Stellung des Reichsgerichts zur Rückforderungsklage eines Grundstücksverkäufers ergeben, der sein Grundstück mit einer verheimlichten „Schwarzzahlung" verkauft hat, wenn die grundbuchliche Eintragung nach dem 15. Februar 1923 erfolgt ist. Ich führte aus, dass dann also „der Ehrliche der Dumme" ist, indem derjenige, der den Kaufpreis ehrlich hat beurkunden lassen, sein Grundstück verloren hat, während derjenige, der zur Steuerersparung den Kaufpreis falsch beurkunden liess, das Grundstück zurückfordern kann. Jetzt liegt hierzu ein sehr interessantes Urteil des Landgerichts I zu Berlin vor. Es hat bei einem Schwarzverkauf, der im Jahre 1922 erfolgt, aber bisher nicht eingetragen war, dem Verkäufer den Anspruch auf Rückgabe versagt (allerdings auch den Käufer gesagt, dass er zur Erlangung der behördlichen Genehmigung den Kaufpreis angemessen aufwerten müsse). Dabei führt das Gericht folgendes aus: „Die Einrede der Arglist (exceptio doli generalis) steht dem Kläger deshalb entgegen, weil er seine Zustimmung dazu gegeben hat, dass der Kaufvertrag mit falscher Angabe des Kaufpreises beurkundet wurde. Es widerspricht nicht nur dem Denken und Tun anständiger Menschen, wenn der Kläger jetzt unter Ignorierung der Tatsache, dass er selbst jedenfalls seine Zustimmung dazu gegeben hat, dass der Kaufpreis falsch beurkundet werde, sich auf die Nichtigkeit des Vertrages beruft, sondern dies Verhalten bedeutet auch gegenüber dem Beklagten eine Treulosigkeit und Unanständigkeit, denn der Kläger hat aus der falschen Angabe des Kaufpreises selbst damals seine Vorteile gezogen und der Verschwiegenheit der Beklagten vertraut. Die Beklagten durften daher auf seine Verschwiegenheit vertrauen, und der Bruch dieser Verschwiegenheit aus rein egoistischen Gründen bedeutet daher, ganz gleich, ob sich der Kläger selbst vorher durch Selbstdenunziation, wie dies heute Sitte geworden ist, bei der Steuer Indemnität für sein Verhalten geholt hat oder nicht, eine solche Verletzung der gegenseitigen Beziehungen, welche den Kläger mit den Beklagten verbinden, dass sich diese dessen Verhalten nicht gefallen zu lassen brauchen, sondern verlangen können, dass der Kläger, selbst wenn er formelle Rechte haben sollte, keinen Erfolg aus seinem Tun ziehe (vgl. auch BGB. Band 107, Seite 357). Es ist ein alter Grundsatz, dass sich niemand zur Durchführung eines Anspruches auf eigenen dolus berufen darf, und dass daher eine Klage abgewiesen werden muss, wenn ihre Begründung über den eigenen dolus führt. Denn die Gerichte dürfen als die Hüter der Gerechtigkeit, der gesellschaftlichen Ordnung und des wirtschaftlichen Anstandes und der guten Sitten niemandem ihre Hilfe gewähren, der einen Anspruch nur mit der Begründung dartun kann, dass er selbst gegen Gesetz und Anstand verstossen habe. Es würde auch niemand eine Rechtsprechung verstehen, die bei der zurzeit mit allen Mitteln geschürten Bewegung, die Not- und Schleuderverkäufe in der Inflationszeit auf dem Rechtswege wieder rückgängig zu machen, ihre Hilfe aus technisch juristischen Gründen nur einem gewähren kann, welche sich des Steuer- und Gebührenbetruges schuldig gemacht haben, nicht aber denen, die dem Gesetz und dem Anstand gemäss gehandelt haben."

Die umstrittene Frage gelangt damit in ein neues Fahrwasser; die Stellungnahme des Reichsgerichts bleibt abzuwarten.

*

Weitere Beispiele für Restkaufgeldhypotheken.

Den Wünschen vieler Leser entsprechend, seien hier einige weitere Beispiele für die Aufwertung von Restkaufgeldhypotheken gegeben (siehe darüber den Artikel vom 2. Oktober):

1. Eine Restkaufforderung stammt aus der Zeit bis zum 31. Dezember 1908, also etwa aus dem Jahre 1906, oder aus einer Zeit vor 1900. Hier findet nur die normale Aufwertung von 25 pCt. des Nennbetrages statt, sowohl für die Hypothek wie für die persönliche Forderung. (Die allgemeinen Herabsetzungsanträge wegen wirtschaftlicher Not des Eigentümers oder persönlichen Schuldners sind natürlich hier wie auch bei den folgenden Beispielen immer zulässig.)

2. Die Forderung stammt aus den Jahren 1909 bis einschliesslich 1911. Dann wird die dingliche Hypothek mit 25 pCt. des Friedensnennbetrages aufgewertet; die persönliche Forderung kann bis zu 75 pCt. des Nennbetrages aufgewertet werden.

3. Die Forderung stammt aus den Jahren 1912 bis einschliesslich 1917. Dann wird die dingliche Hypothek mit 25 pCt. des Nennbetrages aufgewertet, während die persönliche Forderung bis zu 100 pCt. des Nennbetrages aufgewertet werden kann (Höchstgrenze, die in diesem Falle nur selten zugestanden werden wird).

4. Die Forderung ist in den Jahren 1919 bis einschliesslich 1921 begründet. Dann wird die Hypothek mit 25 pCt. des zu errechnenden Goldmarkbetrages (Umrechnungstag: die Eintragung der Hypothek) aufgewertet, die persönliche Forderung bis zu 100 pCt. des Goldmarkbetrages (Umrechnungstag: der notarielle Vertragsabschluss).

5. Die Forderung ist in der Zeit vom 1. Januar 1922 bis einschliesslich zum 13. Februar 1924 begründet. Dann wird die Hypothek mit 25 pCt. des Goldmarkbetrages aufgewertet (Umrechnung nach dem Eintragungstage der Hypothek); für die persönliche Forderung dagegen besteht freie Aufwertung nach Billigkeit, ohne Rücksicht auf den Goldmarkwert der Forderung.

6. Alle vorstehenden Beispiele setzen voraus, dass die Restkaufgeldforderung nicht bereits bis zum 14. Juni 1922 einschliesslich zurückgezahlt war. Hat die Zahlung in dieser Zeit stattgefunden, so findet (wenn nicht etwa ein nachweislicher Vorbehalt vom Gläubiger gemacht war) eine Aufwertung nicht mehr statt. Der Gläubiger muss auch die etwa noch nicht erteilte Löschungsbewilligung in der vorgeschriebenen Form geben.

7. Hat die Rückzahlung in der Zeit vom 15. Juni 1922 bis zum 13. Februar 1924 einschliesslich stattgefunden, so wird die Hypothek kraft Rückwirkung aufgewertet, soweit ihr nicht der gute Glaube nachträglich entstandener Rechte entgegensteht. Die persönliche Forderung wird ohne Rücksicht auf solche Rechte aufgewertet, jedoch hat der Schuldner das Recht, die Ermässigung oder den Fortfall der Aufwertung zu beantragen.

8. Ist die Rückzahlung seit dem 14. Februar 1924 bewirkt, so erfolgt die Aufwertung so, als wenn eine Rückzahlung nicht geschehen wäre; jedoch wird die Rückzahlung mit ihrem Goldwert angerechnet. Hat aber die Rückzahlung auf Grund eines Vergleichs stattgefunden, bei dem sich also die Parteien bereits über eine Aufwertung geeinigt habe, so kommt keinerlei weitere Aufwertung in Frage.

Nachtrag zur Morgen-Ausgabe.

Das Durchmarschrecht. Ein Vorschlag Chamberlains.

E. D. Locarno, 8. Oktober.

Wie ich häre hat in der heutigen Besprechung, die **Chamberlain mit Dr. Stresemann** hatte, der englische Außenminister ein Gentlemen-Agreement in bezug auf Artikel 16 der Völkerbundssatzung angeregt. Deutschland solle nur in den Völkerbund eintreten, und es dürfe auf den englischen Beistand im Völkerbundsrat versichert sein, wenn später die Sprache auf den Artikel 16 und seine eventuelle Abänderung käme. Dr. Stresemann erklärte, daß dieser Vorschlag für Deutschland, insbesondere für das deutsche Volk, nicht annehmbar sei.

In später Abendstunde erfuhre ich noch einige nähere Einzelheiten über die heutige Konferenzsitzung. Fast ausschließlich drehte sich die Debatte um den **Artikel 16 der Völkerbundssatzungen mit dem darin aufgestellten Durchmarschrecht.** Zum erstenMale seit dem Zusammentritt der Konferenz wurde sie förmlich zu einem Tribunal, in dem die einzelnen Delegierten großepropagandistische Reden hielten. Dabei stellte es sich heraus, daß Deutschland mit seinen Forderungen in bezug auf den Artikel 16 isoliert ist. Alle anderen Mächte wandten sich gegen den deutschen Standpunkt, zum Teil in sehr entschiedener Weise, meist mit denselben Argumenten, so daß man fast von einer **einheitlichen Front der Alliierten gegen Deutschland in dieser Frage** sprechen kann. Nur darf man das nicht so auffassen, als ob die sämtlichen Alliierten diesen Artikel 16 an sich als „Noli me tangere" betrachten, und jede irgendwie geartete Ergänzung, Erweiterung oder Erläuterung von der Hand weisen. Ueberdies spielt die Möglichkeit, die Frage der französischen Garantie gegenüber den Ostverträgen und des Artikels 16 in einer gemeinsamen **Kompromißformel** im Rahmen des Völkerbundes als oberste Instanz zu vereinigen, eine gewisse Rolle. Kurz, **die Situation ist heute geradezu gespannt.** Von deutscher Seite wird die Lage jedenfalls als sehr ernst betrachtet, während ein Teil der französischen Delegierten immer noch einen auffälligen Optimismus zur Schau trägt.

Chamberlain erklärte, daß die Gerüchte, wonach England in einem vertraulichen **Memorandum** die Absicht ausgedrückt habe, durch den Westpakt Deutschland endgültig von Rußland zu trennen und Deutschland ganz in eine antibolschewistische Front einzuspannen, erfunden sei. Ein solches Memorandum existiere nicht.

Yogin Ärztlich empfohlen! Gegen Kopfweh und Grippe Jobsiks Konfekt-Sicher wirkend

100 Zeile, Ia Qualität, in verschieden. Größen, 2:00 engl. Schlafdecken, 2000 Kio. Packdecken äußerst preiswert abzugeben. Agtin. G. m. b. H., Berlin C. 19, Schorrenstraße 11-13.

Ofen SEMMLER & BLEYBERG-A.G. S.14 DRESDENERSTR. 98-99 Herde für Kohle und Gas Kauf u. Miete

1921er Binger Eisel Riesling „ Rüdesheimer Bischofsberg „ garantiert naturreine, unverschnittene, vortreffliche Creceenweine à M. 3.00 p. Fl offer. Weingroßhandl. Gustav Gumpert, Frankfurt a/M.

Dynamo 65/8. 220 Amp 1,8 Km. 1400 Umdr. wie neu, mit Schalttafel und Zubeh. bill. Thal. Seydelst. 5 (Merkur 1276).

Mawa-Pumpen D. R.-P. Ausl.-Pat. Mit Momentverschluß Höchste Saug- u. Druckwirkung Hauswasseranlagen Maschinenfabrik Waldau G.m.b.H. Köln, Schwerthof 57.

20. Brauerei- u. Kellereimaschinen - Ausstellung, Berlin N. 65, Seestraße, vom 5.-11.10.25, neue Halle rechts

Pelzwaren. Leihhaus in lebhafter Geschäftsgegend mit einschlägiger Verkaufsabteilung sucht Pelzwaren in Kommission. Offert. unt. U. V. 4367 an Rudolf Mosse, Berlin SW. 19.

252. Preuss.-Südd. Staats-Lotterie

Ziehung I. Klasse bereits 16. u. 17. Oktober

Jeden Monat eine Ziehung

600 000 Lose mit 234 000 Gewinnen und 2 Prämien in 5 Klassen über

45 000 000

Höchstgewinne, Prämien und Hauptgewinne:

2 Millionen Mk.
1 Million Mk.
2x 500 000 Mk.
2x 500 000 Mk.
2x 300 000 Mk.
2x 200 000 Mk.
10x 100 000 Mk.

Amtlicher Plan gratis und franko

Alle Los-Nrn. und Gewinne werden wieder einzeln gezogen

Los-Preise:

für jede Klasse gleich		für alle 5. Klassen zus.	
Achtel Lose	= 3 Mk.	Achtel Lose	= 15 Mk.
Viertel Lose	= 6 Mk.	Viertel Lose	= 30 Mk.
Halbe Lose	= 12 Mk.	Halbe Lose	= 60 Mk.
Ganze Lose	= 24 Mk.	Ganze Lose	= 120 Mk.
Doppellose	= 48 Mk.	Doppellose	= 240 Mk.

Original-Lose (Stamm-Nr. in jeder gewünschten Einteilung) empfiehlt und versendet der Staatl. Lotterie-Einnehmer

Friedr. Müller

Postscheck-Konto: Berlin 311 58 — Berlin C 19 — Telegr.-Adresse: „Glücksmüller"

Jerusalemer Strasse 16 nächst der Leipziger Strasse

Dtsch. Terpentinöl, Kienteer, Holzkohle hat laufend aus eig. Produktion in bester Qualität abzugeben. Wigrinner Stubbenverwertung G m. b. H. Wigrinnen. Post Alt-Ukta, Ostpr.

Damenwäsche Jumper und Kleider, weit unterm Preis verkauft Fürst, Kaiser Wilhelmstr. 20

Rangierlokos Dampf T 3, T 7, T 9 Benzol 38/40 PS. 70 PS, durchrepariert und tadellos betriebsfähig, auch mietsweise abzugeben. Heinr. Elias & Co. Berlin W. 62.

Außergewöhnlich preiswert günstig zahlbar! Werkzeugmaschinen ab Lager lieferbar

Hobelmaschinen mm Fabrikat: 800 × 600 × 6/0 Braun; 850 × 700 × 225 do.; 1500 × 450 × 40 B. Escher; 1500 × 6/0 × 500 Heinrich; 2000 × 500 × 500 do.; 2000 × 600 × 500 Schub. & Salzer; 2030 × 560 × 500 Cincinnati; 2500 × 1000 × 1000 Schub. & Salzer; 3000 × 1250 × 1250 Maffei; 3040 × 915 × 915 Cincinnati

Stoßmaschinen Hub Fabrikat: 80 mm Malick & Walk.; 120 „ Roscher & Eichl.; 150 „ Jungh. & Andrae; 275 „ Zimmermann; 300 „ Schönau

Shapingmaschinen: 350 „ Wotan; 450 „ do.; 650 „ Schroers; 900 „ Amerika

Besuch erbeten! Offerte auf Wunsch! ROSENAU A. G. Berlin S. 42 Brandenburgstr. 76/77 — Tel.: Dönhoff 7020/22.

Geldschrank 10 Mk. Miete pro Monat liefert Max Reitwig, S. 42, Brandenburgstr. 72/3. Dönh. 4685/6

Stumpfe Zeilen haut auf u. kauft gegen Kasse oder liefert neue Feilen Gustav Picard, Feilenfabr., Bln.-Friedenau, Bornstr. 3.

Gegen Kasse kaufe preiswerte Posten Textilwaren jeder Art. Bernstein Am Friedrichshain 14, Moritzpl. 16730

ADRESSEN Jeder Art aus In- und Ausland liefert seit 1879 auf Grund neuester Quellen und umfangreicher Archive ROBERT TESSMER Aktien-Gesellschaft. Bedeutendste Firma der Branche Berlin C 20 Wallstr. 16 Telephon: Merkur 1893. 1894 u. 1895.

Trockenanlage auch gebrauchte, für ca. 80 qm Raum sofort Mühenfabrik in Mecklenburg. Angebote unter N. O 1355 Rudolf Mosse, Berlin, Greifswalderstr. 197.

Kleineren Posten maschinengestickte Monogramme doppel- und einzel Buchstaben gegen fortige Kasse abzugeb. Albin Ferro d. Spitzenfabrik, Herlasgrün i. Vgtl.

Kaufgesuche bezgl. Gegenstände Mäntel i. Biberette Seal usw., sofort zu kaufen gesucht. Off. u. J. J. 4420 an Rudolf Mosse, Berlin SW. 19.

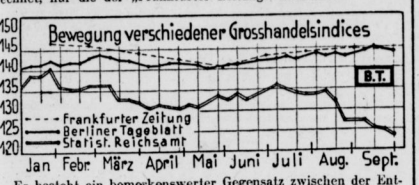
Kaufe gegen Kasse jeden Posten Damen- und Kinder-Konfektion, Manufakturstoffe, Kleiderstoffe, Baumwollwaren, Trikotagen. Eilangebote unt. Sch. 2 S. 1422 an Rudolf Mosse, Berlin W. 30. Martin Lutherstr. 9.

Blauholzes Bandeisen 0,25 bis 0,50 mm vom Lager zu kaufen gesucht. Herbst, Kottbuser Ufer 39/40.

* Der amtliche Grosshandelsindex.

Wohin geht der „Zug der Preise"? — Die Abhängigkeit des amtlichen Grosshandelsindex von Agrarpreisen, deren Saisonschwankungen und — von Zufälligkeiten.

Die folgende Uebersicht enthält eine Gegenüberstellung der Entwicklung der drei deutschen Grosshandelsindizes, des amtlichen, des der „Frankfurter Zeitung" und des „Berliner Tageblattes". Die Indexziffern werden wöchentlich errechnet, nur die der „Frankfurter Zeitung" monatlich.



Es besteht ein bemerkenswerter Gegensatz zwischen der Entwicklung der Indizes des „Berliner Tageblattes" und der „Frankfurter Zeitung" einerseits und des amtlichen Grosshandelsindex anderseits. Nach den Indizes der beiden Zeitungen ist der „Zug der Preise" nach oben und nach dem amtlichen Index im Gegensatz dazu ganz erheblich nach unten gerichtet. Die allgemeine Preistendenz strebt seit einiger Zeit — trotz der Preisabbauaktionen und trotz der „Preisfesthaltung" seitens der amtlichen Stellen — entschieden nach oben. Weshalb stimmt der amtliche Grosshandelsindex mit diesen Tatsachen nicht überein? Nun, der amtliche Index ist übermässig von der Preisentwicklung agrarischer Erzeugnisse und damit von den Zufälligkeiten der Saisonschwankungen abhängig. Das beweist die folgende Berechnung. Die amtliche Grosshandelsindexziffer umfasst die Preise von 53 Waren, die zu folgenden Gruppen und mit folgenden Gewichtszahlen zusammengefasst sind:

	Gewichtszahl
I. Roggen, Weizen, Hafer, Gerste, Kartoffeln	30
II. Butter, Milch, Schmalz, Margarine, Zucker, Marmelade, Heringe, Rindfleisch, Schweinefleisch, Speck	10
III. Hopfen, Kakao, Tee, Pfeffer, Kaffee, Tabak	3
IV. Ochs- und Kuhhäute, Kalbfelle, Vache- und Sohlleder, Boxcalfleder, Treibriemenleder, Schuhe	1
V. Baumwolle, Baumwollgarne, Baumwollgewebe, Wolle, Hanf, Schwingflachs, Leinengarn, Rohjute, Jutegarn	4
VI. Kupfer, Blei, Zink, Zinn, Aluminium, Reinnickel, Kupferbleche, Messingbleche, Petroleum, Benzin, Gasöl, Maschinenöl	3
VII. Giessereiroheisen, Ruhrfettförderkohle, oberschlesische Flammstückkohle, Northumberland unscreened, Niederlausitzer Industriebriketts	15
Summe der Gewichtszahlen	66

Die Methode der Errechnung des amtlichen Index ist die folgende: Aus den auf das Jahr 1913 bezogenen Messziffern der Einzelpreise werden als einfacher arithmetischer Durchschnitt die sieben Gruppenindexziffern errechnet. Aus diesen Gruppenindexziffern wird die Gesamtindexziffer unter Berücksichtigung der oben angegebenen Gewichtszahlen errechnet. Diese Gewichtszahlen sind nach dem Werte des volkswirtschaftlichen Verbrauchs in den Jahren 1908 bis 1913 orientiert. Der amtliche Grosshandelsindex ist, das geht aus der oben aufgeführten Warenliste hervor, eine überwiegende Rohstoffindexziffer (als einziges Fertigfabrikat sind Schuhe enthalten). Als solche hätte sie genau dieselbe Existenzberechtigung wie solche Indexziffern, die wie die unserige oder die der „Frankfurter Zeitung" in höherem Masse die Preise von Fertigfabrikaten berücksichtigen. Anders wird jedoch die Sache, wenn man die Liste der Rohstoffe im einzelnen betrachtet. Von der Summe der Gewichtszahlen entfallen nicht weniger als 35 bis 36 Gewichtungseinheiten auf Erzeugnisse der deutschen Landwirtschaft. Der amtliche Grosshandelsindex ist danach zu 53 pCt. und mehr noch ein Agrarindex, abhängig und in seiner Entwicklungsrichtung in hohem Masse bestimmt durch die Auswirkung der „Schere". Im einzelnen wiegt innerhalb des Gesamtindex der Kartoffel-, der Roggen- und Weizenpreis je 9,1 pCt., dagegen Giessereiroheisen und Kupfer 4,5 bzw. 0,38 pCt.

Der Roheisenpreis ist für den amtlichen Index nur halb so wichtig wie der Kartoffelpreis, der für die gesamte Elektroindustrie so wichtige Kupferpreis wiegt überhaupt kaum. Eine Preisschwankung der Kartoffel allein um, sagen wir, 20 pCt. (in unserm Index wiegt der Kartoffelpreis kaum 1 pCt. gegen mehr als 9 pCt. des amtlichen Index) verändert den Gesamtindex um fast 2 pCt.! Genau so steht es mit den Getreidepreisen. Es dürfte in der Hauptsache auf diese durch den Ernteausfall und die üblichen Saisonschwankungen bedingte starke Senkung des Getreide- und des Kartoffelpreises zurückzuführen sein, dass der amtliche Index seit Juli so stark gesunken ist, während in der gleichen Zeit sowohl der Index der „Frankfurter Zeitung" wie der des „Berliner Tageblattes" gestiegen ist. Der amtliche Index hat folgende Nachteile:

1. Er enthält überhaupt zu wenig Artikel, wodurch den Zufälligkeiten, der Preisbewegung ein zu grosser Einfluss eingeräumt wird. Dieser Gesichtspunkt wiegt um so schwerer, als die Preisrelationen untereinander noch immer sehr gestört sind und ein gewisser Beharrungszustand erst nach Beendigung des Inflationsprozesses erreicht sein kann.

2. Er enthält vor allem zu viel Agrarerzeugnisse, die in ihrer Preisgestaltung besonders stark von den Zufälligkeiten des Ernteausfalls und von den üblichen und oft recht grossen Saisonschwankungen beeinflusst werden.

Absolut richtige Indizes gibt es gewiss nicht. Vor allem kommt der jeweiligen Höhenlage des Index — insbesondere auch im Vergleich zu den ausländischen Indizes — keine besondere Bedeutung zu. Dagegen muss man von einem „richtigen" Index verlangen können, dass er dem „Zug der Preise" (die Amerikaner sagen trend of prices) einigermassen richtig folgt und diesem nicht wie gegenwärtig der amtliche Grosshandelsindex zuwiderläuft. Die Statik eines Preisindex ist wenig interessant, dagegen darf seine Dynamik nicht mit den Tatsachen kollidieren, sondern die Veränderung des Index von Fall zu Fall muss der Verschiebung der Preise nach oben oder unten ziemlich genau folgen. Der amtliche Grosshandelsindex folgt einseitig einem einzelnen Preisbündel, nämlich dem der Agrarpreise. Diese Agrarpreise sind vom Standpunkt der Ausfuhrinteressen, der Währungs- und Kreditpolitik weniger wichtig als die Preise der Industrieprodukte. Deren Stand und deren Auf und Ab ist es, die über die deutsche Ausfuhrfähigkeit, über die Veränderungen der Kaufkraftparität gegenüber dem Ausland entscheiden. Die Kreditpolitik der Zentralnotenbank muss auf die Preise in erster Linie der Industrieprodukte eingestellt sein, während die Beeinflussung der Agrarpreise weder in der Interessensphäre noch auch wesentlich in der Macht der Zentralnotenbank liegt. Der amtliche Grosshandelsindex ist kein Massstab für die Bewegung der deutschen Ausfuhr- und Kaufkraftparität gegenüber dem Ausland, er ist kein Konjunkturbarometer, das für die Kreditpolitik ausgewertet werden könnte — er ist und bleibt ein reines Zufallsgebilde.

---

* **Das Uebernahmekonsortium der 1,5 Mill. RM neuen Aktien der Gebr. Schöndorff Akt.-Ges.** in Düsseldorf. Wie wir erfahren, sind die seinerzeit von uns gemeldeten Verhandlungen mit einem Konsortium bezüglich Uebernahme der neuen 1,5 Millionen RM Aktien nunmehr zum Abschluss gelangt. Diesem Konsortium, dessen Erweiterung noch geplant ist, gehören vorläufig an: die Darmstädter und Nationalbank, die Reichskreditbank, die Girozentrale Frankfurt a. M., die Familie Schöndorff und eine Schweizer Bankengruppe unter Führung der Comptoir d'Escompte de Genève. Letztere hat aus dem Besitz des Sichel-Konzerns Aktien der Gebr. Schöndorff Akt.-Ges. in Pfandbesitz. Auf diesen Besitz hin bezieht sie die neuen Aktien. Eine Loslösung der Gesellschaft vom Sichel-Konzern ist, wie uns erklärt wird, nicht erfolgt.

* **Unzulässige Heraufbuchung von Wertpapieren in der Bilanz der Halleschen Maschinenfabrik.** Kürzlich hatten wir die Bilanz der Halleschen Maschinenfabrik besprochen und bei dieser Gelegenheit festgestellt, dass die Wertpapiere in der Bilanz vom 31. Dezember 1924 mit 97 389 RM ausgewiesen waren gegen 43 270 RM in der Reichsmarköffnungsbilanz vom 1. Januar 1924. Die Verwaltung hatte im Geschäftsbericht über die Erhöhung dieses Postens das folgende bemerkt: „Unsere Wertpapiere haben keinen Zuwachs erfahren; sie sind zu Börsenkursen eingesetzt und ergeben dabei einen Mehrwert von rund 54 000 RM gegenüber dem Vorjahre." Nach § 261 des HGB. dürfen bei Aktiengesellschaften Wertpapiere, die einen Börsen- und Marktpreis haben, höchstens zu dem Börsen- oder Marktpreis des Bilanztermins, sofern dieser Preise jedoch den Anschaffungs- oder Herstellungspreis übersteigt, höchstens zu dem letzteren angesetzt werden. Offenbar lagen die Dinge bei der Gesellschaft so, dass am 1. Januar 1924 bei der Aufstellung der Reichsmarköffnungsbilanz die Wertpapiere erheblich unter den Anschaffungspreisen bewertet werden mussten, weil die damaligen Börsenkurse wesentlich darunter lagen. Nachdem die Börsenkurse bis zum 31. Dezember 1924 aber offenbar beträchtlich gestiegen waren, glaubte die Verwaltung anscheinend, dass der Wiederheraufsetzung der Bilanzwerte keine juristischen Hindernisse entgegenstünden, sofern nur nicht über die offenbar über den Wertansätzen der Reichsmarköffnungsbilanz liegenden ursprünglichen Anschaffungspreise hinausgegangen wurde, die laut § 261 des H. G. B. die Höchstgrenze für die Bewertung darstellen. Soweit die Bestimmungen des H. G. B. in Betracht kommen, ist gegen eine derartige Wiederheraufbuchung auch nichts einzuwenden. Die Verwaltung hat aber anscheinend übersehen, dass auch die Verordnung über Goldbilanzen vom 28. September 1923 berücksichtigt werden muss, nach deren § 4 für die Jahresbilanzen die in der Eröffnungsbilanz eingesetzten Werte als Anschaffungs- oder Herstellungspreise im Sinne des § 261 Nr. 1, 2 und 3 des H. G. B. und des § 42 Nr. 1 des Gesetzes betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung gelten. Demnach durfte die Hallesche Maschinenfabrik bei der Bewertung ihrer Wertpapiere in der Bilanz für den 31. Dezember 1924 (und entsprechend auch für die Bilanzen der folgenden Jahre) nicht auf den ursprünglichen Anschaffungspreis zurückgreifen, sondern sie musste den in der Reichsmarköffnungsbilanz eingesetzten Wert als Anschaffungspreis beibehalten. Da aber über den Anschaffungspreis laut § 261 H. G. B. nicht hinausgegangen werden darf, so erscheint die Heraufbuchung der Wertpapiere von 43 270 auf 97 389 RM als ungesetzlich, und dementsprechend durfte die Gesellschaft den dadurch geschaffenen Mehrwert auch nicht als Gewinn in die Gewinn- und Verlustrechnung einstellen. Der von der Gesellschaft ausgewiesene Reingewinn von 317 718 RM ist demnach um 54 172 RM zu hoch, er darf nur 263 546 RM betragen, während die mit 12 pCt. in Vorschlag gebrachte Dividende allein 264 000 RM in Anspruch nimmt.

* **Osnabrücker Kupfer- und Drahtwerks-Akt.-Ges.** in Osnabrück. In der Gewinn- und Verlustrechnung der Gesellschaft werden als Einnahmen aus Pacht und Mieten 33 815 RM, als Einnahmen aus Zinsen und Wertpapieren 13 726 RM und als Betriebsüberschuss nach Abzug sämtlicher Unkosten, Steuern usw. 377 627 RM verbucht. Nach Abschreibungen von 76 000 RM auf Gebäude, 275 000 RM auf Maschinen und Kessel und 32 500 RM auf Geräte verbleibt ein Reingewinn von 41667 RM, aus dem, wie bereits mitgeteilt wurde, keine Dividende gezahlt werden soll. Der Reingewinn soll nach den Vorschlägen der Verwaltung auf neue Rechnung vorgetragen werden. In der Bilanz zeigt das Grundstückskonto den Bestand wie am 1. Juli 1924 in der Goldmarköffnungsbilanz mit 650 000 RM, das Gebäudekonto hat einen Zugang von 255 405 RM, das Maschinen- und Kesselkonto einen solchen von 992 806 RM zu verzeichnen. Das Anlagekonto schliesst nach Abschreibungen in Höhe von 383 500 RM mit 5,66 Mill. RM gegenüber 4,8 Mill. RM in der Goldmarköffnungsbilanz ab. Im Konto Bestände und Forderungen werden die Bestände an Rohmaterialien, Waren usw. mit rund 6,48 Mill. RM beziffert gegenüber 2,8 Mill. RM in der Reichsmarköffnungsbilanz. Ganz erheblich verringert hat sich das Wertpapierkonto, das am 1. Juli 1924 noch mit 82 926 RM ausgewiesen war und jetzt nur mit 2758 RM beziffert wird. Der Wechselbestand wird mit 119 614 RM ausgewiesen (28 229 RM). Der Kassenbestand mit 29 036 (26 329) RM. Auf der Passivseite erscheinen unverändert das Aktienkapital mit 4,8 Millionen RM, der Reservefonds mit 480 000 RM, die Sonderrücklage mit 100 000 RM, der Arbeiterunterstützungsfonds mit 105 000 RM und der Beamten- und Pensionsfonds mit 85 000 RM, dagegen hat sich das Hypothekenkonto von 63 050 RM auf 35 426 RM verringert. Als Schulden werden 9,13 Mill. RM ausgewiesen, gegenüber 4,44 Mill. RM in der Reichsmarköffnungsbilanz, denen nur 2,6 Mill. RM (2,44 Mill. RM) Forderungen gegenüberstehen. Dieses enorme Anwachsen der Schulden dürfte auf die Vergrösserung der Bestände an Rohmaterialien, Waren usw., die sich gegenüber dem Vorjahre im Werte fast verdreifacht haben, und auf die Zugänge im Gebäude und Maschinenkonto zurückzuführen sein.

* **Eine Neugründung des Siemens-Konzerns in der Türkei.** Am 21. September d. J. ist mit dem Sitz in Konstantinopel und unter der Firma „Elektro-Radio Société Anonyme Turque" eine türkische Aktiengesellschaft mit einem Aktienkapital von zunächst 300 000 Ltq. (300 000 türkischen Pfunden) gegründet worden. Der Zweck der Gesellschaft ist: Ausnutzung sämtlicher sich in der Türkei ergebenden Möglichkeiten auf elektrotechnischem Gebiete, sowie auf dem Gebiete des Nachrichtenwesens, der drahtlosen Telegraphie und Telephonie und des Rundfunks. Geplant ist zunächst die Errichtung einer diesen Zwecken dienenden Fabrik in Eskischehir. Beteiligt an der Gründung sind als technische Firmen: Siemens & Halske Akt.-Ges., Berlin, Siemens-Schuckert-Werke G. m. b. H., Berlin, Telefunken Gesellschaft für drahtlose Telegraphie m. b. H., Berlin, Dr. Erich F. Huth Gesellschaft für Funkentelegraphie m. b. H., Berlin, Eildienst für amtliche und private Handelsnachrichten G. m. b. H., Berlin, Ina-Nachrichtendienst G. m. b. H., Berlin, und bankseitig: Türkia Ischbancassi, Angora, Banque de Crédit National, Konstantinopel, Deutsche Bank, Berlin-Konstantinopel. Dem Verwaltungsrat gehören wenn eine Wiener Grossbank ihr Giro auf dieses Dokument geben wird. Der Brennpunkt in dieser Frage besteht jedoch darin, dass dieser Beschluss eine gewisse Verstimmung zwischen Oesterreich und England hervorrufen wird, denn die Bank von England hat ihrerseits die Eskomptierung solcher Wechsel abgelehnt und auch in Wien interveniert, um die Nationalbank zu demselben Modus zu bewegen. Die Oesterreichische Nationalbank scheint jedoch ihre eigenen Wege gehen zu wollen und glaubt, durch den erwähnten Schritt den österreichischen Export nach Russland zu heben.

* **Londoner Metall-Anfangsnotierungen** vom 9. Oktober. Kupfer per Kasse 62½—, per 3 Monate 62/18¾. Tendenz fest. Zinn per Kasse 275/10, per 3 Monate 274/10 Pfd. Sterl. Tendenz fest

* Der Kampf der Regierung gegen „freibleibende" Kartellpreise.

Klage gegen 15 Verbände. — Der Einfluss freibleibender Preise auf die Preisbildung.

Wie wir bereits in der heutigen Morgenausgabe ankündigten, hat das Reichswirtschaftsministerium gegen 15 Verbände die Klage vor dem Kartellgericht auf Aenderung des Verkaufs zu freibleibenden Preisen angestrengt. Das Wirtschaftsministerium gibt darüber folgende amtliche Mitteilung heraus:

Bekanntlich hat das Reichswirtschaftsministerium sich seit langem nachdrücklich für die Beseitigung des Vorbehalts freibleibender Preise (die Berechnung erfolgt zu den am Tage der Lieferung geltenden Verbandspreisen) aus den Lieferungs- und Zahlungsbedingungen eingesetzt. Diese Bemühungen haben den Erfolg gehabt, dass eine grosse Zahl von Verbänden in Erkenntnis der wirtschaftlichen Notwendigkeit, dass sich der Warenverkehr auf einer festen Grundlage vollzieht, die Freibleibendklausel aufgegeben und dazu übergegangen ist, zu den am Tage der Auftragsbestätigung geltenden Preisen zu verkaufen und zu liefern. Es dürften mehr als etwa 150 Verbände in den letzten Monaten auf diese Weise zu Festpreisen übergegangen sein und damit Rückstände der Inflationszeit aus ihren Lieferungs- und Zahlungsbedingungen ausgemerzt haben. Gegen eine Reihe von Verbänden, die den Anregungen des Reichswirtschaftsministeriums keine Folge gegeben haben, ist beim Kartellgericht Klage auf Beseitigung des Vorbehaltes freibleibender Preise aus den verbandsmässigen Lieferungs- und Zahlungsbedingungen und auf Gewährung des Rücktrittsrechts aus Verträgen, die unter diesen Bedingungen abgeschlossen sind, unter Erteilung des Rücktrittsrechts nach § 10 Kartellverordnung erhoben worden. Die Klagen richteten sich zunächst gegen 15 Verbände, die vorwiegend der Glasindustrie, der Ziegeleiindustrie, der keramischen Industrie, der Textilindustrie, der Eisen- und eisenverarbeitenden Industrie angehören. Unter ihnen befinden sich die Vereinigung Mitteldeutscher Hohlglasfabriken in Dresden, die Vereinigung deutscher Steingutfabriken in Neuhaldensleben, die Verkaufsgesellschaft deutscher Steinzeugwerke in Berlin, die Vertriebsgesellschaft deutscher Baumwollnähfädenfabriken in München, die Vereinigung deutscher Fabrikanten von Baumwoll-, Strick- und Handarbeitsgarn (Striga) in Engelskirchen, der Verein deutscher Farbenindustrieller in Berlin, und der Benzolvertrieb des Ostens in Berlin. Wenn es angesichts der Tatsache, dass der Reichsverband der deutschen Industrie in mehrfachen Entschliessungen und dass auch die Vereinigung der Arbeitgeberverbände nachdrücklich betont habe, dass die Gesundung unserer Wirtschaft wesentlich von der Rückkehr zu Festpreisen abhängt und dass daher im Interesse der Gesamtwirtschaft der Verkauf zu festen Preisen verlangt werden müsse, noch einer besonderen Begründung bedürfte, dass die Anwendung dieser Klausel die Gesamtwirtschaft gefährdet, so genügt es, auf folgendes hinzuweisen:

Für eine gesunde Entwicklung der Wirtschaft ist die Schaffung einheitlicher und fester Kalkulationsgrundlagen von ausschlaggebender Bedeutung. Das System des Verkaufs zu festen Preisen sichert diese und beruhigt die Preisbildung einmal durch eine grundsätzlich psychologische Einstellung der an der Preisbildung beteiligten Kreise und ferner durch die Auslösung der preisausgleichenden Tätigkeit des Handels. Da der Verkäufer, der zu Festpreisen verkauft, das Hausse-Risiko insbesondere für die Entwicklung der von ihm aufzuwendenden Einzelkosten läuft, dagegen Vorteile aus einer Senkung zieht, ist er an einer Preissteigerung für die verkauften Mengen nicht interessiert. Bei der Anwendung des Vorbehaltes freibleibender Preise ist die Einstellung des Verkäufers die umgekehrte. Er zieht einen Vorteil aus jeder Preissteigerung und kann bei einer Preissenkung nur verlieren. Die Bedeutung, die der Handel in der Vorkriegszeit für den zeitlichen Mengen- und Preisausgleich gehabt hat, ist bekannt. Die Möglichkeit, in der früheren Weise preisausgleichend zu wirken, ist ihm unter der Herrschaft freibleibender Preise genommen. Wenn ihm jede Lieferung zu den gegebenenfalls erhöhten Preisen im Zeitpunkt der Lieferung gerechnet wird, so ist er ausserstande, wie früher aus laufenden, zu günstigen Festpreisen getätigten Abschlüssen und unter Verzicht auf die volle Ausschöpfung des Markt- oder Verbandspreises im Zeitpunkt der Lieferung den Verbrauch zu beliefern und damit auf die Markttendenz und auf die Preispolitik eines Verbandes mässigend zu wirken. Die Klausel freibleibender Preise wirkt noch aus weiteren Gründen preissteigernd. In erster Linie ist die schon erwähnte grundsätzliche Einstellung der an der Preisbildung beteiligten Kreise à la Hausse von Bedeutung. Dazu kommt, dass die Hausse-Einstellung des zu freibleibenden Preisen abschliessenden Verkäufers das Streben nach Rationalisierung und Kostensenkung erfahrungsgemäss einschläfert, weil es mit der Abwälzung auch unwirtschaftlicher Kosten auf den Käufer rechnen kann, während ein Verkäufer zu Festpreisen in Wahrnehmung der Baissechance seine ganze Tatkraft daran zu verwenden wird, seinen Betrieb voll auszunutzen und ihn technisch und organisatorisch zu rationalisieren. Diese verschiedene Einstellung wirkt über den Einzelbetrieb hinaus auf die Preispolitik der Verbände. Preissteigernd wirkt auch die Tatsache, dass als Folge der Anwendung dieser Klausel eine stärkere Festlegung von Kapital zu unwirtschaftlichen Zwecken erfolgt. Dies ist beim Handel insofern der Fall, als die Ungewissheit über die Höhe des eigenen Einkaufspreises einen Weiterverkauf vor erfolgter Lieferung sehr erschwert und daher der Warenumschlag verlangsamt wird. Bei der Industrie wird dagegen vielfach, um einen höheren Preis zu erzielen, die Lieferung in der Hoffnung auf Preiserhöhungen über Gebühr hinausgezogen. Das hat zur Folge, dass der Handel, wenn er vor erfolgter Lieferung an ihn Ware weiterverkauft, das Risiko einer späteren Preiserhöhung läuft, was er wieder durch entsprechende Risikozuschläge ausgleichen muss.

Die beklagten Verbände sind:

Glasindustrie: Vereinigung Mitteldeutscher Hohlglasfabriken e. V., Dresden.

Ziegelindustrie: 1. Deutsche Ziegeleien Akt.-Ges., Quedlinburg a. H.; 2. Verkaufsvereinigung Thüringer Ziegelwerke G. m. b. H., Mühlhausen i. Thür.

Keramische Industrie: 1. Verkaufsgesellschaft deutscher Steinzeugwerke G. m. b. H., Berlin-Charlottenburg; 2. Vereinigung deutscher Spülwaren- und Sanitätsgeschirrfabriken, G. m. b. H., Neuhaldensleben; 3. Verband deutscher Kachelofen-Fabrikanten in Meissen; 4. Verband deutscher Wandplatten-Fabrikanten, Windsheim (Mittelfranken); 5. Vereinigung deutscher Steingutfabriken G. m. b. H., Neuhaldensleben.

Textilindustrie: 1. Vertriebsgesellschaft Deutscher Baumwoll-Nähfäden-Fabriken (Nähgarnvertrieb G. m. b. H., München; 2. Vereinigung Deutscher Fabrikanten von Baumwoll-, Strick- und Handarbeitsgarnen (Strihaga), E. V., Engelskirchen.

Eisen- und weiterverarbeitende Industrie: 1. Verein Deutscher Fahrrad-Industrieller, Berlin; 2. Verband deutscher Kinderwagenfabrikanten und verwandter Zweige E. V., Berlin.

Sonstige: 1. Verband deutscher Bilderbücher-Verleger- und Fabrikanten E. V., Nürnberg; 2. Verein deutscher Buchbindereibesitzer E. V., Leipzig; 3. Benzol-Vertrieb des Ostens G. m. b. H., Berlin.

*

Die vorliegende Klage unterscheidet sich von der anderen gegen die Valutaklausel sehr wesentlich. Bei der Valutaklausel haben sich eine grössere Anzahl Verbände geweigert, den Aenderungswünschen des Wirtschaftsministeriums nachzukommen. Die Klage gegen die sechs Verbände war daher lediglich die Klage um ein Teilobjekt, aus allen Stufen der Verarbeitung waren Verbände ausgewählt. Das Ministerium erwartete vom Ausfall dieser Klage eine Wirkung auf die gesamte Industrie. Bei der vorliegenden Klage ist die taktische Position des Ministeriums sehr viel günstiger. Die grosse Mehrzahl der Verbände hat sich ihm gefügt, es klagt nur noch gegen einen Rest von Opponenten. Auch der Reichsverband dürfte ihm bei diesem Vorgehen nicht wieder in den Arm fallen. Zudem handelt es sich hier um ein Vorgehen, das unzweifelhaft im Sinne der Preissenkung wirken muss.

Die Klauseln, gegen die die Klage erhoben ist, sind übrigens durchaus nicht einheitlich. Zum Teil wird nur die Menge festgelegt und der Preis mit oder ohne Rücktrittsrecht des Käufers offen gelassen, zum Teil bindet sich der Verkäufer aber auch nicht einmal für die zu liefernde Menge. Die Klageschrift geht auf die Entstehung dieser Klauseln ein und legt im Sinne des oben wiedergegebenen Communiqués die Schädlichkeit dar. Sie stützt sich dabei insbesondere auf die Kartellstelle des Reichsverbandes der deutschen Industrie,

— Wir hoffen, dass diese Klagen rasch und glatt durchgeführt werden. Vielleicht wäre es besser gewesen, die ganze Aktion mit ihnen zu beginnen. Man hätte sie dann nicht an das Kompromiss bei der Valutaklage von vornherein gefährdet.

*

*** Reichsmark- und Devisenfakturierung im Textilhandel.** Wie wir hören, sind die Verhandlungen zwischen dem Reichswirtschaftsministerium und den Verbänden des Textilgrosshandels soweit fortgeschritten, dass jetzt allen den Verbänden des Handels mit Halb- und Fertigfabrikaten, die selbstverständlich eine Erhöhung der Auslandsvaluta gestatten, die ausschliessliche Fakturierung in Reichsmark oder Goldmark (Gross kg Feingold) nahegelegt wird. Man verspricht sich von dieser Massregel, dass die Mitglieder der Einfuschleiß halber durchweg die Reichsmarkfakturierung vorziehen werden. Die Berechnung in Auslandsvaluten soll künftig nur noch den Rohstoffimporteuren, z. B. gegenüber den Industriellen gestattet sein, wie das auch vor dem Kriege üblich war. Doch sollen bei keinem weiteren Stadium des Umsatzes irgend welche Zugeständnisse hinsichtlich einer Valutaberechnung mehr gemacht werden.

*

*** Der Stand der Feldfrüchte in Deutschland und in Preussen.** Das Statistische Reichsamt berichtet über den Stand der Feldfrüchte in Deutschland von Anfang Oktober wie folgt: Durch die kühle und vorherrschend regnerische Wetter im September wurden die Feldarbeiten und die Ernte beeinträchtigt. Die Getreideernte ist überall bis auf geringe Reste von Hafer in den höheren Lagen von Sachsen, Württemberg und Baden beendet. Ein Teil des Hafers konnte jedoch nur in nassem oder verdorbenem Zustande geborgen werden. Die Kartoffeln haben vielfach unter der Nässe gelitten und zeigen in manchen Gegenden bereits Fäulnis. Mit der Kartoffelernte ist überall begonnen. Die Erträge werden bei Frühkartoffeln im allgemeinen als ziemlich knapp, bei Spätkartoffeln als zufriedenstellend bis gut beurteilt. Der Stand der Zucker- und Futterrüben hat sich noch in manchen Gegenden gegenüber dem Vormonat gebessert. Im ganzen wird mit befriedigenden Erträgnissen gerechnet. Die Futterpflanzen und Wiesen hatten infolge des zu trockenen Sommers nur schwachen Nachwuchs; daher sind die Erträge des zweiten und dritten Schnitts im allgemeinen nur gering. Ein Teil des Heues ist ausserdem bei dem regnerischen Wetter im September verdorben. Junger Klee musste teilweise umgeackert werden, da er entweder gar nicht oder sehr spärlich aufgelaufen war. Nach der Räumung der Felder wird aber noch reichliche Herbstweide für das Vieh erwartet. Unter Zugrundelegung der Zahlennoten 2 = gut, 3 = mittel, 4 = gering, ergibt sich im Reichsdurchschnitt folgender Stand: Kartoffeln 2,7 (im Vormonat 2,8), Zuckerrüben 2,8 (2,9), Runkelrüben 2,6 (2,6), Klee 2,9 (2,9), Luzerne 2,7 (2,8), Bewässerungswiesen 2,4 (2,4), andere Wiesen 2,9 (3,0). — Die „Statistische Korrespondenz" veröffentlicht über den Stand der Feldfrüchte in Preussen die nachstehenden Begutachtungsziffern: Kartoffeln 2,8 (Vormonat 2,9, Oktober 1924 2,9), Zuckerrüben 2,8 (2,8) bzw. 2,7), Futterrüben 2,7 (2,7 bzw. 2,7), Kohlrüben 2,9 (nichts bzw. 2,8), Mohrrüben 3 (nichts bzw. 2,7), Weisskohl 2,8 (nichts bzw. 2,9), andere Kohlarten 2,9 (nichts bzw. 2,9), Klee 3 (2,9 bzw. 2,8), Luzerne 2,9 (3,1 bzw. 2,7), Bewässerungswiesen 2,8 (3 bzw. 2,8), andere Wiesen 3,1 (3,3 bzw. 3). In den Bemerkungen der „Statistischen Korrespondenz" heisst es u. a.: Abgesehen vom Klee zeigt sich diesmal gegenüber dem Stande des Vormonats überall eine leichte Besserung um 0,1 bis 0,2 Punkte. Die Futterrüben haben ihren Stand behauptet.

*** Amerikas Automobilrekordproduktion.** Das Department of Commerce gibt nunmehr die Automobilproduktionszahl von den ersten acht Monaten des Jahres 1925 bekannt. Die Produktion an Personenwagen betrug in diesen acht Monaten in den Vereinigten Staaten und Kanada 2 516 391 gegenüber 2 351 913 im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Zunahme der kanadischen Produktion ist nur gering, während die der nordamerikanischen beinahe 200 000 Wagen beträgt. Der Monat August zeigt auffallenderweise einen erheblichen Rückgang gegenüber den Vormonaten, und seine Produktionsziffer liegt niedriger als die aller anderen Monate des Jahres mit Ausnahme des Januar. Auch die Produktion an Lastkraftwagen ist im August etwas zurückgegangen, während die Zahl für die ersten acht Monate des Jahres 1925 eine erhebliche Zunahme gegenüber denen des Jahres 1924 zeigen. Die Produktion in Nordamerika und Kanada zusammen betrug von Januar bis August 1925 316 213 gegenüber 257 473 in derselben Zeit im Jahre 1924. Die Augustproduktion ist für 1924 bis 1925 von 28 647 auf 37 643 gestiegen, während die Augustzahlen für Personenwagen hinter denen für August 1924 um 33 000 Wagen zurückbleiben.

*** Schwierigkeiten einer Leipziger Bankfirma.** Die im Dezember 1919 gegründete Bankfirma Otto Schindler, wie gemeldet wird, in Zahlungsschwierigkeiten geraten und hat Stellung unter Geschäftsaufsicht beantragt. Es ist beabsichtigt, das Bankgeschäft in Liquidation treten zu lassen, da unter den gegenwärtigen Verhältnissen mangels ausreichender Mittel für eine Fortführung des Geschäftes die Voraussetzungen fehlen.

*** Aufhebung der Kreditbeschränkungen in Polen.** Der Aufsichtsrat der Bank Polski hat, wie wir gemeldet wird, es für notwendig erachtet, die im August beschlossenen Kreditbeschränkungen aufzuheben.

*** Ueber die ungünstige Börsen- und Geschäftslage in Wien** wird uns von unserem Korrespondenten geschrieben: Die Börse bleibt krank. Es hilft nichts, wenn dem Frager von berufener Seite auseinandergesetzt wird, dass zahlreiche erstrangige Papiere stark unterwertet sind, und dass eine Remedur bestimmt erfolgen müsse. Die Börse kümmerte sich bisher um diese Ansichten nicht. Von einer Steigerung der Kurse ist schon gar nichts zu bemerken, dagegen ist verschiedentlich ein langsames, aber stetiges Weiterabbröckeln zu beobachten. Die Zeit der grossen Zusammenbrüche ist zwar vorüber, aber es kommen jetzt Firmen, die schon in der Krisenzeit zum Abmähen reif waren, und nur durch krampfhafte Anstrengungen sich über Wasser halten konnten, doch zum Erliegen. Die hohen Spesen und Steuern können in dieser erträgnislosen Zeit von Firmen, die keine Rücklagen besitzen, nicht aufgebracht werden, das Publikum weicht noch immer in weitem Bogen der Börse aus und legt sein Geld bei den grossen, gut fundierten Instituten auf Zinsen. In der letzten Zeit ist Geldknapper geworden, und der Unterschied zwischen Zinssatz und Bankrate vermindert sich. Auch die Einreichungen bei der Nationalbank waren aus diesem Grunde stärker. An eine Herabsetzung der Bankrate ist, obwohl London den Banksatz ermässigte, in absehbarer Zeit nicht zu denken, denn die Hüter unseres Geldwesens werden es im Hinblick darauf, dass Deutschland an der Rate von 9 pCt. festhält, wohl vermeiden, durch eine unrichtige Bankmassnahme deutsches Wechselmaterial nach Oesterreich zu ziehen. Durch die Verstärkung des Wechselmaterials erhält übrigens die Bank eine erhöhte Kontrolle über den Geldmarkt und arbeitet überdies mit günstigerer Rentabilität, wobei nicht unerwähnt bleiben soll, dass der Betrag des Wechselportefeuilles bei der Nationalbank schon geraume Zeit sich auf sehr niedrigem Niveau hielt. — In einigen Industrien geht es besser, das Gros jedoch ist auf die Aufhilfe angewiesen, die sich infolge der Zollschranken als nicht erträgnisreich erweist und sehr häufig nur erfolgt, um den ungestörten Betrieb zu gewährleisten. Sehr schädigend wirken auch die häufigen Streiks. Die zahlreichen und zum Teil bedeutenden Insolvenzen der letzten Tage in der Textilbranche müssen zu denken gehen, ebenso sonstige an der Börse fortlaufend auftauchende Insolvenzgerüchte. Die Börse braucht zu ihrer Beruhigung Vertrauen, die Industrie benötigt vor allem gewinnbringende Exportmöglichkeiten, und zu einer Besserung fehlen somit bisher die notwendigen Voraussetzungen.

*** Ein ausländischer Millionenauftrag der Brown, Boveri & Cie. Akt.-Ges.** Aus dem kürzlich erfolgten internationalen Wettbewerb über die Elektrizitätsversorgung Finnlands ist die Brown, Boveri & Cie. Akt.-Ges. in Mannheim erfolgreich hervorgegangen. Es wurden ihr die elektrischen Hochspannungseinrichtungen sowohl für das Kraftwerk Imatra als auch für sämtliche zunächst gebauten sechs Umspannwerke der finnischen Elektrizitäts-Landesversorgung im Werte von etwa 1 Millionen Fr. zur Lieferung in Auftrag gegeben. Die 100 000-Volt-Anlagen werden als Freiluftanlagen, die Mittelspannungsanlagen (35 000, 20 000 und 10 000 Volt) dagegen in der bekannten Hallenbauweise ausgeführt.

*** Aciéries de Longwy.** Der Reingewinn der Gesellschaft ist nach dem Geschäftsbericht auf rund 23 Millionen Francs gegenüber 20 Millionen Francs im Vorjahr gestiegen. Die Exporte haben in den letzten Monaten fast 50 pCt. der Gesamtproduktion erreicht. Die Gusseisenproduktion konnte von 275 000 To. auf 398 000 To. gesteigert werden, die Stahlproduktion erhöhte sich von 274 000 To. im Vorjahr auf 414 000 To. Auf Grund der Frachtenerhöhungen haben die Tochtergesellschaften allein für Transporte 32 Millionen Francs überwiesen werden. Ueber den Geschäftsgang der einzelnen Werke wird folgendes mitgeteilt: Von den Usines de Mont-Saint-Martin sind sechs Hochöfen dauernd unter Feuer gewesen, ein siebenter ist fertiggestellt und wird in wenigen Wochen angeblasen werden. Das Martinstahlwerk zeigt eine Produktionssteigerung von 15 000 To. gegenüber dem Vorjahr. Auch die Erzeugung des Blechwalzwerkes konnte gehoben werden. Die Usines de Sedan haben ebenfalls zur vollen Befriedigung gearbeitet, und ihre Produktion konnte das Doppelte des Vorjahres erzielen. Die Usines de Paris sind ebenfalls gut beschäftigt gewesen. Das Werk in Velsiesaux hatte umfangreiche Eisenbahnwagenreparaturen. Die Berichte der anderen Tochtergesellschaften lauten sehr günstig.

*** Der Deutsche Industrie- und Handelstag zur handelspolitischen Lage.** Mit dem gegenwärtigen Stande der Handelsvertragsverhandlungen beschäftigte sich der Aussenhandelsausschuss des deutschen Industrie- und Handelstages in einer in den letzten Tagen abgehaltenen Sitzung.

Kommerzienrat Schwarz (Bing-Werke in Nürnberg) berichtete über den Stand der deutsch-spanischen und der deutsch-italienischen Verhandlungen. Ministerialdirektor Posse vom Reichswirtschaftsministerium ergänzte im Namen der Reichsregierung diesen Bericht durch einige grundsätzliche Aeusserungen. Er betonte die Bedeutung, die die Reichsregierung dem Abschluss von Meistbegünstigungsverträgen beimisst, insbesondere sei die Reichsregierung bestrebt, die Meistbegünstigungsverträge durch Tarifabreden zu ergänzen, um auf diese Weise über den Rahmen der allgemeinen Meistbegünstigung hinaus Erleichterungen für die deutsche Ausfuhr zu schaffen. Diesen deutschen Forderungen müssen notwendigerweise deutsche Zugeständnisse entsprechen, die den fremden Staaten die Kaufkraft eines 60-Millionen-Volkes, wie des deutschen, erschliessen. Derartige Zollzugeständnisse, bei denen Opfer für den einzelnen unumgänglich sind, liegen im Sinne der Zollnovelle, die durch vertragliche Zollermässigungen erst ihren eigentlichen Inhalt bekommt, und müssen gemacht werden, damit der Preisstand im Inlande nicht über Gebühr durch ein Festhalten an den autonomen Zolltarifen hochgehalten wird. Ministerialdirektor Posse appellierte an die Unterstützung auch des Deutschen Industrie- und Handelstags bei diesen Bestrebungen und fand damit den Beifall der Versammlung.

Der Präsident der Deutschen Handelskammer für Spanien in Barcelona, W. Schul, legte die Auffassung der deutschen Kaufmannschaft in Spanien dar. Auch er gab der Hoffnung Ausdruck, dass es nicht zu einem vertraglosen Zustand zwischen den beiden Ländern kommen werde, und betonte hierbei mit besonderem Nachdruck die Notwendigkeit eines grösseren Entgegenkommens Spaniens namentlich in bezug auf die Behandlung der deutschen Einfuhr. Der deutsche Botschafter in Rom, Freiherr v. Neurath, äusserte sich zum Stande der deutsch-italienischen Handelsvertragsverhandlungen. Die Darlegungen liessen erhoffen, dass es unter beiderseitigem Entgegenkommen gelingen möge, schon im Laufe dieses Monats mit Italien einen nicht unbefriedigenden Handelsvertrag abzuschliessen. Aus der Versammlung wurde die Bereitwilligkeit erklärt, der schwierigen Lage der Unterhändler gerecht zu werden, wobei Voraussetzung sei, dass für die Führung der Reichsregierung und ihre Anweisungen an die Verhandlungsführer ausschliesslich wirtschaftlich-sachliche Gesichtspunkte entscheiden, nicht aber innenpolitische Erwägungen, wie sie bei der Kündigung des deutsch-spanischen Handelsvertrages und des dafür gewählten Zeitpunktes mitwirkten. Der Ausschuss nahm ferner einen Bericht über die Untersuchungen von Beamten des amerikanischen Schatzamtes bei deutschen Firmen von Dr. Riedberg entgegen. Es kam einmütig zum Ausdruck, dass diese Untersuchungen eine unerträgliche Belastung der deutsch-amerikanischen Handelsbeziehungen darstellen und auf das geringste Mass beschränkt werden müssen, um so mehr, als nicht einmal deutsche Behörden deutschen Firmen gegenüber Rechte ähnlicher Art besitzen. Ein Bericht von Dr. Siegert über den Stand der Verhandlungen mit der Schweiz liess ersehen, dass die Einfuhrverbote am 31. Dezember 1925 endgültig fallen und die Vorbereitungen zum Wiederaufbau eines allgemeinen Tarifvertrages mit der Schweiz noch in diesem Jahre einsetzen werden.

Hieran schlossen sich eine Aussprache über den Veredelungsverkehr auf Grund eines Berichts von Handelskammersyndikus Dr. Zeh aus Plauen und über die Methoden der bestmöglichen Erfüllung der Aufgaben, die in einer den gesamtwirtschaftlichen Interessen entsprechenden Begutachtung der Veredelungsverkehrsanträge den Handelskammern obliegen.

*** Die Firma William Adam & Weiss,** Fabrikation konfektionierter Weisswaren, Berlin SW. 19, Leipziger Strasse 53, hat ihre Gläubiger zusammengerufen, um über einen aussergerichtlichen Vergleich zu verhandeln. Die Passiva sind, wie die „Deutsche Konfektion" mitteilt, erheblich.

*** Einfuhrverbot für Blecherzeugnisse nach Polen.** Wie vom Lodzer Zollamt verlautet, dürfen mit Rücksicht auf den Zollkrieg mit Deutschland aus Deutschland keinerlei Blecherzeugnisse eingeführt werden. Die Uebertretung dieser Verordnung wird mit einer Geldstrafe bis zu 10 000 Zloty belegt.

*** Zum griechischen Schienenauftrag nach Belgien.** Aus Brüssel wird uns geschrieben: Bekanntlich ist vor kurzem durch Vermittlung der belgischen Nationalbank der hiesigen Industrie ein grosser Schienenauftrag aus Griechenland gesichert worden. Heute erfahren wir zu der Angelegenheit folgendes: Der zwischen der belgischen und griechischen Regierung abgeschlossene Vertrag, der der Genehmigung des parlamentarischen Ausschusses in Athen harrt, sieht den Bau und die vollständige Ausrüstung einer 350 km langen Eisenbahnstrecke auf der griechischen Halbinsel vor. Die Kosten belaufen sich auf rund 21 Millionen Dollar, die zur Hälfte auf den Bau und zur Hälfte auf die Ausrüstung kommen. Dieser wirtschaftliche Sieg über seine englischen, französischen und deutschen Konkurrenten verdankt Belgien einer geschickten Finanzoperation. Die belgische Finanzgruppe erhält für die Lieferung der Schienen und Zubehörteile griechische Schatzscheine. Diejenigen für den Bau der Strecke selbst sind in sechs Jahren, die anderen in zehn Jahren zahlbar. Ausserdem wird eine erste Hypothek auf die noch zu bauenden Strecken bewilligt. Ferner wird der belgischen Gruppe ein erstes Recht auf die gesamten Einnahmen der griechischen Staatsbahnen eingeräumt und steht es ihr frei, die Zahlung der Zinsen und die Amortisation der Schatzscheine vor jeder anderen griechischen Schuld zu verlangen. Der Bau der Strecke erfolgt durch die belgische Firma „Société Generale d'Entreprise de Travaux" und wird von der Solvay Bank gegen Auslieferung der zehnhährigen griechischen Schatzscheine sichergestellt. Was die Eisenbahnschienenlieferung und deren Zubehörteile anbelangt, so ist dieselbe der „Société Commerciale de Belgique", Verkaufsorganisation der Hütte Ougrée-Marihaye, zu Ougrée überschrieben worden, die dieselbe unter die inländischen Stahlwerke pro rata ihrer Leistungsfähigkeit verteilt. Die Beträge für das Eisenbahnmaterial werden der Industrie durch die „Société Nationale de Credit à l'Industrie", Filiale der Nationalbank, bezahlt. Man ist erstaunt, für ein solch bedeutendes Objekt so kurz bemessene Zahlungsfristen zu finden, aber wie es scheint, sollen die äusserst niedrigen Offertpreise bei der ganzen Angelegenheit ausschlaggebend gewesen sein. Die Belgier hoffen, durch dieses erste Geschäft, zu einer Art Monopolstellung für den Bau von Eisenbahnen in Griechenland zu kommen. Es scheint, als ob die griechische Regierung einwilligen würde, den Belgiern eine beschränkte Kontrolle über die Einnahmen der Staatsbahnen in die Hände zu geben. Die Unterzeichnung des Vertrages hat allgemeine Genugtuung hervorgerufen und in Interessentenkreisen eine Rückkehr zum Vertrauen ergriffen und in einer Festigung der Industriewerte an der Börse zum Ausdruck kam.

*** Umfangreiche Eisenbahnbauten in Belgien.** Aus Brüssel wird uns geschrieben: Die belgischen Staatsbahnen unternehmen demnächst bedeutende Arbeiten zum Ausbau des Eisenbahnnetzes. Die Kosten belaufen sich auf 500 Millionen Fr. U. a. werden verbessert die Linie von Antwerpen nach der holländischen Grenze, Kostenanschlag 223 Millionen, Strecke Schaerbeek—Brüssel nach Hal, 17 Millionen, Strecke von Feyhele-Haut-Clocher nach Kinkempois 14 Millionen, Ausbau des Netzes im Kohlengebiet von Campine (Limburg) 16 Millionen, Ausbau der vorgeleisten Strecke von Lüttre nach Namur 6,6 Millionen, Anschaffung von Reservematerials (Schienen, Schwellen usw.) 160 Millionen, Anschaffung von elektrischem Material 11 Millionen. Die Ausschreibungen erfolgen in Kürze.

Umsätze der deutschen Konsumvereine.

Durchschnitt der ersten fünf Wochen des Jahres 1924 = 100.

Juni	Juli	August	17.–22.8.	24.–29.8.	31.8.–5.9.	7.–12.9.
154,5	174,4	177,9	179,3	178,4	200,5	186,1

*** Zollnachrichten. Spanien.** Das **Goldzollaufgeld** ist für den Monat Oktober auf 33,91 pCt. erhöht worden (September 33,33 pCt.). — **Italien.** Für die Woche vom 5. bis 11. Oktober beträgt das **Goldzollaufgeld** 576 pCt. (vorhergehende Woche 579 pCt.). — **Salvador.** Die verschiedenen bis jetzt bestehenden Zollzuschläge sind mit Wirkung vom 1. September zum Zweck der Vereinheitlichung zusammengefasst worden. a) für Postpaketsendungen: 55 pCt. Zuschlag zu den tarifgemässen Grundzöllen, 0,12 Doll. Gold für je ein Kilogramm eingeführte Ware, 0,40 Doll. Gold auf jedem Einfuhrzollschein. b) für andere Sendungen: 60 pCt. Zuschlag zu den tarifgemässen Grundzöllen und 1,15 Doll. pro 100 kg eingeführter Ware. — **Lettland.** Der Einfuhrzoll auf ungebleichte Cellulose wird demnächst aufgehoben werden.

*** Die Zukunft der Oesterreichischen Zentralbodenkreditbank** in Wien. Wie gemeldet wird, ist ein günstiger Abschluss der Verhandlungen der Oesterreichischen Zentralbodenkreditbank mit der Oesterreichischen Nationalbank und der Schweizer Rückversicherungsanstalt wegen Erlangung von Liquidationskrediten zu erwarten. Die Schweizer Gesellschaft dürfte den Hypothekenkredit von 150 000 Dollars gewähren, und von der Zentralbodenkreditbank deren Besitz an Aktien der Versicherungsgesellschaft „Anker" übernehmen. Hierdurch wird die Zentralbodenkreditbank in die Lage versetzt, Beamtenentlassungen und die Rückzahlung von Guthaben vorzunehmen. Dazu hört der „DHD." noch weiter, dass Verhandlungen wegen Ueberführung der Geschäfte der Zentralbodenkreditbank an die Kompass Allgemeine Garantie- und Kreditbank (eventuell ein anderes Institut) einstweilen noch fortdauern. Dabei wird die selbständige Liquidation des Unternehmens vorbehalten. Auch wird der Weiterbestand der Zentralbodenkreditbank als reines Pfandbriefinstitut erwogen. Die Oesterreichische Bodenkreditbank befasste sich bis zum Jahre 1921 ausschliesslich mit dem Hypothekardarlehen- und Pfandbriefgeschäft. 1921 erteilt die österreichische Regierung die Genehmigung für Erweiterung des Geschäftsumfanges durch Aufnahme aller in das Mobiliengeschäft fallenden Geschäftszweige. Knüpfte jedoch an diese die Bedingung, dass die im Umlauf befindlichen Pfandbriefe in kurzer Frist durch ausserordentliche Verlosung aus dem Verkehr gezogen und neue Pfandbriefe nicht mehr ausgegeben werden. Das Institut trat mit der „Anker", Allgemeine Versicherungs-Akt.-Ges., in enge geschäftliche Beziehungen. Um das laufende Bankgeschäft auszugestalten, erwarb die Bank 1922 die Mehrheit der Aktien der Wiener Kommerzialbank, die 1923 in der Zentralbodenkreditbank durch Fusion aufgegangen ist.

Ausschreibungen.

Eisen und Bleche. Die lettländische Oberpost- und Telegraphenverwaltung in Riga schreibt die Lieferung von 32 000 kg Rund-, Flach- und Winkeleisen, 5500 kg Eisenbleche und 15 kg Transformatorenbleche aus. Nähere Einzelheiten, Proben und technische Bestimmungen bei der ausschreibenden Stelle, Schloßstrasse, Riga. Termin 18. November. — **Telegraphenzubehör.** Die lettländische Oberpost- und Telegraphenverwaltung in Riga schreibt die Lieferung von Telegraphenzubehör in grösseren Mengen aus, darunter u. a. 60 000 Stück Bilgeableitungskohlen, 50 kg Fiber, ferner Presspan, Gummistreifen u. a. Näheres bei der ausschreibenden Stelle, Schloßstrasse, Riga. Termin 22. Oktober. — **Asbestplatten und Kautschukbänder.** Die jugoslawische Staatsbahndirektion in Sarajewo schreibt die Lieferung von Asbestplatten, Kautschukbändern und anderem Material aus. Näheres bei der ausschreibenden Stelle. Termin 2. November. — **Träger.** Die jugoslawische Staatsbahndirektion in Belgrad schreibt die Lieferung von Trägern für Tender aus. Näheres bei der ausschreibenden Stelle. Termin 30. Oktober. — **Lokomotivbestandteile.** Die jugoslawische Staatsbahndirektion in Sarajewo schreibt die Lieferung von Lokomotivbestandteilen aus. Näheres bei der ausschreibenden Stelle. Termin 4. November. — **Dampfmaschine.** Die belgische Gesellschaft der Kongo-Eisenbahnen schreibt die Lieferung einer halbfesten Dampfmaschine aus. Näheres bei der Adresse der Gesellschaft, Chemins de fer du Congo supérieur aux Grands Lacs Africains, 24, avenue de l'Astronomie, Bruxelles. Termin 15. Oktober. — **Dynamomaschine.** Die Stadtverwaltung von Saint-Gilles-Lez-Bruxelles schreibt die Lieferung eines Satzes Turbodynamomaschinen von 2500 KW. aus. Näheres durch die Stadtverwaltung, Hôtel de Ville, Saint-Gilles-lez-Bruxelles. Termin 14. Oktober.

*** Amtlicher Marktbericht vom Magerviehhof in Friedrichsfelde vom 9. Oktober.** Rindermarkt. Auftrieb 617 Stück Rindvieh, 111 Kälber, 557 Milchkühe, 24 Zuchtochsen, 5 Bullen, 50 Stück Jungvieh, 478 Pferde. Verlauf des Marktes etwas freundlicher, gute Kühe gefragt. Es wurden gezahlt für: A. Milchkühe und hochtragende Kühe: 1. Qualität 430—540 *RM.*, 2. Qualität 300—420 *RM.*, 3. Qualität 200—300 *RM.* B. Ausgesuchte Kühe über Notiz; tragende Färsen: 1. Qualität 250—450 *RM.*, 2. Qualität 150—280 *RM.* pro Stück; ausgesuchte Färsen über Notiz. D. Jungvieh zur Mast: Bullen, Stiere und Fresen 42—52 *RM.* pro Ztr. Lebendgewicht. E. Pferdemarkt. Ausgesuchte Posten über Notiz: Pferde 1. Klasse 1000—1300 *RM.*, 2. Klasse 700—1000 *RM.*, 3. Klasse 400—700 *RM.*, 4. Klasse 200—400 *RM.* Marktverlauf: Ruhiges Geschäft bei gleichen Preisen.

*** Notierungen der Magdeburger Zuckerbörse.** Terminpreise für Weisszucker (inkl. Sack frei Seeschiffseite Hamburg) für 50 kg netto: Januar 13,15 B., 13,05 G., Februar 13,20 B., 13,10 G., März 13,30 B., 13,20 G., Januar-März 13,25 B., 13,15 G., April 13,45 B., 13,35 G., Mai 13,55 B., 13,45 G., Oktober 13,10 B., 13 G., November 13,05 B., 12,95 G., Dezember 13,05 B., 12,95 G.

*** Metallhalbfabrikate.** (Bericht von Richard Herbig & Co., G. m. b. H., Berlin, vom 9. Oktober.) Aluminiumdrähte, -bleche, -stangen 1,10, Aluminiumbronze 1,50, Kupferdrähte, Kupferbleche, -stangen 1,70, Kupferrohr 2,5, Kupferschalen 2,86, Messingbleche, -bänder, -drähte 1,72, Messingstangen 1,52, Messingrohr 1,95, Messingkronenrohr 2,25, Tombak, mitgetrat., -bleche, -drähte, -stangen 2,20, Neusilberbleche, -drähte, -stangen 3,25, Schlaglot 2,00. Alles in *RM.*

*** Chemikalien.** (Bericht der C. H. Stöber, Komm.-Ges. a. Akt. in Hamburg, vom 8. Oktober.) In allgemeinen zeigte während der letzten Berichtswoche nur der Inlandsmarkt ein gefälligeres Bild. Im Kaliumpermanganat für Export war eine etwas rückgängige Tendenz bemerkbar. In Naphthalin beherrschte die Aussenseiter den Markt, und es ist deren zusammengeschlossenen Fabriken nicht möglich, ihre erhöhten Forderungen am Markt durchzusetzen. Chromalaun lag bedeutend schwächer; die Anfragen nach Chromalaun blieben vielfach unbefriedigt, gehen wir ein kurzes Preisbild für einzelne Artikel: Aetzkali 88/92proz. Bei mittlerer Nachfrage konnten sich die Inlandspreise behaupten und zwar: bei Ladungsbezug 56,50 bzw. 56,90 *RM.*, Lokoware 59 *RM.*, Exportware zeigte schwächere Tendenz bei lebhafterem Angebot. Letzte Forderung 13,25 Doll. %kg fob Hamburg. — Sicilische Kalkutta kam schwächer. TM. cirage Oktober, November und Dezember Verschiffung notierte 200/— sh., Lokoware stellte sich auf 232/—, lemon auf 270/300/— sh. — Harz und Terpentinöl lagen bei festen Preisen ruhig. Gefordert wurde für amerikan. Harz WW 15,50 Doll., WG 15,40 Doll., J 15,15 Doll., Terpentinöl amerikan. 39 Doll., franz. 38,50 Doll.

*** Oele und Fette.** (Bericht der C. H. Stöber Komm.-Ges. a. Akt. in Hamburg, vom 8. Oktober.) Reinöl unterlag. Auf der gestrigen Londoner Auktion wurden von 940 ausgestellten Fässern 124 Fässer zu 10 sh. niedrigeren Preisen verkauft. — Der Markt ist unverändert ruhig. Die Notierungen lauteten: Madagaskar-Rizinusöl, loko 46 sh., Saladero-Rindertalg, loko 47 sh., Saladero-Rindertalg, Oktober-November Abl. 46/6 sh., Australtalg, guttarbig 48 sh. — Leinöl. Die Notierungen schwächten zu Beginn der Berichtswoche infolge der weichenden Saatmeldungen weiter ab, um sich gegen Schluss wieder zu befestigen. Trotz der niedrigen Preise sind die Umsätze klein geblieben. Leinöl deutsch, loko 59 *RM.*, Leinöl holl. loko Oktober-November 51 hfl. — Fettsäuren. Bei kleinen Umsätzen blieben die Notierungen unverändert. Kokospalmkernölfettsäuren 83 *RM.*, Erdnussfettsäure 77 *RM.*, Palmölfettsäure 70 *RM.* In abfallenden hellen Oelen waren die Bestände ziemlich geräumt. Die Nachfrage konnte auch nicht annähernd befriedigt werden. Dunklere Sorten waren dagegen preiswert zu haben.

*** Berner Baumwollbörse** vom 9. Oktober, mitgeteilt von der Firma A. Lewin, Berlin C. 2. Notierungen des Bremer Vereins für Terminhandel in Baumwolle. Nordamerikanische Baumwolle, Basis middling, nichts unter middling, nach den Bedingungen des Vereins. Preis pro 1 lb in USA-Cents netto Kassa. Januar 22,80 G., 23,10 B., März 23,06 G., 23,08 B., Mai 23,15 G., 23,17 B., Juli 23,10 G., 23,20 B., Dezember 22,90 G., 23,15 B. loko 23,37. Stetig.

*** Die Wollauktion in Uim** am 22. Oktober wird, wie uns gemeldet wird, als letzte diesjährige Auktion abgehalten. Es kommen 4000 Ztr. Rückenwäsche und 2000 Ztr. Schweisswolle zur Versteigerung.

*** Alexandria,** 8. Oktober. Ashmouni per Oktober 29,75, Sakellaridis per November 42,00, Ashmouni per Dezember 29,95, Sakellaridis per Januar 41,40, per März 41,52.

*** Amerikanische Wirtschaftsnachrichten.** New-York, 9. Oktober. (Funkspruch.) Nach dem neuesten **Wochenausweis der amerikanischen Bundesreservebanken** ging das Verhältnis der Reserven zu den Einlagen und Bundesreservenoten auf 71,8 (— 0,7) pCt. zurück. — Die Höhe des im September **in Neubauten angelegten Kapitals** ging gegenüber dem Vorjahr von 232 410 000 auf 207 570 000 Doll. zurück. — Von dem amerikanischen Eisenmärkten ist zu berichten, dass **umfangreiche Baustahlorders** andauernd einlaufen. Die Aufträge der letzten Woche betrugen 50 000 To. — Nach „Mining Journal Press" weist der **Metallabsatz** (mit Ausnahme von Eisen) in der letzten Woche einen guten Umfang auf. Das Geschäft in Kupfer entwickelte bisgegen Ende der Woche hin mehr als in den beiden letzten Wochen zuvor. Ferner ist der Handel in Zinn sehr lebhaft. — In hiesigen Finanzkreisen erwartet man weitere **25 Millionen Dollars in Gold** aus London. Hierauf sei, so ist hier die Ansicht, die gebessserte Lage des hiesigen Geldmarktes zurückzuführen. — Die gestern aufgelegte **Aktien-Emission der American Brown Boveri Co.** wurde sofort gezeichnet. — Auf der heutigen **Pelzauktion** gaben die Preise für europäischen und sibirischen Fuchs um je 15, für asiatischen Fuchs um 10, für Luchs und Wildkatze um 20, und für Persianer Lämmer um 25 pCt nach. — Was die **Lage in der amerikanischen Automobilindustrie** anbetrifft, so verringerten einige Produzenten gemäss dem üblichen Winterabschwächungsgesetz ihre Produktion. Die Hudson Motor Co. z. B. setzte ihre Tageserzeugung an Kraftwagen von 1300 auf 900 Stück täglich herab. Die Packard Motor Car Co., und die verschiedenen Unternehmungen der General Motors Co. arbeiten jedoch noch mit voller Leistungsfähigkeit. Auch die Ford Motor Co., deren Produktion infolge der Modelländerungen zeitweise unter den normalen Stand gesunken war, hat ihre Produktion wieder auf die volle Kapazität gebracht.

Dividenden und Abschlüsse

Schweizerische Lokomotiven- und Maschinenfabrik in Winterthur. Ueberschuss 1,4 Millionen Fr. (i. V. 1,2 Millionen Fr.). Dividende 7 pCt.

Rheinische Hoch- und Tiefbau Aktien-Gesellschaft in Mannheim. 8 pCt. auf Stammaktien, 7 pCt. auf Vorzugsaktien.

Weitere Befestigung am Effektenmarkt.

Verlauf ziemlich fest bei leichten Schwankungen.

Nachdem schon an der gestrigen Börse eine freundlichere Stimmung die Oberhand gewonnen hatte, setzte sich heute die Aufwärtsbewegung fort. Wenn auch das Geschäft zu Beginn ziemlich still war, so traten doch schon gleich nach Eröffnung des Verkehrs 2 bis 3 pCt. Kurserhöhungen ein. Man sprach auch heute davon, daß die Terminspekulation verschiedentlich wieder Deckungen ihrer Baissegegengeschäfte vornahm, obwohl sie die Möglichkeit hat, zu prolongieren. Auch ausländische Käufe trugen zu einer neuen Befestigung der Tendenz bei, und zwar handelte es sich angeblich um amerikanische, englische, holländische und tschechoslowakische. Nach den „ersten Kursen" erfolgten von manchen Seiten Gewinnrealisationen, die leichte Kursrückgänge mit sich brachten. Schon bald trat jedoch wieder Kaufneigung hervor, die sich in erster Reihe auf Spezialwerte erstreckte, und das Geschäft wurde wesentlich lebhafter. Einen günstigen Einfluss übte der endgültige Abschluss der Stützungsverhandlungen beim Stumm-Konzern aus. Ebenso gaben eine gewisse Anregung die Ausführungen des Geheimrats Klöckner in der Generalversammlung der Klöckner-Werke, die darin gipfelten, dass wir, falls die Reichsregierung die wirtschaftliche Lage von Kohle und Eisen in entsprechender Weise berücksichtigt, den tiefsten Punkt erreicht haben und der Anfang des nächsten Jahres eine Besserung in der Beschäftigung für Kohle und Eisen und auch in der Rentabilität der Betriebe bringen dürfte. Später hin waren Montanwerte, chemische Papiere und Elektrowerte bevorzugt. Mannesmann stiegen um weitere ¾ pCt. im Zusammenhang mit den ziemlich befriedigenden Berichten über den Röhrenmarkt. Rheinstahl stiegen um 1¼ pCt., Elberfelder Farben um 1¼ pCt., Höchster Farbwerke und Rütgerswerke um je 1 pCt. Unter den Elektrowerten gewannen A. E. G. ½ pCt., Bergmann ½ pCt. und Siemens & Halske ebensoviel. Für das letztgenannte Papier zeigte sich Interesse unter anderm im Hinblick auf die jetzt bekannt gewordene Beteiligung der Gesellschaft an einem neu gegründeten türkischen Unternehmen (siehe besondere Notiz). Anscheinend war die feste Haltung der Elektrowerte zum Teil auch auf Auslandsorders zurückzuführen. Gesellschaft für elektrische Unternehmungen, die anfangs nicht notiert wurden, hatten später einen Kurs von 116½ pCt. (plus 3½ pCt.). Rheinmetall stellten sich heute um 2¾ pCt. höher, nachdem die Exekutionsverkäufe, die man in der letzten Zeit beobachten wollte, zum Stillstand gekommen sind. C. Lorenz gewannen 1½ pCt. und Hugo Schneider, die schon seit einiger Zeit eine feste Haltung zeigen, späterhin 4 pCt. Bankaktien waren heute ebenfalls verschiedentlich im Kurse gebessert, so besonders Darmstädter u. Nationalbank (plus 1 pCt.) und Deutsche Bank sowie Reichsbank (plus je ¾ pCt.).

Im **Verlaufe** wurde die Haltung zeitweise wieder schwächer, da die Spekulation teilweise ihre Gewinne sicherstellte, doch traten dann eine neue Kurserholung ein. Gegen ½2 Uhr wurden unter andern folgende Kurse genannt: Bochumer 68 pCt., Deutsch-Luxemburg 67¾ pCt., Gelsenkirchen 71 pCt., Harpener 103½ pCt., Phönix 72¼ pCt., Rheinstahl 57 pCt., Mannesmann 64¼ pCt., A. E. G. 94½ pCt., Gesellschaft für elektrische Unternehmungen 116½ pCt., Schuckert 63½ pCt., Elektrizitäts-Licht u. Kraft 93¾ pCt., Paketfahrt 59 pCt., Nordsüdcher Lloyd 65½ pCt., Darmstädter u. Nationalbank 105¾ pCt., Disconto-Gesellschaft 102½ pCt., Deutsche Bank 105¾ pCt., Reichsbank 133¾ pCt. und Kriegsanleihe 0.2875 pCt. Anscheinend spielten gerade bei Bankaktien heute Deckungen zum Medio eine grössere Rolle.

Gegen Schluss wurde das Geschäft ruhiger, und die Kursentwicklung war nicht ganz einheitlich. Im ganzen war jedoch eine feste Grundstimmung unverkennbar, die unter andern auch in einer weiteren Erleichterung am Geldmarkt ihre Stütze fand.

Am Prämien- und Stellagemarkt waren Vorprämien im Zusammenhang mit den in der Einleitung erwähnten amerikanischen Käufen, namentlich für Montan- und Elektrowerte gesucht. Das Stellgeld zog hierdurch eine Idee, etwa ¾—½ pCt. an.

Der Markt der mit Einheitskursen gehandelten Industriepapiere konnte heute eine geringfügige Geschäftsbeleben feststellen, die Kursentwicklung war nicht ganz einheitlich, jedoch überwiegend etwas fester. Um 2¼ pCt. im Kurse höher waren Flöther, da man von einem befriedigenden Geschäftsgang wissen will. Auch die Aktien der Preuss. Central-Boden-Credit,-Bank stiegen im Hinblick auf die günstigen Mitteilungen in der Generalversammlung des Instituts um 2,1 pCt. Ferner waren noch höher: Annaburger Steingut (+ 5 pCt.), Caroline (+ 3 pCt.), Hupfeld (+ 3½ pCt.), Niederlausitzer Kohlen (+ 3 pCt.), Gritzner Maschinen (3 pCt.), Natron Zellstoff (+ 3 pCt.) und Gereshcimer Glas (+ 3 pCt.), Niedriger waren dagegen vor allem Harkort Brücken (— 9 pCt.), König Wilhelm (— 7 pCt.), Steiner (— 11 pCt. gegenüber letzte Notiz) und Mal-Kah (— 2 pCt.).

An den Rentenmärkten war die Umsatztätigkeit in deutschen Anleihen heute ganz belanglos. Die Schutzgebietsanleihe konnte zwar vorübergehend bis auf 5,6 pCt. avancieren, indessen schwächte sich der Kurs bei wesentlich geringerer Beteiligung der Spekulation als an dem Vortage spätter wieder bis auf 5,475 pCt. ab. Die 5proz. Reichsanleihe schwankte zwischen 0,23 und 0,2325 pCt., 3½proz. Preussische Konsols stellten sich auf 0,28 pCt. Vorkriegshypothekenpfandbriefe und Goldpfandbriefe waren wenig verändert. Von ausländischen Werten lagen Bosnier fest. Die Eisenbahnanleihe gewann ¾ pCt., die Investitionsanleihe 1 pCt. Durch widerstandsfähige, teilweise auch festere Haltung fielen wieder ungarische Anleihen auf. Auch türkische Werte erfuhren nennenswerte Befestigungen unter Bevorzugung von Bagdadbahn.

Am Geldmarkt war das Geld weiter erleichtert. Tagesgeld kostete im Handel an erste Häuser 8—8½ pCt. an mittlere 9—10 pCt. und darüber. Das Angebot hat sich wesentlich nach 11 Uhr ganz entschieden. In Privatdiskonten war das Angebot auch heute nicht nennenswert. Der Satz blieb unverändert 7 bzw. 7¼ pCt. Bankgirierte Warenwechsel waren, wie immer, nur zu einem verhältnismässig geringen Teil unterzubringen. Die Verkäufer konnten aber angesichts der zur Verfügung stehenden vergrösserten anderweitigen Geldbeschaffungsmöglichkeiten auf diesen Satz bestehen, so dass Umsätze nur unter Banksatz mit 8¾—8⅞ pCt. zustande gekommen sind. Monatsgeld-Prolongationen wurden unverändert mit 10½—11½ pCt. vorgenommen.

Am Devisenmarkt hat sich an der Geschäftsstille auch heute nichts geändert. Die Kurse und Reportsätze lagen ebenfalls kaum verändert, so lagen gegen London: Mailand 120,90 zu 1,11, Paris 104,45 zu 55 und Brüssel 106,90 zu 107,00. Die nordischen Papiervalutenlagen fester, wobei der gestrige Schlusskurs in New-York hoch war. Anscheinend engagieren sich die Amerikaner wieder à la Hausse. Oslo gegen London wurde mit 23,99 zu 4,02, Kopenhagen mit 19,99 zu 20,02 gehandelt. London lag ernaut etwas abgeschwächt aber nicht wesentlich unter Goldpunkt, gegen Kabel mit 4,84¼ zu ¾. Buenos Aires lag weiter sehr fest, durch die natürliche Nachfrage infolge der Saisonexporte aus Argentinien, gegen London mit 46,45 zu 50 Pence pro Goldpeso. Hingegen war in Rio eine Reaktion nach der starken Steigerung am Dienstag. Rio gegen London 7,55 zu 55 Pence pro Milreis.

Dollarschätze mit 96 pCt. unverändert. Goldanleihe (1932) 91,75 pCt., (1935) 1—5 Dollar 100 pCt., 10—100 Dollar 90,25 pCt.

Devisen- und Banknotenkurse.

(In Reichsmark.)

Bankdiskont.	9. 10. Geld	Brief	8. 10. Geld	Brief	9. 10. Geld	Brief	8. 10. Geld	Brief
%	Devisen				Banknoten			
9 (Beflsichland								
3½ 100 Holland	168,59	169,01	168,62	169,04	168,20	169,04	168,23	169,07
5½ 100 Dänem.	101,62	101,88	101,22	101,48	101,40	101,90	100,95	101,45
5 100 Schwed.	112,51	112,79	112,44	112,72	112,22	112,78	112,17	112,73
5 100 Norweg.	84,69	84,91	83,35	83,55	84,45	84,87	83,11	83,53
8 100 Finnland	10,555	10,595	10,505	10,595	10,507	10,567	10,505	10,555
4 100 Schweiz	80,85	81,05	80,88	81,08	80,65	81,05	80,65	81,05
— 1 Argentinien	1,73	1,734	1,723	1,727	1,712	1,732	1,702	1,722
9 100 Japan	59,17	59,31	59,17	59,31	58,99	59,29	59,0	59,32
9 100 Türkei	5,875	5,895	5,875	5,895	5,867	5,867	5,825	5,862
7 100 Tschech.	12,425	12,465	12,425	12,465	12,375	12,435	12,385	12,445
5 100 Spanien	60,40	60,56	60,31	60,47	60,20	60,50	60,10	60,40
5½ 1 Amerika	4,195	4,205	4,195	4,205	4,19	4,209	4,185	4,205
5½ 100 Belgien	19,03	19,07	18,84	18,88	18,95	19,05	18,78	18,88
4 1 England	20,313	20,363	20,316	20,366	20,27	20,37	20,27	20,37
6 100 Frankr.	19,45	19,49	19,44	19,48	19,44	19,54	19,43	19,53
7 100 Italien	16,78	16,82	16,64	16,68	16,61	16,69	16,64	16,64
10 100 Bulgar.	3,055	3,065	3,055	3,065	3,03	3,05	3,03	3,05
6 100 Rumän.								
7 100 Jugosl.	7,46	7,48	7,43	7,45	7,36	7,40	7,38	7,42
7½ 1 Japan	1,715	1,719	1,716	1,72				
— 1 Brasilien	0,637	0,639	0,629	0,631			0,62	0,64
9 100 Portugal	21,225	21,275	21,225	21,275				
9 100 Danzig	80,53	80,73	80,5	80,75	80,30	80,70	80,30	80,70
Türkei	2,39	2,40	2,405	2,415			2,375	2,415
8½ 100 Griechld.	6,09	6,11	6,09	6,11				

✱ **Ostdevisen** wurden heute von der halbamtlichen Kommission notiert: Auszahlungen: Warschau 69,22 G., 69,58 B., Kattowitz 69,22 G., 69,58 B., Posen 69,42 G., 69,78 B., Riga 80,316 G., 80,775 B., Reval 1,125 G., 1,131 B., Notennotierungen: Grosse polnische Noten 69,65 G., 69,75 B., kleine polnische Noten 67,66 G., 68,34 B., Lat 79,40 G., 80,20 B., Lit 40,89 G., 41,31 B., Repartierung 40 pCt.

Vom internationalen Devisenmarkt wurden heute mittag folgende Kurse gemeldet:

London 11 Uhr: Berlin 20,33, Paris 104,55, Brüssel 106¾, Amsterdam 12,05¾, Italien 120¾, Spanien 33,63, Schweiz 25,11, Kopenhagen 19,98, Stockholm 18,05, Oslo 23,02, New-York 4,84¹⁵/₁₆, Wien 3433, Rumänien 10,10, Budapest 346, Prag 167,20, Athen 348, Helsingfors 102,10 Belgrad 272, Sofia 6,68.

✱ **Eine Amerika-Anleihe der Stadt Breslau.** Die Breslauer Stadtverordneten haben, wie uns gemeldet wird, gegen die Stimmen der Völkischen und der Kommunisten der Aufnahme einer Anleihe von 25 Millionen ℳ in Amerika zugestimmt, um die Mittel zum Ausbau der Betriebswerke, zur Errichtung einer grossen Markthalle und für Erweiterung der Verkehrseinrichtungen zu beschaffen. Ein amerikanisches Konsortium hat sich bereit erklärt, den Abschluss zu tätigen.

Berliner Produktenverkehr.

Auf die weiter schwachen gestrigen ersten Kurse Chicagos entwickelte sich hier gestern nachmittag noch weitere matte Haltung für greifbare Ware und Lieferung, die aber nach den befestigten Chicagoer und Liverpooler Notierungen heute einer gewissen Stetigkeit Platz machte. Das Angebot vom Inland hat sich für Brotgetreide wieder recht knapp gestaltet, aber es mangelt auch an Kauflust. Aehnlich war es im Zeitgeschäft, welches zu den ermässigten gestrigen Nachmittagskursen einsetzte. Das Mehlgeschäft blieb still, so dass auch von dieser Seite jede Anregung mangelte. Gerste hatte sehr ruhigen Verkehr. Für Hafer liegt aus der Provinz etwas mehr Verkaufsmaterial vor, ohne dass stärkere Preisänderungen sich zeigten. Futterartikel sind still geblieben.

Die amtlichen Notierungen am Frühmarkt waren loko frei Wagen oder ex Waggon pro 1000 kg (in Reichsmark): Hafer gut 212—218, mittel 206—211, Gerste 216—228, Wintergerste 198—208, Futterweizen 230—235, Platamais 200—205, kleiner Mais 250—255, Taubenerbsen 280—290, Roggenkleie 97—106, Weizenkleie 104—112, Weizenschale, grob 139—142.

Amtlich festgesetzte Preise an der Produktenbörse.

Getreide und Oelsaaten pro 1000 kg, sonst pro 100 kg in Reichsmark.

	9. 10	8. 10		9. 10.	8. 10
Weizen,märk.	209–211	210–212	Weizenkleie,		
- poln. —	—	—	fr. Bln.	10,35–10,60	10,25–10,50
Roggen,märk.	151–153	152–154	Rogg-Kl.tr Bl.	9,00–9,30	8,9 – 9,10
mecklbg..	—	—	Raps	—	—
pom.....	—	—	Leinsaat.....	—	—
Gerste,Futter-	—	—	Viktor.-Erbs.	26,00–31,00	26,00–31,00
- Sommer ..	210–233	210–233	Kl.Speiseerbs.	26,00–28,00	26,00–28,00
- Wintergr. .	170 175	170–175	Futtererbsen.	21,00–24,00	21,00–24,00
Hafer, märk. .	182–190	182–190	Peluschken..	—	—
pomm.	—	—	Ackerbohnen	—	—
Mais,loco Bln.	—	—	Wicken.....	22,00–25,00	22,00–25,00
Waggfr.Hbg.	—	—	Lupinen,blau.	—	—
Weizenmehl,			Lupinen,gelbe	—	—
100 kg.fr.Bln.			Seradella alte	—	—
br. incl. Sack			neue	—	—
(reinst. Mark.			Rapskuchen.	14,50–15,00	14,50
überNotiz)..	27,25–31,25	27,25–31,25	Leinkuchen ..	21,30–21,60	21,30–21,60
Roggenmehl			Trockenschnitz.	10,00–10,25	10,00–10,25
per 100 kg fr.			Soya-Schrot.	20,00–20,25	20,00–20,20
Bln. br. incl.			Dormel. 80/0	8,50–9,00	8,50–9,00
Sack	21,75–24,25	21,75–24,25	Kartoffelflock.	14,75–15,00	14,80–15,20

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte.

Weizen. Oktober 226, Dezember 228—207,5, März 232—232,5.
Roggen. Oktober 167—166, Dezember 170, März 178—178,25.
Hafer. März 190.

Metallpreise in Berlin (100 kg in GM)	9. Oktober	8. Oktober
Feststellung der Vereinigung für die deutsche Elektrolytkupferno tiz	136,0	136,25
Elektrolytkupfer wire bars (f. 100 kg in M.)		
Notierungen der Berliner Metallbörse:		
Raffinadekupfer 99—99,3 pCt.	—	—
Originalhüttenweichblei	—	—
Originalhüttenrohzink (Pr. i. freien Verk.)	77,50–78,50	77,50–78,50
Originalhüttenzinkblech (Preis des Zinkhüttenverbandes) nominell	—	—
Remelted-Plattenzink von handelsüblicher Beschaffenheit	66,00–67,00	66,00–67,00
Originalhüttenaluminium, 98—99 pCt. in Blöcken, Walz- und Drahtbarren	235–240	235–240
desgl. in Walz- oder Drahtbarren, 99 pCt.	245–250	245–250
Banka-, Straits-, Australz. in Verkäufersw.	—	—
Hüttenzinn, mindestens 99 pCt.	—	—
Reinnickel, 98—99 pCt.	340–350	340–350
Antimon-Regulus	132–134	132–134
Feinsilber	89,0–89,50	89,50–90,50

✱ **Amtliche Preisfeststellung für Blei** am 9. Oktober, ab 1¾ Uhr mittags. Januar 1926 73,25—73,50 bez., 73,50 B., 73,25 G., Februar 1926 73—72,75 bez., 73 B., 72,75 G., März 1926 72,25 bez., 72,25 B., 72 G., Oktober 1925 76,75 bez., 77 B., 76,50 G., November 1925 75,75 B., 75,25 G., Dezember 1925 74 bez., 74,25 B., 74 G. Fester.

✱ **Amtliche Preisfeststellung für Kupfer** am 9. Oktober ab 1¾ Uhr mittags. Januar 124,75 bez., 125 B., 124,5 G. Februar 125,5 B., 125 G., März 126 B., 125,75 G., Oktober 122,5 B., 121,5 G., November 123,25 B., 122,75 G., Dezember 124,25 B., 123,75 G. Stimmung fester.

Leitender Redakteur der Handelszeitung: Dr. Felix Pinner.

Kurszettel der Berliner Börse vom Freitag, den 9. Oktober 1925.

Die mit einem ✱ versehenen Papiere werden in Reichsmark prozenten (d. h. in Reichsmark für 100 Reichsmark) notiert.

Terminnotierungen

Ohne Gewähr.

Aktien	Terminnotierungen			Einheits-Kurse heut.	Einheits-Kurse	
*Hamburg-Amerika Paketfahrt	59,00	—	60,00	59,01	57,75	
*Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrt	—	—	80,50	78,25	77,75	
*Hansa, Dampfschiff	—	—	—	78,00	78,00	
*Nordd. Lloyd	65,74	—	65,37	65,00	64,5	
*Berliner Handel-Gesellschaft	—	—	124,75	123,60	123,00	
*Commerz- und Privat-Bank	94,75	—	94,75	94,37	94,00	
*Darmstätter und Nationalbank	105,25	105,75	105,62	105,25	104,25	
*Deutsche Bank	105,25	105,75	105,87	105,50	104,5	
*Diskonto-Kommandit	102,00	102,50	102,62	101,75	101,25	
*Dresdner Bank	100,25	—	100,50	100,00	100,00	
*Mitteldeutsche Kredit-Bank	—	—	91,50	91,50	91,50	
*Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft	94,00	—	94,25	94,12	91,87	
*Bochumer Gussstahl	68,50	68,00	—	67,75	65,00	
*Deutsch-Luxemburger Bergwerk	67,00	68,75	68,25	67,10	65,00	
*Elektrisch Licht und Kraft	—	—	—	93,75	91,75	
*Gelsenkirchner Bergwerk	70,75	—	61,00	70,75	68,50	
*Gesellschaft für elektrische Unternehmungen	—	—	115,50	116,25	112,75	
*Harpener Bergwerk	103,00	102,50	103,50	103,25	100,00	
*Ober-Schlesischer Eisenbahn-Bedarf	—	—	—	45,12	44,00	
*Ober-Schlesische Eisen-Industrie Caro-Hg.	38,50	—	39,01	38,50	38,00	
*Phoenixer Koppel	60,00	60,50	60,50	60,25	57,25	
*Rombacher Hütte	71,50	71,00	72,25	71,75	69,25	
*Rheinische Stahlwerke	56,00	55,75	57,00	56,72	55,0	
*Schuckert & Co.	34,00	33,50	34,00	33,37	31,62	
*Siemens & Halske	63,50	63,00	63,75	62,75	60,60	
	75,00	77,50	77,50	75,75	73,00	

Fortlaufend notierte Werte (Ohne Gewähr.)

Festverz. Werte	Fortlaufende Kurse	Einheits-Kurse heut.	Einheits-Kurse vor.				
Deutsche Dell.-Schatz 4% Dt. Reichsanl. 16/17	96,00	96,00		4% Silber.		0,80	0,70
4% Gold-Anl.	0,2025	—	0,1975	4% Papier.		—	—
4% - fall.	0,205	0,2025	0,1975	4% Türk. Adm. Anl. 1903.	7,20	7,10	—
1. 4. 24	0,195	—	0,192	4% Türk. Bagdad-Eb.-Anl. 1	7,80	7,50	7,25
8-15% „K" von 1923	0,197	0,197	0,19	4% - unif. CB-05	6,87	6,62	6,30
5% Deut. Reichsanl.	0,230	0,2887	0,2325	4% Türk. Anl. 1905.		6,25	—
4%	0,28	0,2775	0,28	4% - 08.		—	—
3%	—	0,46	0,47	4 - Zoll. abl. Türk 400 frt.	7,87	7,87	7,40
7-15% Pr. Staats-Schatzanw				4% - 14	21,00	20,50	21,00
6% 1. 5. 23	0,125	0,1225	0,12	4% Ung. St.-R. 13.	9,50	9,40	9,30
4% - (Bth.)	0,33	0,32	0,32	4% - 14	9,50	9,40	9,40
4% - ausles.	0,23	0,22	0,22	4% - 01-Gold-R.	10,75	10,70	10,50
4-kons. Anl.	0,265	0,265	0,265	4 - St.-R. 10	7,50	7,50	7,50
3%	0,28	0,28	0,2775	4 lig. Kr.-R.	0,825	0,80	0,80
5%	0,275	—	0,275	4 Lias Std Lit		4,50	4,00
4 Bay. Staatl.	0,28	0,30	0,28	4% Mex. Bew. Anl. 1899		—	20,00
3%	0,285	0,28	0,28	4% - abg. Lomb. Obl.		—	—
4% Hbg. sm. Staatsanl. 99	0,076	0,077	0,077	- neue		—	—
5 Mexikan. Anl. 1899				Aktien.			
4% - 04		—	39,25	*Aktr. Hecht Schantung-Ast. 1-66	68,87	68,87	69,75
4% Kr. R.		—	—	West. ung. St. altim. Obligat.	22,50	22,50	22,50
4% Oestr. Goldrent.		11,25	—	Canaris (o. Bezugsrch.		48,00	48,0
4% Kr. R.		0,40	—	Ital. Lia. S.	37,00	37,25	36,87
4% kony. J. J.		—	—	Ital. Lia. S.		7,75	7,50
4% kony. M. H		—	—	Lux. Pr.-Hr. Westafr. Eis		6,75	6,75
		11,25	—	3% Mar. Gold	10,25	—	—
		0,40	—	5 ehemalige national - abgest.		10,62	10,00

4% Tehu. Kat	—	—	*Feld & Frnk		36,00	36,00
4% abz.	—	—	*Hirsch, Kpf.	86,50	78,0	83,50
*Dt.-Austr Gampf	—	55,00	*Höchst. Frb	117,00	119,00	116,00
*Kosmos	—	—	*Hoesch Eis.	85,00	85,5	84,50
*Roland-Lin	79,75	82,00	*Holzmann	53,0	52,25	52,10
*Stettl. Dampf	34,25	34,5	*Humb. M.		36,0	36,00
*Vereinigte Elbeschiff.	33,12	33,00	*Ilse Bergb.	92,37	92,37	92,37
Bank für elekt. Werte	3,62	3,75	*Jüngthans			56,10
*Bank für Brau-ind.	80,00	79,75	*J. A. Hanh'h	92,25	—	—
Berm. Bank	1,10	1,10	*Kalker Aach.	114,50	115,0	112,87
*Bayr. Hyp-u Wechselb.	80,00	80,00	*Karlsruher Masch.		31,75	30,37
*Bay. Verinsb	115,00	115,00	*Kattowitz Bergbau	10,90	10,90	10,60
*Casseler Creditanst.	—	—	*Klöckn.-W.	65,00	65,25	62,75
*Leipziger Cred.-Inst.	80,00	80,00	*Köln Neuss	93,25	92,50	93,50
Dest. Kredit.	7,25	7,37	*Köln-Ketw	78,00	78,25	77,25
*Reichsbnk	134,00	133,75	*Kortng Gbr		59,50	58,62
Wien. Bankv.	5,25	5,25	*Krauss Lok.		35,50	35,50
*Schles Bod	112,25	112,00	*Lahmey AG	76,50	76,50	75,25
*Accumulatoren	102,37	103,00	*Laurahütte	38,00	38,00	38,00
*Adlw.	35,12	35,12	*Linke Hofm.	38,50	—	38,50
*Adt. G. Anil.	117,37	117,75	*Lud. Loewe	123,00	—	122,0
*Angl Guano	—	92,50	*C. Lorenz	76,50	—	78,00
*Aschff. Zellst.	—	—	*Mannesm R	63,25	62,75	64,50
*Asp. Portl. Zem.	—	—	*Meap Berg	64,25	—	65,00
*Augsburg Nürnbg. M.	79,00	78,50	*Dr. P. Meyer		—	23,50
*Bd. An. Bod.	119,75	82,00	*Met. Deutz	40,00	—	40,00
*Basa N.-G.	24,50	75,00	*Mot. Aufbau		—	60,50
*Berger Tb	108,50	76,25	*Norddtsch. Wollkämm.	99,00	98,25	99,50
*Bergm. Fb.	71,25	72,25	*O.-S. Kokw.	62,50	65,75	64,50
*Bl.-Karlsrh. ind. Ges.	73,37	72,50	*Ostwerke	103,00	103,00	102,00
*Berl Masch	63,00	62,50	*Pöge Elekt.		26,75	28,50
*Bingwerke		42,10	*Polyphon		71,75	71,75
*Bb. Schön & C.		238,00	*Rathgeber Waggon		35,00	35,10
*Buderäsen	44,25	45,00	*Rhein. Brk.	131,00	130,00	130,75
*Busch Vlt	35,25	35,75	*Riff-f.	25,00	—	24,25
*Byk Gldene		36,75	*Riebecker	53,50	—	56,00
*Calmon As.		37,10	*Rinnmnia		—	—
*Char Wass	58,62	59,00	ver. chem.		37,00	37,00
*Chem Grünau	117,50	118,00	*A. O. Riede		53,00	53,25
*Chm. Hevd.		46,90	Rückforth		0,325	0,30
*Cont. Caut.	120,25	120,37	*Rütgerswk	63,00	64,00	62,25
*Daimler Mt.	34,75	34,12	*Sachsenwk		51,12	50,19
*Dess. Gas.	66,50	66,62	*Salzd. Kali		145,00	144,37
*Dt. Erdöl	78,00	77,50	*Sarotti Sch	113,00	112,25	112,12
*Dt. Kabelwk	63,00	62,0	*Scheidemd	34,50	—	35,87
*Dt. Kalleswk		26,0	*Schlesisch Bergbau	100,00	—	99,00
*Dt. Maschin		44,00	*Textilwk.	47,00	—	45,00
*Dt. Werke.		72,12	*Schönedr.	35,00	41,00	42,00
*Dt Walther	43,50	42,25	*Schuckert		100,75	100,25
*Deutscher Eisenhand.	37,00	35,00	*Sieg. Solg. Gussstahlw	31,12	—	32,12
*Dyn. Nobel	77,00	77,25	*Stett. Vulk.	30,50	—	30,50
*Eisenb. V-M		60,50	*Stolb.-Rieb	72,00	72,50	72,50
*Elbert. Frb.	116,75	117,50	*Stöhr & Co.	105,50	—	105,75
*El. Liefrng	78,75	79,00	*Stolberg Zink	98,00	—	98,50
*essen Stbk.	72,50	73,25	*Ver. Berlin.	46,50	45,50	46,75
*Fahlberg, List		47,25	*Thür. Gas.	45,00	—	43,62
*Feldm. Pap		77,0	*Leonhardtz	65,00	65,25	65,25
*Felt & Guill	109,00	108,50	*Transradio	84,00	83,50	83,75
*Th Goldschm	67,75	68,50	*Unionfloten		—	—
*Gorl. Wagg	24,50	24,00	*Ver. Berm.-Werke	27,00	—	27,00
*Gothaer Wy	37,75	3-,50	*Vogtländ Masch	38,50	—	37,00
*Haseröhr.		47,00	*Weser		—	36,25
*Hammerst.	101,25	100,75	Schiffbau.		53,12	52,75
*Hann. Wzg.	18,12	18,10	*Westarag. A.	18,12	18,62	17,62
*Hanza-Lloyd	47,00	47,00	*R. Wolff		40,50	42,25
*Harburg	60,00	60,10	*Zeitz. Masch	78,50	78,50	78,00
*Hartm. M.	38,00	38,50	*Zimmerm.		19,25	19,10
			Dahl-Wis.	25,25	25,10	25,00

* In Kolondprozenten.
† In Mark pro Stück.

Unnotierte Werte

Heutige Kurse zwischen ½12 u. 2 Uhr

Kolonialwerte.

†Diamondsh	22,00	22,25
Südsee-Phosphat	—	
Sieman	4,75—5,00	
†Saltrees Sh	215,00—217,50	
Pomona	—	
Kakao	1,00	

†Gr. Hipp. Am de E. Mg. 5% Pentenbde. 361,00
†Span. 6% Rente bde. 355,75
† - Akt. L. A. 105,50,60

Industriewerte.

Adler-Kohle.	2,25—2,50	
*A. G. f. Montanindustr.	—	
*Albrecht & Dreier	—	
*Anker	28,00	
*Allgemeine Hochbau	—	
*Agma	125,00	
*Bayerwerk	—	
Benz Motoren	1,875—2,00	
Bergbau A.G. Präsident	45,00—47,00	
*Berliner Schmirgel	13,00	
*Brandenb. Holz	9,00	
*Brown Bov.	52,00—54,00	
*Charlottenb West-Terr.	75,00	
*Chem Schultz	—	
*Deutsche Linoleum	63,50	
*Deutsche Petroleum	15,00	
*ebr. Dopp. Dover Porzellan	23,00	

*Eltewagen. 20,00
*Evaporator 13,00—16,00
*Fraureuth. Porzellan 19,00—23,00
*Frister & Roessmann. —
*Getreide-Comm st. 13,50
*Grün Kraftw. Franken 60,00—62,00
*Guggenhm. —
*Gummiwar. Elbe —
*Hagen & Rittain 85,00
*Hammerst. & Hofius. —
*Wm Hessa. —
*Heide berg. Schnellpr. 75,00—80,00
*Hochfrequ. 62,00—63,00
*Holzmann. 19,00
*Holzmänden Glas —
*Hünlich. —
*Ifa. —
*Ind. Beteil. 30,00
*Kabelmeydt 12,00—192,00
*Ver. Elektr. Osmose —
*Koch. —
*Lamberts & Sohn 22,00
*Landw Mach Eisenach. —
*Lorenzhlgr 35,00—40,00
*Lloyd Dynam
„Mag". —
*Magnet Mot. 20,00—23,00
*Mannh Zig. —
*Medico —
*Müller Kaff. 42,50
Nat. Quaffin 0,400
*Neue Boden 5,00

*Kn. Eise 45,00
*Oehringer Bergbau 107,00—108,00
*Oeynhausen Maschinen 37,00—39,00
*Oles —
*Orione te —
*Phönix Zahn —
*Pass Lecur 15,00—20,00
*Ravene 80,00
*Reiners & Sohne —
Sloman Salp. 4,75—5,00
*Süddeut

Pfandbr. und Schuld-Verschr.	bezahlt	vor.
Deutscher Hypotheb.-Banken		
Bayer. Pfd.-Bk. Pfdb.S.2,4-6, 16 ¼		
-Hyp.-u.Wechs. Bk. Pfdb. verl. kuponf.(N ¼)		
Berl.Hypothek Pfb. 1, 4-7, 8, 13-18,21-22 Inhs. S. 5, 6, 19, 20 ¼) ..	5,50	5,48
-Pfdb abg. ¼)		
- - Kom.Obl. S. 1, 2 ¼	2,30	2,30
-Kom.Obl.33 - - - 54	0,020	0,021
- - - 55	0,017	0,017
Brschweig.Hann. Hyp.-Bk.Pfdb. Ser. 2-25 ¼	5,25	5,30
- - Ser. 26	3,45	3,30
-Kom.Obl.(33) Dt.Hyp.-B. Pfb. S. 1, 4-24 ¼)	4,59	4,60
- - 25	—	—
-Kom.Obl.S1-3	3,7	3,75
- - Ser.4	1,15	1,15
- - Ser.5	—	—
Frankf. Pfdb.-B Pfdb.S.43,44 46-52 ¼	7,35	—
(frub.Frankft. Hyp.Krd.-Ver) - S.53)		
Goth.Grundcr.B. Pfb.Akt(2-20¼)	5,50	5,525
- Akt. 21	1,32	1,32
- Akt. 22	—	—
- Akt. 23	—	—
- Akt. 24	—	—
Hann.Obl(Em1 - - v. 1923 ¼	—	—
Hanb. Hyp.-Bk. Pfdbr.S.141-690 (6%) S. 3-1190, 301-330 (3%%)	6,075	6,10
-S 691-736	—	—
-S.731-2430	—	0,135
Hannov. Bdkr.B Pfdb. 1-16¼	12,50	12,00
-Kom.Obl.S1	—	—
Leipz. Hyp.-Bk. Pfdbr. S. 7,8, 10, 11, E.1, 9, 16, 17) ..	5,50	5,45
- - S. 17	—	—
Meckbg. Hyp. u. Wechselb. Pfd. S. 1-8¼	3,90	3,90
Meckbg. Strel. Hyp.-B.Pfdbr. S. 1-4 ¼	9,50	9,50
Mein. Hyp.-Bk. Pfdb. E.1-17	4,45	4,50
-Pr.-Pfdbr 1)	—	—
-Pfdbr. Em. 18	—	—
- - - 19	—	—
- - - 20	—	—
- - - 21	—	—
-Kom.Obl.44	—	—
- - -B.(19¼)	—	—
Oldenb. Eder-Bk. Pfdbr. S. 1-4, 6, 7 ¼	5,15	—
Nordd. Grdcr.-Bk. Pfandbr. Ser. 3-19	4,80	4,85
- - S. 21	—	—
- - S. 22	—	—
- - S. 23¼	—	—
Rhdt.-Westf.-B Kn.-Obl.(4%)	—	—
- - - Em. 29	—	—
Pfälz. Hyp.-Bk. Pfdbr.ausg.B. 31.12.99¼	—	—
Prß. Bank.-Ak	—	—
Pfl.r. S. 3-29	4,50	4,51
- - 30	1,44	—
- - 31a u. 31	—	—
- - 32	—	—
- - 33¼	—	—
Pr.Bodenkr.-B K.-Obl.3.1¼	—	—
- - S. 3	—	—
- - S. 4	—	—
- - S. 5¼	—	—
Pr. Centr.-Bd.-W A.G. Pfdbr. v. 1886, 89, $0,94,95,99 1901,03,04 03, 07, 09, 1910, 12¼)	5,52	5,52
- - v. 1922	—	—
- Komm.Obl.v. 1887,91,96, 1901,06,08, 1912 ¼) ...	1,90	1,90
- - v. 1922	0,015	0,015
- - v. 23 (6%) ¼)	—	—
- - 1923 (10 bis 20%) ¼)	—	—
Prußisch. Akt.-B. Pfdbr.v.1904 05, 07, 09, 11, 12 abg. Ser.1, alte)	5,32	5,25
- v. 1920 ..	—	—
- Komm.Obl.v 08,09,11¼	1,90	1,95
- - v. 1920	—	—
- - v. 1922	—	—
Prß. Pfandbr. Bank Pfdbr.-Ser. 17-23	4,42	4,42
- 34	—	—
- Kleinb.-B.¼)	—	—
- Komm.-Obl. Em.1-12¼)	1,85	1,86
- - Em. 14 ..	—	—
- - Em. 15 ..	—	—
- - Em. 16 ..	—	—
Rhein. Hyp.-B. Pfb.-S 50,60, 65, 119-131	5,76	5,78
- K.Obl., Ausg. 1 S. 31,12.26	—	—
- v.1913,14¼)	—	—
Rhein. Westfäl. Bdkr Sk. Pfdb. Ser. 1-13¼	4,68	4,75
- - Serie 14	—	—
- - Serie 15	—	—
- - K.O. - 1¼)	—	—
- - - 2¼)	—	—
- - - 3¼)	—	—
- - v. 1923¼)	—	—
Sächs. Bodenkr.A Pfbr. S. 1-4¼)	4,60	4,65
- - Serie 12¼)	—	—
- - Serie 13	—	—
- - K.Obl. S. 1	—	—
Schl. Bodkr. B. Pfbr. S. 1-5¼)	4,25	4,25
- - Serie 14¼)	—	—
Schwarzb.Hyp.B Pfbr.S1-10¼)	5,25	5,10
Stettn. Bodkr.B. Pfbr. b. S. 43, Serie 10¼)	4,75	4,7.
Westd.Bodkr.A Pfb.S.1-10¼	—	—
- - Serie 12	—	—
- - Serie 13	—	—
- - Serie 14¼)	—	—
- - K.O.Em. 27¼)	—	—
- - - - 4¼)	—	—
Dt.Schiffbk. B. Pfbr.Reihe 1	—	—
Dt. Schiffspfd. br. S. Ausg. 1	—	—
- - Ausgabe 3	—	—
- - Ausgabe 4	—	—

(Die durch Tilgungsverschnitten, Pfandbriefe u. Schuldverschreibungen sind nach den uns von den Gesellschaften (einschließ Mitteilungen als vor dem 1. Juli 1918 ausgegeben anzusehen.)

Deutsche Provinzial-Anleihen	bezahlt	vor.
4% Ostpr. Pr. Ausg. 12	—	—
3% Hannov. v.27	32,50	32,50
4% Sächs. Prov. Ausg. 5-7, 8-15 Schlesien Hpot. Prov. Ausg. 10u.11	0,70	—
5 - - Ausg. 9	—	—
4% - Ausg. 6 u.7	—	—
4 - - Ausg. 8	—	—
4 - Landschaft Rentenb.	—	—

Deutsche Stadtanleihen.	bezahlt	vor.
Aachen 22	—	—
Altona 1922	—	—
Berl. 23 S-18%	—	—
4% D.Städtebk. anl. 22 Ausg. 9	—	—
4 J.J. - - - - 2	—	0,035
4 J.J.Gr.Berlin Verbdsanl. 19	1,25	1,25
4% D. - - 20	0,65	0,70
4Bremb.07,09	—	—
4% Danz. 14, 19	—	—
Dortmd. 1900	—	—
7 Essen 1922	0,02	0,02
6% Ausg.23 ok.35	—	46,25
6 - 1912	—	—
6 - 19 ok. 29	—	—
4 - 20 ok. 30	—	—
4 - 22 ok. 32	—	—

Industrie-Obligationen.	bezahlt	vor.
4% Aeg.-Fabr.	0,90	0,90
4 J.J. 3.5-6	8,00	8,00
4 - - S. 1-5	8,00	8,00
5 Aschff. Z.u.P.	—	0,17
5 Augs.-Nürn. bg. Mt. 20	0,38	0,37
4% Bergm. El. 1920, 1 ..	0,38	0,38
4% - - 1920 b	0,38	0,38
4 Bösch.Gusst.	—	—
4% D. Gasges.	3,50	3,45
5 - Kalle. 21	0,26	0,25
5 - Maschin.	0,97	0,97
4% Anh.-Rbg.	0,32	0,29
5 El. Lief. 1914	8,00	8,0
5 Engels. - Br.	0,32	0,32
Harpf.-M.-Ant.	100,00	—
5 Hirsch, A. 21	0,9.	0,95
4% Jse Bgb. 1.4	2,60	2,65
5 G. A. F. Kahlbaum 1921	—	—
4 - - 1922	0,02¼5	—
4 - - 1920	0,34	—
4% Kalle. Aschersl. 19	—	—
5 Fr. Krupp 21	0,46	0,46
4% Laurahütte 19	1,40	1,44
4% Leopoldgrube 19	—	—
- - - 20	—	—
5 Rat. Aum 22	—	0,40
4% Niederlausitz. Kohlen 20	0,50	0,50
5 Osterwald 21	0,27	—
- - - 22	0,07	—
5 Rositz Brauns	0,19	—
5 Sachsen Gew. verksch. alte	—	0,25
5 Schultz Patz	0,33	0,31
5 - - 22	0,0.1	0,.61
5% 20	0,42	0,41
4% Siemens & Halske 1919	—	—
4% Siemens-Schuckert 1920	0,67	0,67
5 Simon	—	—
6 Treubaro	1,80	1,8.

Eisenbahn- u. Straßenb.-Obl.	bezahlt	vor.
Ldw. Gen. Strb. unk. v. 21 4%	8,00	8,00
1911 co. 4	8,00	8,00
Bonn.Bonn.	4,00	4,25
Lomb. Oblig. 7	—	—

Wertbeständige Anleihen.

a) deutsche mit Zinsberechnung

	bezahlt	vor.
5 Abk. L.Gold. Wärm. Gold. Schuldv. K. 2	79,00	79,25
5 Abk. L.Gold. Wärm. Gold. Schuldv. K. 1	61,00	61,00
10 L.Eisr.Hyp.G. Hyp. Pf. S. 2	97,00	97,00
10 Eisr.Pfbr. Anl. G.-Pfbr. 6%	55,75	85,00
10% B.Gr.Gdpf.	85,25	85,25
5% Braunschweig Hyp.G.-Pfb 24	93,75	93,75
10% Gld. Kom. 5%	—	—
10 Dt. Gen.Hyp. Bk.G.-Pfbr. 2	95,50	95,50
5% - K. 1	86,00	86,00
5% Dt. Hyp.-Bk. G.-Pfd. S. 26	84,50	84,50
5% - S. 27	84,50	84,50
5% Dt. Kom.-Anl. 23 Ann.	60,25	53,75
15% Frankf. Pfdb. Gld.-Pfdb. 1.3	8,30	84,30
5% - Em. 2	60,00	60,50
15% Frankf. Pfb. Gold-Kom. 1.4	—	—
5% Hyp. Gld. An.ohne v. 23	99,30	99,30
10 Gothr. Grdcr. Gld.Pfdb 3,Aa	84,00	84,00
5% - 2	67,00	67,00
5% - 3	63,75	63,90
10% - Kom. 24	92,50	92,50
7 Allmb. Hyp. B G.-Pfbr. Em. A.	—	78,00
6 Allmb.-Prov. Gold. A. K. 18	—	82,00
6% Frkf. Krupp Gld 24 A. B.	66,25	67,00
5% - G. 6	67,50	67,00
6% Landsch. Centr.-Gold	—	70,40
5% Leipz. Hyp. Gld.-Pfdb. 1	82,00	82,00
5% - L 2	—	—
6% Kom. L 4	—	—
5% Mecklbr. Hyp. u. W.-B. Gold-Pfdbr. Ser. 1	59,00	60,50
5% Mecklenbg. Ritterschaft. Gold-Pf.	72,00	72,50
5% Meckl. Strel. Gold-Anl.	—	—
5% Nordd. Grdcr. Gld.-Pfbr. 13	82,00	82,00
5% - L 2	62,25	—
5% Kom. L 4	—	—
5% Nieder.-Gold 5% Nordd. Grdcr.	53,50	53,5.
Gld.-Pfdbr.	84,00	84,00
5% - L 2	61,00	61,00
5% Kom. L 4	84,00	84,00
10% Hyp. Wesch Gold - Pfdbr.	77,75	77,75
8% -	—	—
5% Pfälz. Hyp. Gold-Pfdbr.	75,00	75,00
5% Pr. Bod.-Kr. Gld.-Pfdb. 3	62,00	62,00
5% - L 2	—	—
10% Preuss. Cbr.-B.-G. Pf	98,90	93,75
8%	84,00	84,0.
5%	65,50	6.-50
5% Rh.-Gd.-Pfdr	75,00	95,00
5%	80,50	80,5
5%	59,00	59,50

	bezahlt	vor.
8% Rh. Hyp.-Bk. G.-Hyp.Pf. 24	85,00	85,00
5% - Kom. 24	84,00	84,00
10% Pr. Pfb. Gr. Hyp. Pf. E. 36	96,50	96,50
10% - L. 37	96,60	96,50
5% - L. 38	89,90	89,50
10% Pr. Lds.-Pfandbr. Anl. G.-Pfdbr. R.2	94,00	94,75
10 - Zirzeitsch Gld.-Pfdb. R.4	94,00	94,00
10% - R. 6	95,00	95,00
5% - R.13u.6	89,00	89,00
5% - - R. 2	65,00	65,00
5% - - R. 3	65,00	65,00
10% Prv.Sächs landschaftl. Gold-Pfdbr.	78,50	79,00
5% Prov.Rhein. Main-Donn.-G.	57,05	57,75
5% i.hengprv. Landess.G-Pf.	94,50	94,50
10 Rhein. Westf. Bodkr.-Gold. Hyp.-Pf. S. 2	95,50	95,50
10% - S. 3	95,50	95,50
5% - S. 4	85,50	85,50
5% - S. 6	85,50	85,50
5% - S. 1	64,00	64,00
10% Rh.-Westf. Bodkr.-Gold. 24 S. 2	93,50	93,50
5% - 23 S. 1	64,00	64,00
5% - Roggenrentenb. Goldrentenbr R. 1	73,50	73,50
5% - Roggenrentenb. Gold-Rentenbr R. 2	34,00	34,0.
5% Sächs Prov.-Verband Gold 5% Schles. Bodkr. Gld.-Pfbr. Em.3	74,50	74,00
5% - Em. 2	61,00	61,00
5% - Kom Em 4	82,80	82,80
5% - Landschft. Gold-Pfbr. 5	66,55	66,60
5% Schlesw. H. Elektr. - Verb. Gold-Pfbr.	78,00	78,00
5% - Ausg. 4	—	—
10% - landsch. Gold-Pfandbr.	83,50	84,00
5% - Landsch. Ardnr. Gld. Pf.	71,25	71,25
5% - Ldsch. Gold-Pfdbr.	69,50	69,50
Reichsm.-Anl. 5% Prov. Gold	—	—
5% Westd. Bodkr. Gld.-Pfdbr. 3	82,00	82,.0
5% - Em. 2	60,50	60,25
5% - O.-Kom. E.1	84,00	84,00
5% Westf. Prov. Gold Reihe 2	77,75	77,75
5% Ld. Gold Pfdbr.	70,00	70,00
5% Zuckerrübl. Gold Ser. 1-4	72,35	72,25

Bei nachstehenden Wertpapieren tritt die Berechnung der Stückzinsen fort

	bezahlt	vor.
5% Anh. Anleihe 1 - 3 Ausg.	6,50	6,50
5% Bad. Landesel. Elektr. Anleihe	8,25	8,25
5% Bank f. Gemeindewirtschaft Agg. Geb. 11	8,50	8,50
5% ser. Hyp.-Pfd. S. 1	1,64	1,64
5% Berl. Hyp. Ausg. Pfdb. H.	7,50	7,50
5% ser. Hyp.-Anleihe 1923	6,50	6,50
5% brandb. Kr. El. Bel. e. Fehl.	2,00	2,00
5% Braschw. Hyp. Pfd. Ausg. Ser. 1	—	—
5% Gresl. Forst. Anl.	14,00	—
5% Mk. Komm.-Gold Reihe 23 Ausg. 11	9,50	9,50
5% - - Reihen 23 Ausg. 1	5,60	5,60
5% Sächsch. Landesk. Gold.	4,90	4,50
5% Ges.-Mark. Ind.-Ges.	74,00	74,00
5% Berliner Hyp.-Bank Kass.-Ver.	112,50	112,50
5% Bodenkr.-Bank-Ver.	71,00	72,00
5% Braunschweig. S. u. K.	—	—
5% Dresdner Bank - Hann. H. B.	60,00	60,.0
5% Elektrowh. Dunz. Privatb.	5,70	5,50
5% Hessische Land Gdpf. Ausg. 1	0,87	0,87
5% Hannov. Bodkr. Ausg. 1	68,00	69,00
5% Kaiserl. Anl.	32,00	31,62
5% - Anleihe I. Ausg.	30,90	30,50
5% Frankf. Pfbr. Gd. Kom. Em. 1	5,90	5,90
5% Sächs.-Thüring. Bank, Bank	80,12	80,00
5% Dtsch. Grundcr. Bank, Bank	82,20	81,75
5% Hamb. Hyp.-Bk.	75,00	75,00
5% Hildesh. Bank	100,00	100,00
5% Kaiserl. Anl.	32,50	32,00
5% Kaiserl. Anl.	—	9,40
5% Kaiserl. Anl.	—	—
5% Kaiserl. Anl.	—	—
5% Kaiserl. Anl.	—	—